

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Jan Kubišta **3** Die europapolitischen Gedanken des Kreisauer Kreises und ihre Bedeutung für die europäische Einigung
- Werner Onken **15** Geld- und Bodenrechtsreform in europäischer und globaler Perspektive
- Roland Geitmann **26** Europa in guter Verfassung?
- Eckhard Behrens **31** Hat sich der Euro bewährt? – Eine Zwischenbilanz
- 43** Bericht – Bücher – Veranstaltungen

Liebe Leserin und lieber Leser,

nach Jahrhunderten der blutigen Kämpfe um die Vormacht in Europa und in der Welt betrieb die Politik nach 1945 den Bau eines "gemeinsamen Hauses Europa" – zunächst im Westen und seit der Überwindung der deutschen und europäischen Teilung (1989) auch im Osten. Die Beteiligung an den Europawahlen zeigte freilich, dass das Bewusstsein der Bürger/innen in diesem Punkt leider noch weit hinter der Politik herhinkt. So fehlen Impulse 'von unten', die die Politik dort, wo sie zur Interessenpolitik wird, korrigieren könnten.

Die EU-Osterweiterung am 1. Mai 2004 und der mühsame Weg zu einer Verfassung der EU waren die Anlässe, auf der 10. CGW-/INWO-Tagung in Birkenwerder danach zu fragen, woher Europa kommt und wohin es sich in Zukunft entwickeln sollte. Soll Europa zu einer Wirtschafts- und Militärmacht werden, die mit den USA, Russland, Japan, China und Südostasien um die Vormacht in der Welt konkurriert? Oder soll es zu einer den Weltfrieden durch soziale Gerechtigkeit sichernden Kraft werden, die sich um einen Ausgleich zwischen den übrigen Erdteilen bemüht? Um diese Schlüsselfrage ging es in den historischen und aktuellen Tagungsbeiträgen, die in diesem Heft wiedergegeben werden.

Jan Kubišta und Bernd Böttcher führen uns das historische und gegenwärtige Kreisau/Krzyzowa vor Augen, wo Helmuth James von Moltke und Peter Yorck von Wartenburg während des Zweiten Weltkriegs den "Kreisauer Kreis" bildeten. Dieser Widerstandskreis entwickelte unter lebensgefährlichen Bedingungen Vorstellungen zu einer Neuordnung Deutschlands nach dem Ende des NS-Regimes und auch bereits zu einer Integration Deutschlands in ein freiheitlich und friedlich vereinigt Europa. Nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler wurden große Teile des Widerstands hingerichtet. In zeitlicher Nähe zum 60. Jahrestag des 20. Juli 1944 er-

innerte Jan Kubišta an die europapolitischen Vorstellungen des Kreisauer Kreises und fragte auch nach deren Bedeutung für die Gegenwart. In Ergänzung dazu könnte es für die Geld- und Bodenrechtsreformbewegung nützlich sein, sich auch ihre eigenen gedanklichen Wurzeln vor Augen zu führen und sich ihres eigenen Beitrags zu einem zukünftigen Europa zu vergewissern. Gerade in Zeiten, in denen die deutsch-polnische Verständigung von fragwürdigen Eigentums- und Entschädigungsansprüchen getrübt wird, könnte dieser Beitrag in einer sowohl über die Nationen als auch über Europa noch hinaus gehenden globalen Perspektive liegen.

Vor dem Hintergrund der laufenden Auseinandersetzungen um eine zukünftige europäische Verfassung erläuterte Roland Geitmann in seinem Beitrag "Europa in guter Verfassung?" die Stärken und Schwächen des Verfassungsentwurfs und kam zu dem Ergebnis, dass der Entwurf trotz mancherlei Unvollkommenheiten doch auch Chancen für eine positive Fortentwicklung enthält.

An der Einführung des Euro als gemeinsamer Währung schieden sich die Geister – auch innerhalb der Geld- und Bodenrechtsreformbewegung. Inzwischen liegen erste Erfahrungen im praktischen Umgang mit dem Euro vor. Seine bisherigen Unzulänglichkeiten nimmt Eckhard Behrens in einer ersten Zwischenbilanz zum Anlass für Überlegungen zu einer Reform des Euro, die ihn zu einem tragfähigen Fundament einer Vollendung der Einheit Europas in Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden machen könnte. Mit den Regionalwährungen, von denen sich Eckhard Behrens abschließend Impulse für einen solchen geldpolitischen Bewusstseinswandel erhofft, werden wir uns in der nächsten Ausgabe unserer Zeitschrift beschäftigen.

Ihr Werner Onken

Europäische Menschlichkeit 60 Jahre nach dem 20. Juli 1944

"Jeder Form und jeder Akt des Widerstands gegen den Nationalsozialismus hat sich gelohnt. Nichts davon war vergeblich. Jede Handlung gegen das schreiende Unrecht der nationalsozialistischen Diktatur hat Bedeutung. Es hat sich gelohnt, weil der deutsche Widerstand die europäische Menschlichkeit in Deutschland lebendig gehalten hat. Mit diesem Satz möchte ich nicht nur die inzwischen bekannten, viel beschriebenen, sowohl gelobten als auch in vielem kritisierten, verschiedenen Gruppen des Widerstands umfassen: den Versuch des Staatsstreichs vom 20. Juli 1944, die Weiße Rose, die Rote Kapelle, die Freiburger Gruppe, den Kreisauer Kreis, Widerstand in den Kirchen und bei den Soldaten, die Zeugen Jehovas, den Widerstand von Einzelnen wie dem einsamen Johann Georg Elser. Ich möchte auch den Widerstand von Einzelnen oder von kleinen Netzen von Einzelnen einschließen, die nie bekannt geworden sind, die aus Menschlichkeit den Geboten und der Praxis der Nationalsozialisten von Gewalt, Rassenwahnsinn und Lüge entgegen getreten sind. (...)

Was wir heute Menschlichkeit nennen, ist in der Geschichte Europas langsam gewachsen, Europa, so reich und wunderbar verschieden es in seinen vielen Ländern geworden ist, hat trotz seiner zahllosen Kriege, Kämpfe und Krisen über die Jahrhunderte hinweg doch ein gemeinsames Fundament der Menschlichkeit entwickelt. In den einzelnen Ländern und Sprachen haben das entsprechende Wort und die entsprechende Vorstellung einen von der jeweils eigenen Geschichte geprägten besonderen Klang wie das französische 'humanité' und das englische 'humanity'. (...) Diese Menschlichkeit hat viele Gesichter und es gehört dazu, gegen erkanntes Unrecht zu stehen und sich dagegen aufzulehnen. Immer muss die Menschlichkeit gegen den Ansturm ihrer Feinde verteidigt und den Anforderungen einer neuen Zeit entsprechend erweitert werden. (...)

Kreisau zeigt in einer Ausstellung Bilder und Aussagen aus dem Widerstand gegen die Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Sie zeigt polnischen, tschechischen, ukrainischen, lettischen, russischen Widerstand zusammen mit dem deutschen. Zu Ehren des 60. Jahrestages des 20. Juli 1944 und um der Zukunft zu dienen, habe ich hier von der Vergangenheit erzählt. Die Anforderungen der explosiven Welt von heute sind andere, aber sie sind nicht geringer. Ich habe das Vertrauen und die Erwartung, dass in den kommenden Generationen die europäische Menschlichkeit sich neuen Aufgaben öffnet und weiter wirken wird."

Dr. Freya von Moltke, Die Verteidigung europäischer Menschlichkeit,
in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung
Das Parlament Nr. 27 / 2004, S. 3-4.

Jan Kubišta:

Die europapolitischen Gedanken des Kreisauer Kreises und ihre Bedeutung für die europäische Einigung

Von der Teilung zur Einigung Europas

Gegenwärtig – am Anfang des 21. Jahrhunderts – vollziehen sich große Änderungen auf dem europäischen Kontinent: die langjährige Teilung Europas wird durch die NATO- und EU-Erweiterung allmählich überwunden und die Vorstellungen vieler europäischer Politiker, Wissenschaftler und Visionäre über eine nicht nur ökonomische, sondern auch politische Einigung Europas werden mindestens zum Teil zur Wirklichkeit. Allgemein bekannt ist der erfolgreiche Prozess der schrittweisen europäischen Integration von der Montanunion über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und EURATOM bis zur Europäischen Union 1993 gemäß dem Konzept, das Jean Monnet 1950 als Leiter des Amtes für wirtschaftliche Planung in Paris dem damaligen französischen Außenminister Robert Schuman vorschlug. Weniger bekannt sind aber frühere Pläne zur europäischen Einigung wie z. B. des Österreicherers Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und der von ihm schon 1924 gegründeten Paneuropa-Union oder die Ziele des "Kreisauer Kreises", einer deutschen Widerstandsgruppe während des zweiten Weltkrieges, die sich in den Jahren 1942 und 1943 dreimal heimlich auf dem Gut Kreisau des Grafen Helmuth James von Moltke (heute: Krzyzowa, etwa 50 km südlich von Breslau/Wroclaw in der Nähe von Schweidnitz/Swidnica) traf.

In Kreisau befindet sich jetzt eine internationale Gedenk-, Bildungs- und Begegnungsstätte, die von der polnischen "Stiftung Kreisau für europäische Verständigung" verwaltet wird. Hätte ich vor zwei Jahren nicht das trilaterale deutsch-tschechisch-polnische Studentenseminar über die EU-Osterweiterung besucht, wüßte ich über alternative Pläne zur europäischen Integra-

tion auch nichts, weil sie in unseren Schulen und in der zugänglichen Fachliteratur gar nicht oder sehr oberflächlich erwähnt werden. Deshalb entschied ich mich, dieses Thema in meiner Diplomarbeit für die Deutschen und Österreichischen Studien an der Karlsuniversität in Prag zu behandeln. Dieser Vortrag ist deswegen eine Verkürzung meiner Diplomarbeit, in der ich mich auch der Rezeption des deutschen zivilen Widerstandes in Europa und den deutsch-polnischen Beziehungen nach dem 2. Weltkrieg, mit denen die Entstehung der Begegnungsstätte in Kreisau Anfang der 90er Jahre eng zusammenhängt, widme. Am Ende des Vortrages werde ich mich kurz mit Coudenhoves Konzept zur Einigung Europas befassen, weil es einerseits dem Kreisauer Konzept ähnelt; andererseits trug die paneuropäische bzw. die föderalistische Bewegung zur Gründung des Europarates 1949 bei, wobei einige frühere Mitglieder des Kreisauer Kreises – namentlich Carl Dietrich von Trotha als Vertreter der Europa-Union und Eugen Gerstenmaier als Bundestagsabgeordneter (seit 1950) und -präsident (1954-69) – im Europarat wirkten.

Der Kreisauer Kreis

Der Kreisauer Kreis entstand 1940 durch den Zusammenschluss von zwei kleineren Freundesgruppen um den jungen Juristen Helmuth James von Moltke, derzeit zuständig für Völkerrechtsfragen als Kriegsverwaltungsrat im Auslandsamt der Abwehr (Geheimdienst) des Oberkommandos der Wehrmacht in Berlin, und um den Juristen Peter Graf Yorck von Wartenburg, auch Gutsbesitzer in Schlesien und Referent für Grundsatzfragen bei dem Reichskommissar für die Preisbildung in Berlin. Beide Männer waren überzeugte Regimegegner und wollten Pläne für die poli-

tische, wirtschaftliche und soziale Neuordnung Deutschlands und für ein friedlich vereintes Europa nach dem Sturz des Hitlerregimes ausarbeiten. Yorck versuchte mit seinen Bekannten schon seit 1938, eine neue deutsche Verfassung für die Zeit nach einem Staatsstreich zu entwerfen, und Moltke machte dasselbe mit seinen Freunden, die er teilweise aus der Jugendbewegung und den sog. Löwenberger Arbeitslagern in Schlesien kannte. Diese sog. Arbeitslager fanden 1928 bis 1930 in der Hochschulbildungsstätte "Boberhaus" im Schlesischen Löwenberg (heute Lwówek Śląski) unter der Leitung von Professor Eugen Rosenstock-Huussy statt, der in Breslau Rechtsgeschichte und Philosophie lehrte. Deren Ziel war die Integration verschiedener sozialer Schichten (Arbeiter, Studenten und Bauern), Generationen und Völker durch die gemeinsame physische und geistige Arbeit in Seminaren über verschiedene Themen. Anfang der 1930er Jahre wollten diese Jugendlichen helfen, hauptsächlich die schwierige wirtschaftliche Situation in der Waldenburger Region zu lösen. Dort lernten Moltke und sein Vetter Carl Dietrich von Trotha neben Horst von Einsiedel auch Otto Heinrich von der Gablentz, den Breslauer Juristen und damaligen Oberpräsidenten von Oberschlesien, Hans Lukaschek und den Pädagogen Adolf Reichwein kennen. Reichwein machte Moltke mit den Sozialdemokraten Theodor Haubach und Carlo Mierendorff bekannt. 1943 kam noch der Sozialdemokrat Julius Leber hinzu. Nach 1933 wurden diese Sozialdemokraten und Gewerkschaftler gefangen gehalten.

Die Hauptakteure der Widerstandsgruppe trafen sich bis 1940 nur selten. Seit dem Januar 1940 entwickelte sich eine rege Freundschaft zwischen ihnen und in ihren Briefen tauschten sie erste Entwürfe für Neuordnungspläne aus. Inzwischen bemühten sie sich, weitere Fachleute und Widerständler aus verschiedenen Gesellschaftsgruppen für ihre Pläne zu gewinnen. Moltke kannte aus England (1938 legte er dort das Anwaltsexamen für Barrister ab) den Diplomaten Adam von Trott zu Solz, der seit 1940 in der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes mit Hans-Bernd von Haefthen zusammenarbeitete. Der Münchener Jesuitenpater Augustin Rösch

brachte die Katholiken Alfred Delp und Lothar König in die Gruppe. An der Tätigkeit des Kreisauer Kreises beteiligten sich auch die Protestanten Theodor Steltzer (im Krieg Generalstabs-offizier in Norwegen), Eugen Gerstenmaier (Mitglied der Bekennenden Kirche) und Harald Poelchau (Gefängnispfarrer in Berlin-Tegel und dann auch in Plötzensee) sowie die Juristen Paulus van Husen und Hans Peters. Insgesamt gehörten zum sog. inneren Kreis ca. 20 Personen. Manche Historiker zählen noch einige andere Männer und auch Frauen hinzu: Freya von Moltke, Marion Yorck, Margarethe von Trotha, Clarita Trott und weitere Frauen, die ihre Männer in der konspirativen Arbeit unterstützten.

Im April 1941 erarbeitete Moltke die Denkschrift "Ausgangslage, Ziele und Aufgaben" als Grundlage für demokratische Beratungen zuerst in kleineren Arbeitsgruppen und dann im breiteren Kreis. Im Mittelpunkt standen die Fragen des künftigen politischen Systems nach dem "Tag X" (wie die Kreisauer über den Regimesturz sprachen), der Wirtschaftsordnung und der Außenpolitik. Es ging also um einen großen Entwurf der europäischen Integration und des friedlichen Zusammenlebens der Völker in der ganzen Welt, um die Bestrafung der nationalsozialistischen Kriegsverbrecher (in ihrer Sprache "Rechtsschänder"), um die Rolle der Erziehung und der Familie und um das Verhältnis von Kirchen und Staat. Die Gespräche zwischen einzelnen Mitgliedern verliefen getarnt in den Berliner Wohnungen Moltkes und Yorcks, als vorgetäuschte Arbeitstreffen im Auswärtigen Amt, bei der Abwehr, beim Kommissar für die Preisbildung oder im Prinzenpalais Unter den Linden, wo Adolf Reichwein im staatlichen Landeskundemuseum arbeitete, auch in der Michaelskirche in München oder auf dem schlesischen Gut Yorcks in Klein-Oels (Mala Olesznica). Die drei größten Treffen fanden im Berghaus in Kreisau im Mai und Oktober 1942 und Juni 1943 zu Pfingsten statt, denn es lag in sicherer Entfernung von Berlin, wo solche Tagungen für die Gestapo oder SD verdächtig gewesen wären.

Nur Moltke und Yorck hatten den Überblick über alle Mitglieder und über den Inhalt aller Verhandlungen und Diskussionen. Andere Mit-

glieder sollten nur die Leitlinien der Pläne wissen und die "Externisten" (Berater und Fachleute aus dem weiteren Kreis) sollten höchstens drei Personen kennen. Nur die wichtigsten Dokumente wurden an einem sicheren Platz (z.B. im Kreisauer Schloss oder in der Münchner Michaelskirche) aufbewahrt. Zur Kontaktaufnahme mit den Alliierten und anderen Widerstandsgruppen in den besetzten Ländern nutzten die Kreisauer ihre Dienstreisen. Deshalb befinden sich einige Kreisauer Dokumente, v.a. außenpolitische Memoranden für die Alliierten, in schwedischen oder schweizerischen Archiven, denn durch diese neutralen Staaten konnte Fühlung mit Großbritannien oder den USA aufgenommen werden. Leider akzeptierten die Westalliierten keine Zukunftspläne von den deutschen Widerstandsgruppen und ihre Vertreter hielten sie sogar für Spione.

Das Ergebnis der Beratungen des Kreisauer Kreises war – als Kompromiss verschiedener Meinungen – das Memorandum "Grundsätze für die Neuordnung" vom 9. August 1943. Es sollte eine Erklärung der neuen deutschen Regierung werden, die sich gleich nach dem Staatsstreich und der Beendigung des Krieges aus den von Kreisauern und anderen deutschen Oppositionsgruppen ausgewählten Personen bilden sollte. So wurde der 1938 zurückgetretene Generalstabschef des Heeres und aktive Widerstandskämpfer Ludwig Beck für die Funktion des Staatsoberhauptes (des sog. Reichsverwesers), der frühere Oberbürgermeister von Leipzig Carl Friedrich von Goerdeler als Reichskanzler, Julius Leber als Innenminister, Adolf Reichwein als Kultusminister, Hans-Bernd von Haeften als Außenminister und Adam von Trott als sein Sekretär, Peter Yorck als Staatssekretär der Reichskanzlei und Theodor Haubach als Leiter des Amtes für die Presse und Volks-erziehung vorgeschlagen. Diese Regierung sollte nur bis zu ordentlichen Wahlen fungieren. In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Kirchen sollte sie politische, wirtschaftliche und soziale Reformen nach den Kreisauer Prinzipien der Demokratisierung, Dezentralisierung und Denazifizierung vorbereiten. (Im Rahmen der politischen Dezentralisierung war die Bildung von Ländern mit drei bis fünf Millionen Einwohnern beabsichtigt, d.h. Bayern und Preußen wären

aufgeteilt und wie die übrigen Länder von sog. Landesverwesern verwaltet worden.)

Die Kreisauer dachten, dass es nach dem Kriegsende zur moralischen Erneuerung der ganzen Gesellschaft auf der Grundlage von christlichen Prinzipien kommen müsse. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sollte die neue Gesellschaft von unten nach oben aufgebaut werden. Darin sollte jeder Einzelne eigene Verantwortung und bestimmte Rechte und Pflichten haben und in kleine Gemeinschaften (Kommunitäten) eingebunden sein (Familien, Nachbarschaften und berufliche Beziehungen). Aufgrund negativer Erfahrungen wollten die Kreisauer nicht mehr zum politischen System der Weimarer Republik zurückkehren. Es sollten z.B. keine politische Parteien wieder entstehen und direkte Wahlen sollte es nur auf der untersten Ebene der Gemeinde- und Kreisvertretungen geben. Die Länder sollten gemäß den Prinzipien der Selbstverwaltung und Subsidiarität verwaltet werden. In der Denkschrift "Die ersten Weisungen an Landesverweser" aus dem Jahre 1943 rechneten die Kreisauer auch mit der möglichen Besetzung Deutschlands durch die Truppen der Alliierten. Sie forderten die Landesverweser auf, konstruktiv mit den Besatzungsmächten zusammenzuarbeiten und eine Teilung Deutschlands zu verhindern. Sie glaubten nämlich, dass die Alliierten ihre Pläne akzeptieren und in ihnen Partner für den Neuaufbau eines demokratischen Deutschlands und Europas sehen würden. Dies war jedoch eine Illusion. Schon im September 1941 erließ der britische Premierminister Churchill eine Direktive, in der jeder Kontakt der britischen Regierung mit der deutschen Opposition als Gefahr für den Zusammenhalt des alliierten Bündnisses abgewiesen wurde, v.a. wegen der antisowjetischen Einstellung des deutschen nichtkommunistischen Widerstandes. Die Amerikaner zweifelten an der Glaubwürdigkeit und am Gewicht der deutschen Opposition (das FBI verhinderte 1939 ein Treffen Trotts mit dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt). Im Januar 1943 verkündigten Churchill und Roosevelt auf dem Gipfel in Casablanca ihre Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, was die Hoffnungen der deutschen Oppositionellen noch verringerte.

Im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik ergab sich innerhalb des Kreisauer Kreises als Kompromiss aus unterschiedlichen Vorstellungen das Ziel eines im Rahmen staatlicher Führung geordneten Leistungswettbewerbs. Angestrebt wurden u.a. eine staatliche Kartell-, Konzern- und Monopolkontrolle zur Wahrung des freien Wettbewerbs und andererseits eine Verstaatlichung der Schlüsselindustrien (Bergbau, Stahl- und Eisenproduktion, Grundchemie und Kraftwerke). Ähnliche Entwürfe gab es später auch in den ersten Nachkriegsprogrammen der CDU (im Osten z.B. auf Betreiben von Jakob Kaiser, der während des Krieges Mitglied des Goerdeler-Kreises gewesen war und der für einen sog. Christlichen Sozialismus als dritten Weg zwischen dem Liberalismus und Kollektivismus eintrat) oder 1947 im Ahlener Programm der westlichen CDU. Als Selbstverwaltungsorgane waren Kammern geplant, deren Delegierte von den Betriebsbesitzern und deren Angestellten gewählt werden sollten. Für die Übergangszeit nach dem Staatsstreich sollte ein Deutscher Gewerkschaftsbund alle deutsche Arbeiter vertreten, was der Sozialdemokrat Leuschner forderte. Danach sollten dann sog. Betriebsgewerkschaften und -räte gebildet werden, die den Belegschaften die Beteiligung an der Betriebsführung und an den Betriebsergebnissen ermöglichen würden. Der Staat sollte zusammen mit den Arbeitgebern den Bürgern verschiedene soziale Rechte gewährleisten: das Recht auf Arbeit, d.h. Vollbeschäftigung, außerdem das Recht auf Unterhalt und Unterkunft der Angestellten und ihrer Familien, das Recht auf ein Existenzminimum für in Not geratene Familien, das Recht auf Sozialversicherung, Gesundheitspflege und Bildung für Arbeiter, usw. Alle diese Rechte sollten zur Überwindung der sozialen Unterschiede und zur größeren Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den sozialen Schichten führen. Manchmal wurden diese Pläne für sozialromantisch oder utopisch gehalten.

Ich erwähne die Gesamtheit der Kreisauer Pläne für einen föderalen und demokratischen Staatsaufbau Deutschlands, denn sie sollte eine gewisse Grundlage für die Einigung Europas mit Deutschland als gleichwertigem Bestandteil darstellen. Im Unterschied zu seinem Urgroßonkel

Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke, dem Sieger der Schlacht von Königgrätz gegen Österreich 1866 (als Belohnung dafür erhielt er von Bismarck das Gut und Schloss Kreisau) und der Schlacht bei Sedan über Frankreich 1870, war Helmuth James von Moltke international und proeuropäisch eingestellt. In der Zeit nach dem Krieg sah er eine außerordentliche Möglichkeit, Europa durch eine Überwindung des Nationalismus zu einigen, die Minderheitenfrage v.a. in Mittel- und Osteuropa zu lösen und eine wirtschaftliche Verflechtung zu erreichen, die ein friedliches Zusammenleben aller europäischen Völker sichert. Ähnliche Gedanken hatten auch andere Widerstandsbewegungen in Deutschland und in den von Deutschen besetzten Ländern als Gegenkonzept zum nationalsozialistischen Plan der deutschen totalitären Beherrschung von ganz Europa und vielleicht der ganzen Welt. Vertreter dieser Widerstandsgruppen trafen sich zwischen dem März und Mai 1944 auf den Genfer Konferenzen, wo sie das Manifest zu Föderalisierung Europas und zur Denazifizierung, Demilitarisierung, Europäisierung der deutschen Schwerindustrie und vorübergehenden Besetzung Deutschlands verfassten. An diesen Konferenzen dürften auch einige Deutsche teilgenommen haben. Aber es gelang mir nicht festzustellen, ob es Kreisauer waren. Die Zentrale des Ökumenischen Rates der Kirchen (der spätere Weltkirchenrat) in Genf, wo diese Konferenzen stattfanden, wurde jedenfalls auch als Vermittlungsstelle der Kreisauer zu den Alliierten genutzt. Dort wurden schon vorher Pläne für die neue europäische und weltweite Friedensordnung ausgearbeitet, die die Kreisauer durch ihre eigenen Konzepte bestimmt beeinflussten. Außerdem befand sich in Bern die Zweigstelle des amerikanischen Geheimdienstes Office of Strategic Services, deren Leiter der erfahrene Diplomat Allen Welsh Dulles war, ein Bruder des späteren amerikanischen Außenministers John Forster Dulles. Diese Zweigstelle hatte die Aufgabe, die US-Behörden über das Geschehen in Deutschland während des Krieges, incl. Pläne der deutschen Opposition zu informieren. A. W. Dulles trug kurz nach dem Ende des 2. Weltkrieges zur Rehabilitierung des deutschen Widerstandes (einschließlich des Kreisauer

Kreises) im angelsächsischen Ausland durch die Herausgabe seines Buches "Germany's Underground" (New York 1947) bei.

Kreisauer Vorstellungen von einem vereinten Europa

Moltke legte in seiner Denkschrift "Ausgangslage, Ziele und Aufgaben" 1941 fest, dass die Widerstandsgruppe sich auch mit der Angelegenheit der politischen und ökonomischen Einigung Europas befassen sollte. Das Ergebnis der Beratungen einzelner Mitglieder des Kreisauer Kreises finden wir in einigen Dokumenten der letzten größeren Tagung in Kreisau im Juni 1943 ("Zur Befriedung Europas", "Außen- und Innenpolitik", "Leitsätze für den Aufbau der europäischen Volkswirtschaften nach dem Krieg", "Fragestellung zur Wirtschaftspolitik in ihrer Beziehung zur Außenpolitik"). In den 1980er Jahren wurde im Stockholmer Archiv des Nordischen Ökumenischen Instituts ein nicht unterzeichnetes und nicht datiertes Dokument mit dem Titel "Das europäische Verfassungsproblem" entdeckt, das wahrscheinlich Theodor Steltzer 1942 verfasst und schwedischen Freunden übergeben hatte.

Aus diesem Dokument geht hervor, dass die Kreisauer den europäischen Staatenbund als Gegengewicht und zugleich als Brücke zwischen den USA und Russland vorsahen. Die europäischen Staaten (in einigen Fällen sollten ihre Grenzen neu bestimmt werden) sollten einen Teil ihrer Souveränität an den europäischen Bund übertragen. In dessen eigener Verfassung würden die Zuständigkeiten der gemeinsamen Organe für die Erfüllung gemeinsamer Aufgaben festgelegt. Zwischen der europäischen Föderation und den einzelnen autonomen Mitgliedsstaaten sollte ein Gleichgewicht bestehen. Alle Mitgliedsstaaten sollten untereinander gleichberechtigt sein, einschließlich eines neuen demokratischen und föderalen Deutschlands. Großbritannien sollte dem Bund erst später beitreten und seine spezielle Beziehung zu den USA und seinen ehemaligen Kolonien (British Empire) behalten. Die Einbeziehung Russlands in den europäischen Bund schien nur in Frage kommen, "wenn sich dort eine Regierung konstituierte, die sich zu

den tragenden Kräften des Christentums und damit zu Europa bekennt". Die Kreisauer schlossen aber eine Nachkriegszusammenarbeit mit der Sowjetunion nicht aus, denn sie setzten richtig voraus, dass ihre Bedeutung in den internationalen Beziehungen wachsen würde.

Im Rahmen des europäischen Bundes sollten gewisse Regionen entstehen und zwar durch eine engere politische Verflechtung mehrerer Staaten. Es sollten die Staaten Skandinaviens, des Baltikums, des Balkans, die deutschsprachigen Staaten, die westeuropäischen Staaten und die Staaten des Mittelmeerraumes sein. In der Frage der Staatsgrenzen waren sich die Kreisauer nicht einig. Gemäß einer Karte in den Kreisauer Dokumenten aus dem Jahre 1943 sollten zu Deutschland auch Österreich, Böhmen, Mähren, Ostpreußen, die Provinz Posen und Schlesien gehören. Demgegenüber äußerte sich Moltke mehrmals in dem Sinne, dass Schlesien als Wiedergutmachung für die deutschen Verbrechen an Polen oder Tschechien abgetreten werden sollte. Im Dokument "Das europäische Verfassungsproblem" schien die Trennung der Tschechoslowakei vorgeschlagen zu sein, denn im Verzeichnis der künftigen europäischen Länder war die Slowakei als ein selbständiger Staat genannt, auch wenn es eher um Slowenien geht (im Kontext "die Abgrenzung zwischen Serbien und Kroatien und der Slowakei" – im Dokument "Das europäische Verfassungsproblem"). Weißrussland und die Ukraine sind in den Kreisauer Dokumenten nicht als selbständige Staaten zu finden. Der beabsichtigte Umfang des deutschen Staates nach dem Staatsstreich mit den besetzten Ländern Österreich, Tschechien und teilweise Polen kann nur so erklärt werden, dass in diesen Gebieten gleich nach dem Staatsstreich kein Machtvakuum entstehen sollte und dass dann die Macht an Tschechen, Polen und Österreicher übergeben werden sollte. Die meisten Kreisauer hielten Österreich für einen Bestandteil des deutschen Reiches und hofften, dass sich Österreicher nach dem Krieg für eine staatliche Gesamtheit mit Deutschland aussprechen würden. Als notwendige Voraussetzung für die Einigung Europas sahen sie die deutsch-französische und die deutsch-polnische Versöhnung an.

Nach Moltkes Vorstellungen sollten fast alle nationalstaatlichen Souveränitätsrechte an den europäischen Gesamtstaat übertragen werden, in dem die europäische Regierung der Fachleute, die Regierung aus den Vertretern der Regierungen der Selbstverwaltungskörper (d.h. ehemaligen Staaten) als ihr Hilfsorgan und das direkt gewählte Europaparlament die Hauptverantwortung haben sollten. Andere Mitglieder des Kreisauer Kreises (Trott, Leber, Gerstenmaier und Delp) hielten dies in der damaligen Situation für nicht realisierbar. Die Kreisauer rechneten bei ihren Überlegungen nicht mit den Forderungen der Widerstandsbewegungen in den besetzten mitteleuropäischen Ländern und später ihrer Exilregierungen in London. Diese überzeugten die führenden Politiker der Alliierten bis 1943, dass nach dem Krieg die mitteleuropäischen Staaten ethnisch einheitlich sein müssten und dass die deutsche Minderheit aus diesen Staaten nach Deutschland ausgesiedelt werden müsse. Die Kreisauer hielten es zwar für nötig, die Minderheitenrechte in ganz Europa zu gewährleisten; aber schon 1944 war es klar, dass das weitere Zusammenleben der Deutschen mit anderen, v.a. slawischen Völkern in einem Staat nach dem Krieg sehr schwierig werden würde.

Nach dem Kreisauer Konzept sollte der Sitz der europäischen Organe in Wien sein. Das Gebiet Wiens sollte direkt dem Bund unterstellt werden. Der Kronrat (oder Bundesrat) sollte als Träger der gemeinsamen Souveränitätsrechte aus den Staatsoberhäuptern bestehen und Beratungsstimmen sollten der Bundeskanzler, der von den evangelischen Bischöfen gewählte Bischof, der vom Papst bestimmte katholische Bischof und der Präsident des Bundestags haben. Dieser Bundesrat sollte mindestens einmal pro Jahr zusammenkommen und die Grundlinien der europäischen Politik bestimmen. Er sollte Oberbefehlshaber der europäischen Streitkräfte sein, den Bundespräsidenten aus seiner Mitte und den Bundeskanzler auf Vorschlag des Bundespräsidenten wählen. Der Bundesrat sollte auch die vom Bundespräsidenten ernannten diplomatischen Vertreter in den nichteuropäischen Staaten bestätigen und er sollte auch die Streitigkeiten zwischen der Bundesregierung und dem

Parlament lösen. Die europäische Exekutive sollte der Bundespräsident und die Bundesregierung mit dem Kanzler an der Spitze darstellen. Die europäische Regierung sollte minimal vier Ressorts verwalten: Außenministerium (u.a. auch für europäische Kolonien zuständig), Innenministerium, Wirtschafts- und Planungsministerium und Verteidigungsministerium. Als Beratungsorgan konnte die Bundesregierung das Organ aus den Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten haben. Die Fachausschüsse sollten einheitliche Grundsätze für die europäische Kommunikation, für den Verkehr und eine Einheitswährung ausarbeiten, auch für die Sozialpolitik, die Kolonien, den Außenhandel, die Migration und die Kultur. Das alles zeigt, welche Zuständigkeiten die Kreisauer der Europaföderation zuerkannten.

Als Legislative war ein Bundestag vorgesehen, der aus den Abgeordneten der Parlamente der Mitgliedstaaten nach ihrer Bevölkerungsanzahl bestehen sollte. Der Bundestag sollte die Gesetzesentwürfe der Bundesregierung sowie den europäischen Haushalt verabschieden. Der Bundestag konnte auch eigene Vorschläge für Gesetzesentwürfe der Bundesregierung vorlegen und er konnte der Bundesregierung auch das Misstrauen aussprechen. Das letzte gemeinsame Organ sollte ein Europäisches Gericht sein, das in der letzten Instanz allen Europäern ihre Grundrechte ohne Rücksicht auf ihre Nationalität, Rasse, Überzeugung oder sozialen Rang gewährleisten würde. Nur das Europäische Gericht sollte die europäischen Vorschriften auslegen und Streitigkeiten zwischen dem Bund und den Einzelstaaten entscheiden können. Seine Entscheidungen könnte im äußersten Fall eine europäische Polizei vollstrecken.

Erste Voraussetzung einer ökonomischen Integration Europas war die Abschaffung der Zölle und anderer Einschränkungen des freien Handels. Die europäische Wirtschaft sollte sich nach den Prinzipien des marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerbs entwickeln, wobei der Bund nur im Falle der Wettbewerbsverletzung eingreifen sollte. Der europäische Bund sollte auch die europäischen Kartelle, die Schwerindustrien und die Wirtschaften der einzelnen Staaten kontrollieren und die Steuer-, Kredit-

und Verkehrspolitik im Interesse der ökonomischen Einigung Europas beeinflussen. Die Kreisauer beschäftigten sich auch mit der Beziehung des europäischen Handels mit anderen Staaten der Welt und sie erörterten den Entwurf einer Weltbank von Keynes (die "International Clearing Union" mit dem "Bancor" als neutralem Weltgeld). Sie wünschten, dass Europa nach dem Krieg möglichst schnell aufgebaut würde und prosperierte. Im Dokument "Das europäische Verfassungsproblem" wird die Zusammenarbeit der europäischen Föderation mit den anderen Teilen der Welt im Rahmen des sog. "Weltbundes der Großräume" angedeutet, der aus dem Völkerbund entstehen sollte. 1943 unterstützten die Kreisauer das Friedensprogramm der protestantischen Kirchen Amerikas zur Gründung der Vereinten Nationen.

Interessant ist auch die Kreisauer Denkschrift von 1943 über die Bestrafung der sog. Rechtsschänder (d.h. NS- und Kriegsverbrecher) entweder vor deutschen ordentlichen Gerichten oder vor einem internationalen Gericht, das aus zwei Richtern der Siegermächte, zwei Richtern aus neutralen Staaten und einem Richter aus dem besiegten Land bestehen sollte. Damit könnte der internationale Gerichtshof des Völkerbundes in Den Haag gemeint gewesen sein. Der Angeklagte sollte nach dem Strafrecht seines Landes, das zur Zeit der Tat galt, verurteilt werden – also auch zur Todesstrafe. Das Urteil sollte der vom internationalen Gericht bestimmte Staat vollstrecken, nicht aber der beschädigte Staat. Die Kreisauer wollten nicht, dass die Gerichte der Siegermächte die Bestrafung durchführen, wie es dann in Nürnberg geschah. Weiter dachten die Kreisauer über die Entschädigung der NS-Opfer, die Eigentums- oder Gesundheitsschäden oder Ehrenverletzung erlitten hatten, nach (Häftlinge in den KZs, ungerecht Verurteilte, Ausgebürgerte, aus ihrer Arbeit Entlassene oder Personen, deren Vermögen konfisziert wurde). Gerade die Nichtübereinstimmung mit der NS-Politik der Einschränkung der Rechte und dann der Ausrottung der Juden und anderer "Unterrassen", die schlechte Behandlung der Häftlinge, Gefangenen und Geiseln und andere Greuelthaten waren für einige Kreisauer die Hauptgründe für

ihre Widerstandsarbeit, mit der sie etwas dagegen tun wollten. Als Völkerrechtler in der Abwehr wusste Moltke von Menschenrechtsverletzungen in ganz Europa. Durch seine dänischen Freunde warnte er 1943 mehr als 5000 dänische Juden vor der geplanten großen SS-Razzia, so dass sie sich in das neutrale Schweden retten konnten. In Polen und anderen besetzten Ländern warnte er vor Racheaktionen der Gestapo. Er setzte sich auch für die Rechte der russischen Kriegsgefangenen ein (z.B. für warmes Essen und für die Beisetzung russischer Kriegsgefangener, die im Kreisauer Arbeitslager umgekommen waren, in namentlich gekennzeichnete Gräber). Mehrmals fuhr er nach Frankreich und Belgien, um deutsche Befehlshaber dazu zu bewegen, Hitlers völkerrechtswidrige Befehle wie z.B. Geislerschiessungen nicht auszuführen. Rösch, Delp, Poelchau und Peters verbargen Juden. Lukaschek besorgte für die Juden falsche Dokumente, damit sie z.B. in die Schweiz fliehen konnten.

Um andere europäische Völker für ihre Föderalisierungs- und Demokratisierungspläne zu gewinnen, hielten die Kreisauer (v.a. Moltke, Trott und Steltzer) Kontakte mit den Widerstandskämpfern in Norwegen (Brodesen-Gruppe und Bischof der norwegischen Kirche Berggrav), in Schweden (Johannson, der Leiter des Nordischen Ökumenischen Institutes in Sigtuna bei Stockholm, und seine Freunde), in den Niederlanden (die Patijn-van-Roijen-Gruppen, die dem "Vaterländischen Komitee" des holländischen Widerstandes angehörten), in Polen (Krakauer Erzbischof Sapieha, nicht aber mit der Untergrundorganisation), Österreich, weniger in Frankreich und Belgien (über deutschen Militärbefehlshaber Alexander Freiherr von Falkenhausen). Die Kreisauer erwarteten, dass nach dem Krieg in diesen Staaten Oppositionelle zur Macht kommen würden und dass diese dann einerseits das Kreisauer Konzept der europäischen Einigung unterstützen und andererseits nach einem geglückten Staatsstreich den deutschen Widerständlern helfen würden, das Vertrauen der Westmächte für die neue deutsche Regierung zu gewinnen.

Selbstverständlich hatten die Kreisauer auch Fühlung mit anderen deutschen Widerstands-

gruppen und Vertretern der Kirchen (mit dem katholischen Bischof Preysing in Berlin, mit dem Münchner Kardinal Faulhaber, dem Fuldaer Bischof Dietz und dem evangelischen Landesbischof Wurm in Württemberg). Sie waren über die Kreisauer Pläne unterrichtet und arbeiteten mehr oder weniger mit den Kreisauern zusammen. Wichtig war der Kontakt mit dem Goerdeler-Kreis, der auch Nachkriegspläne für Deutschland und Europa nach dem Sturz des Regimes vorbereitete. Dessen Pläne waren zuerst sehr nationalistisch und reaktionär (wirtschaftlicher Zusammenschluss der europäischen Völker unter der politischen Führung Deutschlands und Wiederherstellung der deutschen Monarchie in den Grenzen von 1914, incl. Einverleibung Österreichs und des Sudetenlandes). Erst 1943 erkannte Goerdeler in seinem Friedensplan die Notwendigkeit einer Gleichberechtigung der integrierten europäischen Staaten an. Weiter war für die Kreisauer die Verbindung mit dem deutschen Militär wichtig. Dessen oppositionelle Generäle sollten den Staatsstreich durchführen, ohne Hitler und seine Helfer umzubringen; stattdessen sollten sie vor ein Gericht gestellt werden. Da solche Versuche mehrmals scheiterten, entschieden sich einige Mitglieder des Kreisauer Kreises (Trott, Gerstenmaier, Leber, Yorck und andere), sich der Verschwörung um den Oberst des Ersatzheeres Claus Schenk von Stauffenberg anzuschließen, der ein Attentat auf Hitler vorbereitete. Moltke lehnte das Attentat ab, weil der Neuanfang nicht mit einem Mord beginnen sollte und weil eine neue Dolchstoßlegende entstehen könnte. Er fürchtete den Eindruck, dass nicht Hitler, sondern die Verschwörer für die Kriegsniederlage verantwortlich seien, und so würden Deutsche gegen die neue Regierung aus den ehemaligen NS-Gegnern Widerstand leisten.

Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 im ostpreußischen Hauptquartier Wolfsschanze bei Rastenburg wurden dreizehn Kreisauer mit ihren Frauen verhaftet; neun von ihnen wurden vom Richter des Volksgerichtshofes Roland Freisler bis Anfang 1945 zum Tode verurteilt und acht wurden im Berliner Gefängnis Plötzensee hingerichtet. Die Hinrichtung von Theodor Steltzer wurde dank seiner skandinawi-

schen Freunde verschoben und im April 1945 kam er frei. Helmuth James von Moltke konnte nicht wegen seiner Beteiligung am Attentat verurteilt werden, weil er in dieser Zeit im KZ Ravensbrück saß, aber nur wegen der Planung für die Zukunft nach dem Sturz Hitlers. Er wurde am 23. Januar 1945 in Plötzensee hingerichtet. Das Attentat bedeutete das tatsächliche Ende des Kreisauer Kreises. Der Amsterdamer Historiker Ger van Roon, der die bedeutendste Monographie über den Kreisauer Kreis "Neuordnung im Widerstand" geschrieben hat (München 1967), ging davon aus, dass schon nach der Verhaftung Moltkes im Januar 1944 kein Kreisauer Kreis mehr existierte, sondern nur noch einzelne Kreisauer (Freya von Moltke wurde nicht verhaftet und das Gut Kreisau wurde nie von der Gestapo durchgesucht). Der deutsche Historiker W.E. Winterhager meint, dass Yorck nach Moltkes Verhaftung die Führung der Gruppe übernommen habe und dass die Planungsarbeit mit den Vorbereitungen des militärischen Widerstandes für ein Attentat parallel liefen. Winterhager behauptet auch, dass der Kreisauer Kreis durch den Anschluss einiger Kreisauer zu Stauffenbergs Gruppe Ruhm in der Öffentlichkeit errang. Die Historiographie reiht den Kreisauer Kreis meistens zur sog. Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 ein.

Nachwirkungen

Die Kreisauer Gedanken über die europäische Integration hatten keinen direkten Einfluß auf die politische Nachkriegsordnung in Deutschland und Europa, die völlig in den Händen der Siegermächte lag. Van Roon erwähnt zwar, dass Allen W. Dulles als Vertreter der amerikanischen Botschaft in Berlin die früheren Mitglieder des Kreisauer Kreises Einsiedel und Trotha nach dem Krieg bat, für das US-Außenministerium (State Department) einen Plan zur wirtschaftlichen Einigung Europas auszuarbeiten – mit der Möglichkeit, die Zusammenarbeit auch auf die politische Ebene auszudehnen. Aber ich konnte aus den zugänglichen Materialien nicht feststellen, ob dieser Plan wirklich entstand und wie ihn in diesem Fall die Amerikaner annahmen. Trotzdem

enthält der Einigungsplan einige Punkte, die auch nach 50 Jahren des Integrationsprozesses in Westeuropa noch nicht erreicht wurden oder erst in den letzten Jahren zustande kamen (der Euro, die europäische Verfassung mit der Verankerung der Menschenrechte, Zusammenarbeit der Regionen, gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik, Funktion des Präsidenten der EU und des Außenministers der EU, die europäische Polizei, usw.).

Indirekt sind heute die Kreisauer Integrationsgedanken noch immer lebendig dank der Bemühungen der polnischen "Stiftung Kreisau für europäische Verständigung", die in der Tätigkeit der Begegnungs-, Bildungs- und Gedenkstätte an das geistige Erbe des Kreisauer Kreises anknüpft. Es mussten 50 Jahre vergehen, bis das Gut und Schloss im schlesischen Kreisau/Krzyzowa wieder zum wichtigen Ort für Europa wurde.

Nach der Flucht von Freya von Moltke aus Kreisau nach Berlin im Oktober 1945 (und dann nach Südafrika) wurde das Gut dem polnischen Staatsgut Schweidnitz übergeben. Es vernachlässigte die Gebäude so sehr, dass ihr Einsturz drohte. Angeblich schlug Theodor Steltzer schon Mitte der 1960er Jahre vor, in Kreisau eine deutsch-polnische Begegnungsstätte zu gründen. Erst Anfang der 1980er Jahre überlegte der holländische Historiker Ger van Roon zusammen mit seinen Breslauer Kollegen Karol Jonca die Bildung eines holländisch-polnischen ökologischen Gutes in Kreisau. Diese Absicht scheiterte aber mit der Erklärung des Kriegsrechts 1981 in Polen. Schon seit der Mitte der 1970er Jahre versuchte Freya von Moltke mit Hilfe der polnischen und westdeutschen Regierungen vergeblich, eine Gedenktafel zur Erinnerung an ihren Mann und die Widerstandsgruppe in Kreisau installieren zu lassen. 1984 arbeitete die Friedrich-Ebert-Stiftung einen Plan zur Bildung einer deutsch-polnischen Jugendbegegnungsstätte in Kreisau aus, den sogar Willy Brandt 1985 als damaliger SPD-Vorsitzender bei Verhandlungen mit der kommunistischen Regierung Polens und 1988 der westdeutsche Außenminister Hans Dietrich Genscher unterstützten. Aber die polnische Regierung reagierte auf keine dieser Initiativen.

Erst der politische Umbruch in Mitteleuropa in den Jahren 1989 und 1990 ermöglichte es, dass sich die polnische und deutsche Regierung auf das Projekt der Begegnungs- und Gedenkstätte in Kreisau und auf die Finanzierung der Renovierung des ganzen Gebäudekomplexes einigten. In der Zeit der ersten teilweise demokratischen Parlamentswahlen in Polen, die die oppositionelle Gewerkschaft Solidarność gewonnen hatte und nach denen eine Regierung von Tadeusz Mazowiecki (einem Mitglied des Warschauer "Klubs der katholischen Intelligenz"/KIK) gebildet worden war, hatte vom 2. bis 4. Juni 1989 der KIK bereits eine internationale Konferenz "Christ in der Gesellschaft" über die Gedanken des Kreisauer Kreises und des Philosophen Eugen Rosenstock-Huessy (in den Jahren 1960-1973 u.a. Lebenspartner von Freya von Moltke, die bis heute in seinem Familienhaus in Norwich im US-Staat Vermont lebt) veranstaltet. Daran hatten auch die beiden Historiker Ger van Roon und Karol Jonca teilgenommen und es war die weitere Zusammenarbeit am Projekt Kreisau unter Führung des KIK vereinbart worden. Am Anfang stand aber die Privatinitiative von ostdeutschen Oppositionellen aus der "Aktion Sühnezeichen" und der Evangelischen Akademie, die sich mit der Idee der Gründung einer zukunftsorientierten europäischen Begegnungs- und zugleich Gedenkstätte an die westdeutsche "Aktion Sühnezeichen" und die polnischen Oppositionellen im Breslauer "Klub der katholischen Intelligenz" gewandt hatten. Dabei nutzten sie die Kontakte, die schon seit den 60er Jahren zwischen west- und ostdeutschen Katholiken in der Aktion Sühnezeichen und Pax Christi und polnischen Katholiken aus der Oppositionsbewegung "Znak" zur gegenseitigen Versöhnung und Verständigung gepflegt wurden.

Am 12. November 1989 fand dann in Kreisau die deutsch-polnische Versöhnungsmesse mit Beteiligung von Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki statt, nach der sich beide Staatsmänner auf die Gründung der Begegnungsstätte in Kreisau und die Finanzierung des Umbaus aus dem Geld des gemeinsamen deutsch-polnischen Fonds verständigten. In diesen Fonds überwies die polnische Regierung in zehn Jahresraten 570 Mio. DM

als Ersatz für den nicht zurückgezahlten Milliardenkredit "Jumbo" aus dem Jahre 1975. Der Fonds wurde 1991 als "Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit" gegründet und unterstützt solche Projekte auf polnischem Gebiet, die im beiderseitigen Interesse liegen, u.a. Jugendaustausch und Restaurierung und Erhaltung der Kulturdenkmäler sowie Errichtung und Erhaltung der Gedenkstätten.

Das Kreisauer Schloss und das Gut sowie das Berghaus, in dem die Zusammenkünfte des Kreisauer Kreises ehemals stattgefunden hatten, wurden für 29 Mio. DM aus dem genannten Fonds restauriert und dank der enormen Mühe von polnischen und deutschen Mitarbeitern zu einer modernen Begegnungs- und Gedenkstätte mit 175 Übernachtungsplätzen sowie mehreren Konferenz- und Seminarräumen umgebaut. Diese wurde schließlich 1998 im Beisein des damaligen deutschen Bundeskanzlers Kohl, des polnischen Premierministers Jerzy Buzek, des früheren Premierministers Mazowiecki und Freya von Moltkes feierlich eröffnet. Ihre Organe (Rat, Vorstand und Geschäftsführung) sind international zusammengesetzt.

In drei Programmen bietet die "Stiftung Kreisau" viele Möglichkeiten für ihre Besucher an. Die Internationale Jugendbegegnungsstätte organisiert oder vermittelt deutsch-polnische oder andere internationale Jugendbegegnungen mit verschiedenen historischen, kulturellen und ökologischen Themen sowie auch Musik-, Tanz-, Theater- und Kunstworkshops (dazu gehört der jährliche Künstlersommer im August). In diesem Jahr wird auch eine Tagung des Europäischen Parlaments für Jugendliche aus einigen europäischen Staaten simuliert und es gibt sog. Ökocamps, bei denen junge deutsche und polnische Bauern die Methoden der Ökolandwirtschaft auf den Grundstücken der Stiftung auch praktisch anwenden können. Die Bildungs- und Gedenkstätte Kreisau soll die Geschichte und Gedanken des Kreisauer Kreises und auch anderer Widerstands- und Oppositionsgruppen einer breiten Öffentlichkeit lebendig vermitteln. Sie veranstaltet verschiedene Konferenzen, Seminare bzw. Wettbewerbe über den Widerstand gegen Diktaturen im 20. Jahrhundert, über die deutsch-

polnischen Beziehungen und die Geschichte beider Staaten und auch über Zivilcourage. Sie verwaltet die ständige Ausstellung "In der Wahrheit leben" über den Kreisauer Kreis und die osteuropäische Opposition gegen den Kommunismus sowie eine große Bibliothek mit ca. 5000 Büchern über die Zeitgeschichte beider Staaten, ihre Beziehungen, über Widerstand, Opposition und europäische Integration. Zur Bibliothek gehören auch eine Mediothek und das Computearchiv zur Ausstellung. Sie gibt auch Publikationen zu diesen Themen heraus. Desweiteren arbeitet die Begegnungs- und Gedenkstätte mit ähnlichen Einrichtungen in Mitteleuropa zusammen und für die Studenten bietet sie Stipendienprogramme zur Vorbereitung auf Diplomarbeiten oder Dissertationen.

Die europäische Akademie Kreisau veranstaltet Seminare, Konferenzen und Ausstellungen zur europäischen Einigung und zum Ost-West-Dialog, Studienreisen zur Erkundung der Kulturlandschaft Niederschlesiens, das zweisemestrige Aufbaustudium über die europäische Integration für polnische Lehrer in Zusammenarbeit mit den Breslauer und Opperlner Universitäten. Die Absolventen erhalten Diplome von der Breslauer Universität. Seit 1999 organisiert die Stiftung Kreisau "das Niederschlesische politische und wirtschaftliche Forum" zur Entwicklung der niederschlesischen Region unter Beteiligung der wichtigsten Persönlichkeiten aus der regionalen Politik und Wirtschaft, aber auch diplomatischer Vertreter der Nachbarländer. Die europäische Akademie beteiligt sich auch an einem sozialen Projekt der Partnerstädte Breslau-Lemberg (Lviv in der Ukraine). In Breslau baute die Stiftung 2001 das Hotel "Europeum" mit einigen Büros und Konferenzräumen; der Gewinn aus dem Hotel soll in die Stiftungsarbeit in Kreisau einfließen.

Den Betrieb und die Erhaltung der Gebäude muss die Stiftung nämlich selbst tragen, was sie immer zwingt, neue Finanzierungsquellen zu suchen. Dabei und auch bei der Organisation der Programme helfen ihr viele Stiftungen und Vereine in Deutschland und in Polen, z.B. die "Kreisau-Initiative Berlin" und das Haus Kreisau Berlin, der "Verein der Freunde und Förderer der Europäischen Akademie Kreisau" in Frankfurt am

Main und die "Gesellschaft der Kreisau-Freunde Breslau", der Verein Horizont in Berlin, den die ehemaligen Zivildienstleistenden in Kreisau 2001 gründeten, das Deutsch-polnische Jugendwerk in Warschau und Potsdam für die Finanzierung der Jugendbegegnungen, die Stiftung Adam von Trott in Imshausen (Hessen), der Adolf-Reichwein-Verein, die Robert-Bosch-Stiftung, die F.C. Flick-Stiftung, die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" und andere. Das Berliner Verbündungsbüro zur Stiftung Kreisau bemüht sich, außer der Sammlung von Mitteln und Suche der Teilnehmer für die Kreisauer Veranstaltungen auch Werbung und Informationsarbeit über Kreisau in Deutschland zu machen, u.a. durch die Reisen deutscher Journalisten nach Kreisau, die dann darüber Artikel in die deutsche Presse schreiben werden.

Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung

Das Richard Coudenhove-Kalergis Konzept zur Einigung Europas weist viele Gemeinsamkeiten mit dem Kreisauer Plan auf, obwohl es 20 Jahre früher entstand. Freya von Moltke hat mir bestätigt, dass die Kreisauer keinen Kontakt während des 2. Weltkrieges mit der "Paneuropa-Union" hatten und sich nicht intensiv oder detailliert mit paneuropäischen Integrationsplänen beschäftigten, auch wenn sie darüber wussten. In Coudenhoves Erinnerungen "Ein Leben für Europa" (Köln/Berlin 1966) habe ich auch keine Bemerkung zum Kreisauer Kreis oder zu Moltke gefunden. Trotzdem sind die Ideen und die Tätigkeit des europäischen Diplomaten Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894-1972) vor allem für Tschechen interessant, denn er verbrachte seine Kindheit auf dem Schloss Ronsperg im Böhmerwald (heute Pobežovice) und bis zum 2. Weltkrieg hatte er die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit.

Schon 1922 veröffentlichte Coudenhove in der deutschen und österreichischen Presse seinen Plan zur stufenweisen europäischen Einigung. In der ersten Phase sah er Informationsarbeit und die Einberufung paneuropäischer Konferenzen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eli-

ten vor mit dem Ziel, breite Bevölkerungsmassen für die Idee der Einigung zu gewinnen. In einer zweiten Phase sollte eine europäische Konföderation (Staatenbund) gebildet werden. In einer dritten Phase sollte eine Zollunion folgen. Und in einer vierten Phase sollte schließlich eine Föderation der vereinigten europäischen Staaten entstehen – mit gemeinsamen Organen, denen Großbritannien und Russland nicht angehören sollten. Diese Einigung sollte den Frieden in Europa erhalten, gemeinsam die kommunistische Bedrohung abwehren und Grenz- und Minderheitenfragen lösen.

In fast allen europäischen Staaten bildeten sich paneuropäische Organisationen. Sie wurden von wichtigen Staatsmännern unterstützt – vom österreichischen Kanzler Ignaz Seipel, vom deutschen Reichstagspräsidenten Paul Löbe, von den französischen Außenministern Edouard Herriot und Aristide Briand, vom tschechoslowakischen Präsidenten Tomáš Garrigue Masaryk und von Außenminister Edvard Beneš). Auf dem Kongress in Wien 1926 entstand die Dachorganisation "Paneuropa-Union" mit eigenen Organen: dem Rat und dem Zenralbüro in der Wiener Hofburg. Nach dem Anschluss Österreichs (1938) wurde der Sitz der "Paneuropa-Union" nach Paris und Bern und nach dem 2. Weltkrieg nach Brüssel verlegt.

Eines der bedeutendsten Dokumente Coudenhoves ist sein Entwurf "des paneuropäischen Paktes" aus dem Jahre 1930. Damit reagierte er auf das Scheitern des Plans des französischen Außenministers Briand zur Bildung der Vereinigten Staaten Europas. In seinem Pakt schlug Coudenhove vor, in der Verfassung des europäischen Staatenbundes die Souveränität der Mitgliedstaaten noch zu behalten, aber gemeinsame Fragen durch die europäischen Organe zu lösen. Das Hauptgesetzgebungs- und Entscheidungsorgan sollte der Bundesrat sein, der aus den Vertretern der Regierungen einzelner Staaten zusammengesetzt werden sollte. Er sollte z.B. für die Beseitigung der Zollbarrieren und die Gestaltung des gemeinsamen Wirtschaftsraumes und der Einheitswährung zuständig sein, auch für den Verkehr, für die europäische Armee, für die Rechtsangleichung, die kulturelle Zusammen-

arbeit oder für die gemeinsame europäische Bürgerschaft. Der Bundestag, bestehend aus den Abgeordneten der Parlamente der Mitgliedsstaaten, sollte den Bundeskanzler als Haupt des Bundesamtes und gleichzeitig des Bundesrates sowie Richter wählen und Bundesfinanzen kontrollieren.

2005 soll im Südflügel des Schlosses Poběžovice eine ähnliche Begegnungsstätte mit etwa 60 Plätzen wie in Kreisau entstehen, wo junge Tschechen, Deutsche und andere europäische Jugendliche über die Geschichte und Zukunft des Integrationsprozesses in Europa diskutieren und sich in der Bibliothek mit vielen alten Büchern in deutscher Sprache, in der Gedenkstätte zur Erinnerung an Coudenhove-Kalergi und in der Ausstellung zur europäischen Integration bilden können. Trägerin des Projekts ist die deutsche Dachorganisation für Jugendvereine und -verbände "Deutsche Jugend in Europa" mit dem Sitz in München. Den Aufbau begleiten jedoch Finanzierungsschwierigkeiten und Missverständnisse auf Seiten der ortsansässigen Bevölkerung. Die Stadt Poběžovice, die Eigentümerin des Schlosses ist, möchte im Herbst 2004 anlässlich des 110. Jahrestages der Geburt R.N. Coudenhove-Kalergis eine Ausstellung im noch nicht völlig renovierten Südflügel des Schlosses eröffnen und dabei potenzielle Partner und Unterstützer über das Projekt der europäischen Begegnungsstätte informieren.

Bücher zum Kreisauer Kreis:

- Roman Bleistein: Dossier: Kreisauer Kreis, Dokumente aus dem Widerstand gegen Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1987.
- Joachim Fest: Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli, Berlin 1994.
- Kurt Finker: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1980.
- Freya von Molke: Erinnerungen an Kreisau, München 1997.
- Helmuth James von Moltke: Letzte Briefe aus dem Gefängnis Tegel, Berlin 1950.
- Walter Lipgens: Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945: Eine Dokumentation, München 1968.
- Walter Lipgens (Hrsg.): 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939-1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments, Bonn 1986.
- Hans Mommsen: Alternative zu Hitler: Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes, München 2000.
- Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand, Oldenbourg Verlag, München 1967.

- Hans Rothfels: Die deutsche Opposition gegen Hitler, Hamburg 1969.
- Daniela Rüther: Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler, Paderborn 2002.
- Wilhelm Ernst Winterhager: Der Kreisauer Kreis, Porträt einer Widerstandsgruppe, Begleitband zu einer Ausstellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin 1985.

Artikel zum Kreisauer Kreis:

- Hans Mommsen: Die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas aus des Sicht des Kreisauer Kreises, in: P. Steinbach – J. Tüchel (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994.
- Tomasz Scheffler: Powojenne stosunki międzynarodowe i ich ideowe podstawy w koncepcjach "Kreisauer Kreis" (Internationale Nachkriegsbeziehungen und ihre Ideengrundlagen in den Konzeptionen des Kreisauer Kreises), in: K. Ruchniewicz (Hrsg.): Dzieje Śląska w XX w. w świetle badań młodych historyków z Polski, Czech i Niemiec (Geschichte Schlesiens im 20. Jh. im Lichte der Forschungen junger Historiker aus Polen, Tschechien und Deutschland), Wrocław 1998.

Diplomarbeiten zum Kreisauer Kreis:

- Regina Haas: Internationale Jugendbegegnungsstätte Kreisau – Dienst für den Frieden und Versöhnung zwischen den Völkern, wissenschaftliche Hausarbeit für die erste Staatsprüfung an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, 2000.
- Jan Kubišta: Konzepte der Nachkriegsordnung Deutschlands und des vereinten Europas aus der Sicht einer deutschen Oppositionsgruppe als der Kreisauer Kreis genannt und ihre gegenwärtige Rezeption, Diplomarbeit zur Erlangung des Magistertitels an der Fakultät der Sozialwissenschaften der Karlsuniversität Prag, 2004.
- J. M. Kuczyńska: Krzyżowa i jej odbicie w stosunkach polsko-niemieckich (Kreisau und sein Rückschlag in den polnisch-deutschen Beziehungen), Magisterarbeit für das Institut der deutschen und europäischen Studien der Breslauer Universität, publiziert in: Rocznik świdnicki, Hrsg. von Towarzystwo regionalnej ziemi świdnickej (Die Gesellschaft der Schweidnitzer Region), Świdnica 2000.

Literatur und elektronische Quellen zur Begegnungs- und Bildungsstätte Kreisau:

- Im Herzen Europas - in Kreisau, Wrocław 1998.
 - Oliver Engelhardt: Kreisauer Kreis – Der Widerstand zieht Kreise, 2002.
 - Programmangebot der Internationale Jugendbegegnungsstätte Kreisau, 2001.
 - Rundbriefe der Kreisau-Initiative Berlin 1998-2003.
 - Informationsbulletin der Stiftung Kreisau 1990-2001.
 - Internetseiten: www.krzyzowa.org.pl, www.europeum.pl, www.kreisau.de (Kreisau-Initiative Berlin)
 - Filme:
 - Kreisau, von Henryk Pacha, Studio Videoexpress, Wrocław 1998
 - Hoffnungen 1989 – Perspektiven 1999. 10 Jahre der Stiftung Kreisau für europäische Verständigung, von Henryk Pacha, Studio Videoexpress, Wrocław 1999
 - Kreisau – Widerstand und Neubeginn, von Ekkhard Kuhn, ZDF-3sat 2003
- Fortsetzung nächste Seite unten –

Werner Onken:

Die Geld- und Bodenrechtsreform in europäischer und globaler Perspektive

Im Anschluss an den französischen Sozialreformer Pierre Proudhon und an den nordamerikanischen Sozialreformer Henry George entwickelte Silvio Gesell in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ein wirtschaftspolitisches Konzept einer Geld- und Bodenrechtsreform. Ähnlich wie der Liberalsozialismus Franz Oppenheimers, die Bodenreform von Adolf Damaschke oder der libertäre Sozialismus von Gustav Landauer bis Martin Buber verstand Gesell dieses Konzept als eine Alternative sowohl zum Kapitalismus als auch zum Kommunismus. Sein Ziel war eine "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus", d.h. eine von jeglichen Privilegien und Monopolen befreite Marktwirtschaft, in der das Geld und der Boden einschließlich der Ressourcen allen Menschen zu gleichen Bedingungen als Gemeinschaftsgüter zur Verfügung stehen.

In den Jahrzehnten der Ost-West-Konfrontation entwickelten die Anhänger Gesells die Geld- und Bodenrechtsreform als sog. "Dritten Weg" weiter. Seit dem vorläufigen Sieg des Kapitalismus im Wettkampf der Systeme im Herbst 1989 verstehen sie diese Konzeption als eine freiheitliche Alternative zu der sich seitdem beschleunigenden Ausbreitung des 'neoliberalen' Kapitalismus über die ganze Erde. Vor dem Hintergrund dieser Globalisierung und der sich gleichzeitig vollziehenden Einigung Europas soll nachfolgend skizziert werden, welche europäischen und globalen Perspektiven im Grundgedanken der Geld- und Bodenrechtsreform ange-

legt sind und weiter entfaltet werden könnten. Dabei soll es zunächst nur um ordnungspolitische Grundlinien gehen und noch nicht um theoretische Details.

Silvio Gesell als Grenzgänger und Weltbürger

Als Sohn einer wallonischen Mutter und eines preußischen Vaters wuchs Silvio Gesell in der Region Eupen-Malmedy auf, wo sich die romanischen und germanischen Sprachen und Kulturen berühren. In seinem katholisch und auch protestantisch geprägten Elternhaus wurde sowohl Deutsch als auch Französisch gesprochen, was in Gesell schon frühzeitig seinen später auch zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einer deutsch-französischen Aussöhnung anlegte. Nach Stationen in Berlin, Malaga/Spanien und Hamburg wanderte Gesell 1887 nach Argentinien aus. In Buenos Aires betrieb er als Kaufmann ein Geschäft mit zahnärztlichen Artikeln. Seine Auslandserfahrungen lehrten ihn frühzeitig, Individualismus, Weltbürgertum und Abneigungen gegen Grenzen als Kennzeichen "zivilisierter Menschen" anzusehen.¹

1899 kehrte Gesell nach Europa zurück – zunächst nach Deutschland und bald darauf in die Schweiz. Unterbrochen von weiteren längeren Aufenthalten in Argentinien lebte er abwechselnd in der französischsprachigen Schweiz sowie bei Potsdam und Oranienburg. Mit seinen Veröffent-

Literatur zur Paneuropa-Union und R. N. Coudenhove-Kalergi:

- R. N. Coudenhove-Kalergi: Pan-Europa, Aventinum, Praha 1926.
- R. N. Coudenhove-Kalergi: Pan-Europa, übersetzt von R. Kučera, Praha 1993.
- R. N. Coudenhove-Kalergi: Ein Leben für Europa, Berlin 1966.
- Vladimír Goněc: Evropská idea. Idea mírové, kooperující a sjednocující se Evropy (Die europäische Idee – Idee des friedlichen, kooperierenden und einigenden Europas), Brno 2000.
- Dagmar Moravcová: Československo, Německo a evropská hnutí 1929-1932 (Die Tschechoslowakei, Deutschland und Europabewegungen 1929-1932), Praha 2001.
- Krzysztof Ruchniewicz: Edukacja europejska. Europa daleka czy bliska? (Europäische Erziehung – Europa fern oder nahe?), Warszawa/Wrocław 2002.
- Krzysztof Ruchniewicz: Paneuropa hr. Richarda Coudenhove-Kalergiego a Polska, in: M. Wojciechowski: Polska wobec idei integracji europejskiej w latach 1918-1945 (Polens Einstellung zur Idee zur europäischen Integration in den Jahren 1918-1945), Toruń 2000.

lichungen, die überwiegend in deutscher, zum Teil aber auch in spanischer Sprache erschienen, wollte er wirtschaftliche Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen der Erde unter Wahrung ihrer unterschiedlichen Sprachen, Religionen und Kulturen in Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden zu einer einzigen großen "Menschenfamilie"² zusammenwachsen können.

Geldreform – Von der nationalstaatlichen zur globalen Perspektive

In seiner ersten, 1891 in Buenos Aires erschienenen Broschüre beschrieb Gesell die "rostenden Banknoten" als Mittel zur Reform des Geldwesens in einem einzelnen Land. Er stellte sich vor, dass eine Umgestaltung des argentinischen Peso oder der damaligen Deutschen Reichsmark zu "rostenden Banknoten" das Angebot und die Nachfrage von Geld und Kapital in ein langfristig stabiles Gleichgewicht bringt und dass infolgedessen das Zinsniveau schrittweise sinkt und dann um Null pendelt, so dass das Geld seine strukturelle Macht über Menschen und Märkte verliert und keine ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen mehr bewirken kann. Eine exakte Steuerung der Menge dieser "rostenden", umlaufgesicherten Banknoten sollte zudem eine absolute Stabilisierung der Kaufkraft von Währungen wie Peso, Schweizer Franken, Dollar oder Rubel ermöglichen.

In einer solchen Geldreform sah Gesell einen Weg zu einem "sozialen Staat", in dem Einkommen und Vermögen leistungsgerecht verteilt sind. An die Stelle der hierarchischen Schichtung von konzentriertem Geld- und Realkapital und dem von Produktionsmitteleigentum entblößten Proletariat sollte eine bürgerliche Gesellschaft von Freien und Gleichen treten, in der wirtschaftlich selbständige Bürger bei selbstbestimmt flexiblen Arbeitszeiten produzieren und ihre Erzeugnisse auf monopolfreien Märkten absetzen.³

Nach seiner Übersiedlung in die Schweiz gab Gesell ab 1902 die Zeitschrift "Die Geldreform" heraus, in der erstmals der Gedanke auftauchte, dass die Zins und der Lohn aufgrund der weltwirtschaftlichen Verflechtungen internationale Größen sind. Ein Sinken des Zinsniveaus gegen Null zugunsten des vollen Arbeitsertrags sei des-

halb auch erst dann möglich, wenn die Geldreform in mehreren bzw. vielen Ländern durchgeführt werde.⁴

Bodenreform: Erde als Gemeingut aller Menschen

Inzwischen hatte sich Gesell auch eingehend mit dem Vorschlag von Henry George auseinandergesetzt, den Wert des Bodens zugunsten der Allgemeinheit zu besteuern. Von George übernahm er die Einsicht, dass neben dem Zins des Geldes auch die private Bodenrente soziale Ungerechtigkeiten erzeugt und dass dadurch der Zugang zu den Lebensgrundlagen nicht mehr für alle Menschen gleich ist. Anstelle von Henry George's "Single tax" schlug Gesell jedoch eine Bodenrechtsreform vor, bei der sämtlicher Boden eines Landes gegen Entschädigung in gemeinschaftliches Eigentum überführt wird, welches sodann gegen ein der Gemeinschaft zufließendes Entgelt für private Wohn- und Arbeitszwecke genutzt wird.⁵

Frühzeitig ahnte Gesell die internationale Dimension des Bodenproblems und bezog neben den Bodenoberflächen der einzelnen Länder bald auch die Ressourcen der ganzen Erde in seine Überlegungen mit ein. Den bahnbrechenden Gedanken einer Verwendung von Rohstoffrenten für weltweite ökologische Investitionen verlor er jedoch vorerst wieder aus den Augen und überließ es späteren Generationen, sich damit zu beschäftigen.⁶ Im Vordergrund blieb zunächst das Ziel, einen gleichberechtigten Zugang zu den Bodenoberflächen in einzelnen Ländern wie Deutschland oder der Schweiz zu schaffen – wobei Gesell keinen Unterschied zwischen In- und Ausländern machte – und die öffentlichen Einnahmen aus der Verpachtung des Bodens für die soziale Absicherung von Müttern und Kindern zu verwenden, ebenfalls unabhängig von ihrer Herkunft und Hautfarbe. "Der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein – ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und der körperlichen Verfassung. ... Wir sind alle Altangesessene dieser Erde. ... Keine Mutter, einerlei, woher sie kommt, kann von dem Pachtgeld ausgeschlossen werden."⁷

Internationale Währungsordnung

Während seines zweiten Aufenthalts in Argentinien (1907-1911) entwickelte Gesell erste Vorstellungen von einer internationalen Währungsordnung. Zusätzlich zur binnenwirtschaftlichen Stabilisierung des Preisniveaus ging es ihm fortan auch um eine Stabilisierung der Wechselkurse zwischen den verschiedenen Landeswährungen, um den internationalen Handel vor Devisenspekulationen und Krisen zu schützen. Dazu unterbreitete Gesell der argentinischen Regierung und Nationalbank 1909 einen Vorschlag, die Länder der Welt zu einer ersten internationalen Währungskonferenz nach Buenos Aires einzuladen. In einem "koordinierten Akt internationaler Brüderlichkeit" sollten dort gemeinsam verbindliche Regeln der Währungspolitik für den "internationalen Organismus" der Weltwirtschaft aufgestellt werden.⁸

Europapolitische Überlegungen während des ersten Weltkriegs

Unter dem Eindruck des ersten Weltkriegs skizzierte Gesell in groben Umrissen 1916 seine Idee einer "Weltkraftzentrale VIER" – eines Bundes von kontinentaleuropäischen Staaten, die sich unter Wahrung ihrer Souveränität wirtschaftlich zusammenschließen und neben den USA, England und Russland ein viertes Kraftfeld in der Weltpolitik bilden. Die einzelnen Mitgliedstaaten sollten

1. ihre Währungen so stabilisieren, dass auch das Wechselkursgefüge zwischen ihnen stabil wird;
2. im Rahmen der allgemeinen Bürgerrechte die Rohstoffe vor privatem und staatlichem Missbrauch schützen;
3. auf der Grundlage eines solchen von Monopolen freien "echten Freihandels" auf jegliche Zölle verzichten. Ein europäischer Zollverein erschien Gesell als ein "Fehlgriff, der künstliche Grenzwälle gegenüber den anderen Kraftzentralen errichtet und die natürliche Fusion ganz außerordentlich erschwert."⁹

Die "Weltkraftzentrale VIER" sollte nach Gesells Vorstellungen nicht durch kulturelle, geschicht-

liche oder rassische Merkmale ihrer Mitglieder zusammengehalten werden, sondern allein durch den "krassesten Materialismus" ihres Interesses an den Vorteilen eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses.¹⁰ Ihr sollten sich "unbegrenzt viele Staaten, auch exotische, schwarze und gelbe, anschließen können." Der Beitritt zu VIER sollte ebenso wie der Austritt aus diesem Verbund auf Freiwilligkeit beruhen. Und als Mittel der Verständigung dachte Gesell an eine "von allen rassischen, völkischen, geschichtlichen und geografischen Akzenten freie Kunstsprache" wie Esperanto.¹¹

Völkerverständigung nach dem ersten Weltkrieg

Die Jahrhunderte lang von feudaler Leibeigenschaft und zuletzt von blutigem Großmachtstreben gezeichnete deutsche Geschichte betrachtete Gesell auch als seine ganz "persönliche Schande". Der erste Weltkrieg, der mit dem deutschen Überfall auf das "friedliche Belgien" begann, war für ihn ein "verbrecherischer nationalistischer Krieg" und letztlich das "schrecklichste Ereignis der Weltgeschichte".¹²

Nach Kriegsende forderte Gesell ein Ende des "nationalistischen Wahns". Deutschland sollte die von den Siegermächten geforderten Reparationen bezahlen und im Interesse einer Versöhnung mit Frankreich, Polen und Tschechien auf jegliche Gebietsansprüche verzichten.¹³

Um einen dauerhaften inneren Frieden mit einer entsprechenden Ausstrahlung auf die Nachbarländer zu erreichen, sollte Deutschland Konsequenzen aus der Einsicht ziehen, dass Kriege "eheliche Kinder unserer eigenen sozialen Zustände" sind. Es sollte die Ungerechtigkeit und Unfrieden schaffenden Privilegien des Boden- und Geldbesitzes zunächst im eigenen Land überwinden und der Welt damit nach der Katastrophe des ersten Weltkriegs ein nachahmenswertes Beispiel einer aufrichtigen Friedenspolitik geben. "Der Völkerkrieg ist eine Nebenerscheinung der Schichtung des Volkes in einzelne Klassen, des Kampfes dieser Klassen gegeneinander, des bürgerlichen Wirtschaftskriegs. ... Wer darum den Völkerfrieden will, muss wissen,

dass er ihn nur vom Altar des Bürgerfriedens holen kann. Der Bürgerfriede ist die Keimzelle des Völkerfriedens." ¹⁴

Nach einer Reform des Geldwesens und des Bodenrechts sowie der Abschaffung aller Zölle würden die Staatsgrenzen ihren Charakter als Trennungslinien verlieren. Grenzen werden dann zu bloßen Verwaltungsgrenzen wie die Grenzen zwischen den Kantonen der Schweiz; sie hindern benachbarte Völker dann nicht mehr daran, sich unter Wahrung ihrer sprachlichen und kulturellen Identitäten wirtschaftlich und vor allem in Grenzgebieten auch familiär miteinander zu verbinden. ¹⁵

Als Weg zur Entschärfung der Konflikte um die Ressourcen insbesondere in Grenzregionen griff Gesell nach dem ersten Weltkrieg seinen Gedanken einer Internationalisierung der Ressourcen wieder auf. Nationale Hoheitsrechte über Ressourcen bildeten ihm zufolge ein "Pulverfass des Krieges". Deshalb empfahl er als Weg zur Entschärfung der Konflikte zwischen Deutschland und Polen eine Umwandlung der Kohlevorräte in Oberschlesien in eine international verwaltete "Freikohle". Angesichts des sich ausbreitenden modernen Verkehrs ahnte er auch die Bedeutung einer Internationalisierung des Erdöls und anderer Bodenschätze für die Sicherung des Weltfriedens, doch machte er noch keine konkreten Vorschläge für eine internationale Verwaltung der weltweiten Rohstoffvorräte als gegen Entgelt privat nutzbare Gemeingüter. ¹⁶

Über Deutschland und Europa hinaus: Das Konzept einer Internationalen Valuta-Assoziation (1920)

Stattdessen konzentrierte sich Gesell 1920 zunächst darauf, seine Gedanken über eine internationale Währungsordnung aus dem Jahr 1909 weiterzuentwickeln. Nach dem Beispiel der Lateinischen Münzunion könnten demnach die Staaten der Erde eine "Internationale Valuta-Assoziation" (IVA) mit Sitz in der neutralen Schweiz bilden. Gegen entsprechend hohe Wechsel sollte die IVA ihren Mitgliedstaaten im Umfang von etwa 20 % ihrer Geldmengen IVA-Banknoten als internationales Zahlungsmittel zur Verfügung stellen, das

in einem festen Wertverhältnis zu den reformierten Landeswährungen steht und parallel zu ihnen umläuft. Bei ungewöhnlichen Zu- oder Abflüssen von IVA-Noten aus einzelnen Ländern sollte die IVA gegensteuern, indem sie die Wechsel einlöst und dabei einen Strafzins erhebt. ¹⁷

Alles in allem betrachtete Gesell die Erde als "Heimat aller Menschen im Kosmos ... , die niemals national betrachtet werden kann". Für jeden Einzelnen sei sie ein "anatomisches Glied der menschlichen Persönlichkeit". Die Erde sei ein großer "einheitlicher und unteilbarer Wirtschaftsorganismus" und gehöre allen Menschen gemeinsam als "unveräußerlicher Besitz. ... Den Schwarzen, den Roten, den Gelben, den Weißen – allen ohne Ausnahme gehört die Erde ungeteilt. ... Jeder Mensch, gleichgültig welchem Staate er angehört, hat das gleiche Recht auf die 'englische Kohle', das 'amerikanische Erdöl' und das 'deutsche Kali'." ¹⁸

Als ein geradezu "krankender Gedanke" erschien Gesell deshalb die Vorstellung eines "in sich geschlossenen, durch Kolonien und Eroberungen zu erweiternden nationalen Wirtschaftsgebiets", das nach Autarkie strebt. ¹⁹ Stattdessen sollten alle überseeischen Länder sowohl politisch als auch wirtschaftlich von den früheren Kolonialmächten unabhängige Mitbewerber auf nachkapitalistischen monopol- und zollfreien Weltmärkten werden. Das Gesamtgefüge von lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Märkten würde dann nicht mehr von Kapitalinteressen fehlgesteuert, sondern – unter Berücksichtigung der realen Transportkosten – allein von menschlichen Bedürfnissen bestimmt. Infolge eines gegen Null tendierenden internationalen Zinsniveaus würde der Austausch von Gütern und Diensten dann durch leistungsgerechte, faire (Weltmarkt-)Preise gesteuert, was die bislang durch Machteinflüsse gestörten Weltmärkte auf längere Sicht zum Ausgleich bringen könnte.

"Der vereinigte Unsinn von Europa"

Während Gesell seine im ersten Weltkrieg angedachte Vorstellung einer kontinentaleuropäischen "Weltkraftzentrale Vier" nach dem Krieg fallen ließ und einen über Europa noch weit hin-

ausgehenden monopolfreien Welthandel anstrebte, entstand durch Richard Coudenhove-Kalergi (1894-1972) seit den frühen 1920er Jahren eine "Paneuropa-Union", die als älteste europäische Einigungsbewegung gilt. Ähnlich wie die "Weltkraftzentrale Vier" stellte sich Coudenhove-Kalergi einen kontinentaleuropäischen Staatenbund ohne England und Russland vor. Die "Paneuropa-Union" strebte aber keine Reform des Geldwesens und des Bodenrechts zur inneren Befriedung der kontinentaleuropäischen Staaten an. Stattdessen stellte sie sich den gemeinsam regierten europäischen Staatenbund mit einer gemeinsamen Währung als eine ökonomische Gegenmacht zu den USA und zum britischen Empire und als ein militärisches Bollwerk gegen den russischen Kommunismus vor.²⁰

Solchen Plänen trat Gesell 1926 mit der Warnung entgegen, Europa in ein zwar vereinigtes, aber durch Außenzölle von der übrigen Welt abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet zu verwandeln. "Machen wir uns keine Illusionen. Europäische Zollunion heißt nichts anderes als der europäische geschlossene Handelsstaat. ... Die Zollgrenzen der europäischen Einzelstaaten schufen die wirtschaftlichen Gründe zum europäischen Krieg. Und ebenso werden die Grenzen der europäischen Zollunion die Interessen und die Stimmungen schaffen, die uns in den Weltkrieg gegen die panamerikanische und panasiatische Zollunion treiben werden. ... Wer den Frieden wirklich will, der lehne die Formel Paneuropa ab und fordere gleich das Ganze, die Beseitigung aller Zollgrenzen, den Weltfreihandel."²¹

Von Gesells IVA zu Keynes' "Bancor"

Nachdem Gesell die internationale Dimension der Geld- und Bodenrechtsreform erkannt hatte, war sein Blick sogleich weit über Europa hinaus auf die gesamte Weltwirtschaft gerichtet. Sein Verständnis von Freihandel unterschied sich jedoch fundamental von dem gegenwärtigen 'neoliberalen Freihandel', der in Wirklichkeit kein (monopol-)freier Welthandel auf der Grundlage einer gerechten und nachhaltigen Ordnung von Bodenrecht und Geldwesen ist, sondern ein entfesselter 'Raubtierkapitalismus' mit einer rück-

sichtslosen Herrschaft der Finanzmärkte und Konzerne über die Menschen und die Natur. Im Gegensatz dazu stellte sich Gesell bereits vor, wie die Erde in Zukunft von sozial gerecht geordneten Völkern und Gesellschaften gleichmäßig überzogen ist und wie diese durch eine Internationale Valuta-Assoziation zu einem egalitären Netzwerk assoziiert werden. Allerdings hatte er seiner Zeit entsprechend noch kein ökologisches Bewusstsein; seine Betrachtung des Bodens und aller Ressourcen als ein unveräußerliches Gemeingut aller Menschen legt ökologische Erweiterungen jedoch geradezu nahe.

Auf Europa war Gesells Blick nur vorübergehend während des ersten Weltkriegs verengt, als er erwog, den Großmächten USA, England und Russland eine "Weltkraftzentrale VIER" gegenüberzustellen – aber nicht als eine weitere kapitalistisch-militaristische Großmacht, sondern als einen auf Gerechtigkeit statt auf Macht beruhenden Bereich, der offen sein sollte für eine föderale Assoziation mit allen Ländern der Erde, die zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft übergehen. Der ausdrückliche Hinweis, dass die Mitgliedstaaten die Menschenrechte achten sollten, deutet darauf hin, dass eine solche Assoziation neben ihren wirtschaftlichen Vorteilen letztlich doch auch gemeinsame Werte als Integrationskraft bräuchte. (Auf längere Sicht hätte VIER auch offen sein können für die Weltmächte England, USA und Russland, sobald diese vom Kapitalismus bzw. Kommunismus zu einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" übergegangen wären.) Eine bloß europäische Zollunion würde Imperialismus und Krieg nur von der nationalstaatlichen auf eine höhere kontinentale Ebene verlagern.

Dem in den frühen 1920er Jahren gegründeten Völkerbund stand Gesell allerdings skeptisch gegenüber, weil seine Mitgliedstaaten es versäumten, die kapitalistischen Grundstrukturen des Bodenrechts und des Geldwesens zu reformieren: "Diese sozialen Spaltpilze und Sprengkörper, die schon die Staaten des Altertums in Trümmer legten, werden auch wieder mit unserer Kultur fertig werden, wenn wir uns nicht rechtzeitig davon befreien. ... Der Völkerbund ist entweder ein Freihandelsbund oder eine taube

Nuss", die an den sich noch verschärfenden sozialen Gegensätzen zerbrechen werde. Auch wenn die weitere geschichtliche Entwicklung diese Erwartung bestätigt hat, zog Gesell daraus die falsche Konsequenz, das Völkerrecht als bloß "papierernen Völkerfrieden" gering zu schätzen. Auch ein noch unvollkommenes Völkerrecht ist jedoch als Maßstab für das Verhalten kapitalistischer Staaten in Bürger- und Völkerkriegen unentbehrlich. Deshalb wäre es besser gewesen, das Völkerrecht um das Recht eines jeden Menschen auf einen gleichberechtigten Zugang zur Erde und ihren Ressourcen sowie um das Recht auf einen gerechten Austausch von Arbeitserzeugnissen zu ergänzen und damit das Menschen- und Völkerrecht insgesamt zu stärken. In diesem Sinne hat Gesell gegen Ende seines Lebens eine organisatorische Anbindung der IVA an den Völkerbund erwogen.²²

Sein IVA-Konzept war gleichsam ein Vorläufer des "Bancor-Plans" von John Maynard Keynes (1943), der möglicherweise auch Gegenstand von Beratungen der Widerstandsgruppe des "Kreisauer Kreises" gewesen sein könnte. Der "Kreisauer Kreis" ging übrigens ebenfalls davon aus, dass ein gerecht geordneter freier Welthandel – wie ehemals die großen Fernhandelswege – die Völker der Erde miteinander verbinden und den Frieden sichern könnte. Den nationalsozialistischen Plänen einer europäischen Großraumwirtschaft traten die u.a. von Walter Eucken beeinflussten Kreisauer mit dem Ziel einer Wiederherstellung eines offenen Welthandels entgegen.²³

In seiner "Allgemeinen Theorie" (1935) äußerte Keynes Verständnis für Gesells Vorschlag "rostender Banknoten". Diesen Gedanken, Geld mit "künstlichen Durchhaltekosten" zu belegen, übernahm er während des zweiten Weltkriegs in sein Konzept einer "International Clearing Union" (ICU). Anders als in Gesells IVA-Konzept sollte diese überstaatliche Weltzentralbank die Ungleichgewichte im Welthandel nicht mehr mit Hilfe international gültiger Banknoten zum Ausgleich bringen, sondern mit Hilfe eines internationalen Verrechnungssystems. Alle Mitgliedsstaaten sollten bei der ICU ein Konto bekommen, auf dem internationale Zahlungen in "Bancor" verrechnet werden. Dabei wollte Keynes nicht

nur die "Bancor"-Konten von Schuldnerländern, sondern auch von Gläubigerländern mit progressiv steigenden Strafzinsen belasten, um die Schuldner- und Gläubigerländer gleichermaßen zum Ausgleich ihrer Bilanzen zu veranlassen. Auf der Konferenz von Bretton Woods (1944) konnte sich sein "Bancor"-Plan jedoch nicht gegen den amerikanischen White-Plan durchsetzen. Gemäß dem White-Plan wurde der US-Dollar zur internationalen Leitwährung erhoben und mit IWF, Weltbank und GATT wurden Institutionen gebildet, die die durch Kapitalismus und Kolonialismus entstandene "Zerklüftung der Welt in vier hierarchisch abgestufte Teilwelten" (Senghaas) verfestigten.²⁴

Nach dem zweiten Weltkrieg – Europa wohin ?

Da nach 1945 die kapitalistische Marktwirtschaft mit ihren Privilegien des Boden- sowie Geld- und Sachkapitalvermögens restauriert wurde, konnte der Prozess der europäischen Integration nur auf der sozialen Schiefelage monopolistisch vermachteter Märkte beginnen. So war die 1951 gegründete Montanunion gewiss ein bedeutender Schritt zur französisch-deutschen Aussöhnung; aber sie ermöglichte nur einen gemeinsamen Markt für den 'freien' Handel mit Kohle und Stahl und stellte noch keine an Bodenreformgedanken orientierte gemeinschaftliche Verwaltung von Ressourcen dar – im Gegenteil, die Montanunion war ebenso wie die EWG insgesamt vornehmlich ein Instrument zur Förderung des industriellen Wirtschaftswachstums. Der gemeinsame Markt in den EWG-Ländern blieb infolge der strukturellen Macht des Geldes von Verteilungsungerechtigkeiten und monopolistischen Verzerrungen gekennzeichnet. Und der ungelöste Konflikt zwischen der menschlichen Arbeit und dem Kapital wurde auf Kosten der Natur durch industrielles Wachstum entschärft. Als Reaktion auf die zunehmende Abhängigkeit von Erdöl- und Erdgasimporten aus anderen Erdteilen wurde 1957 mit dem Euratom-Vertrag der Aufbau einer starken Atomwirtschaft beschlossen, um Wachstum und Wohlstand in den EWG-Ländern mit Hilfe der Kernenergie zu gewähr-

leisten. Schließlich sollte die gemeinsame Agrarpolitik die Ernährungsgrundlagen sichern, indem sie die mit der Industrie nicht konkurrenzfähige Landwirtschaft ebenfalls industrialisierte und mit Hilfe von Subventionen und Zöllen vor dem völligen Untergang schützte.

Einerseits befürworteten Gesells Anhänger den im Westen beginnenden Prozess der europäischen Integration als eine Chance, Europa nach den Jahrhunderte langen Kriegen zu befrieden. Andererseits befürchteten sie, dass die europäische Integration aufgrund der nach wie vor ungerechten und darum instabilen Sozialstrukturen innerhalb der einzelnen Länder zum Ausufernden einer supranationalen, kaum demokratisch kontrollierbaren Bürokratie führen würde: "Das vereinigte Europa kann nicht ein europäischer Überstaat sein, sondern nur eine europäische Föderation, etwa nach dem Beispiel der schweizerischen Eidgenossenschaft. Nicht der Einheitsstaat ist das Ziel, sondern die Vielfalt in der Einheit."²⁵

Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts vertraten die Anhänger Gesells während der 1950er Jahre eine Position der 'aktiven Neutralität'. Ohne militärische Bindung an die kapitalistischen und kommunistischen Blöcke sollte (Gesamt-)Deutschland die sozialen Gegensätze durch eine Reform von Bodenrecht und Geldwesen abbauen und der Welt – vor allem auch den neutralen Staaten – ein Beispiel einer die Völker versöhnenden Friedenspolitik geben. Diese Haltung beinhaltete auch eine Ablehnung der Energiegewinnung aus der Atomkernspaltung.²⁶

Anstelle einer einseitigen Anbindung Deutschlands an den Westen bzw seiner Integration in einen westeuropäischen Machtblock trat insbesondere Herbert K.R. Müller für eine "universelle Integration der gesamten Weltwirtschaft" ein. Ein gerecht geordneter Zugang zum Boden und zu den Ressourcen sowie gerechte Austauschbedingungen sollten die Voraussetzungen für einen offenen Welthandel ohne jeglichen nationalstaatlichen Protektionismus schaffen. In diesem Zusammenhang forderte Müller den kapitalistischen Westen ebenfalls auf, die Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens aus kolonia-

len Abhängigkeiten zu befreien und ihnen insbesondere durch Landreformen die Chance zu geben, sich ohne die von eigennützigen Geschäftsinteressen geleitete sog. "Entwicklungshilfe" des Westens selbstbestimmt zu entwickeln.²⁷

Im Hinblick auf die weitergehende Integration Europas warnte Elimar Rosenbohm um die Mitte der 1960er Jahre erneut vor einem "Europa-Nationalismus, der sich bewusst oder unbewusst als Gegenkraft zu einem amerikanischen, russischen oder chinesischen Nationalismus entwickeln wird. Wäre das etwa ein Fortschritt gegenüber einem deutschen oder französischen Nationalismus? Nationalismus bedeutet Grenzen, bedeutet Absonderung von der übrigen Welt. Dass die EWG als wirtschaftliches Gegengewicht zu anderen Wirtschaftsböcken gedacht ist, daraus macht man schon heute keinen Hehl." Angesichts von sog. "Hähnchen-, Eier- und Fleischkriegen" der EWG mit den USA und anderen Ländern sprach sich Rosenbohm für eine föderativ-demokratische anstelle einer supranational-zentralistischen Europapolitik aus.²⁸

Auch Karl Walker hielt die Überwindung der Kleinstaaterei und die Integration Europas für einen "weltpolitisch großen Gedanken". Jedoch sah er in der Brüsseler EG-Bürokratie eine Wiederkehr dessen, "was am einstigen Macht- und Herrschaftsanspruch der autokratischen Ordnung bedenklich war." Die sog. freie Marktwirtschaft der EWG hielt Walker für eine "verspätete Neuauflage des 'geschlossenen Handelsstaats' von Johann Gottlieb Fichte. Und die zollpolitischen Regelungen der EWG sind kaum etwas anderes als das, was mit dem Zustandekommen des Deutschen Zollvereins anno 1833 in kleinerem Maßstab durchgeführt wurde. Die Marktwirtschaft der EWG ist somit kein (welt-)offenes System; die alten Probleme der Zollpolitik sind nur bis auf die Außengrenzen der Gemeinschaft hinausgeschoben."²⁹ In währungspolitischer Hinsicht knüpfte Walker an Gesells IVA und an Keynes' Bancor-Plan an und entwickelte ein "Zehn-Punkte-Programm" für eine europäische Währung, die parallel zu den fortbestehenden Landeswährungen umlaufen sollte. Der Vorstellung einer europäischen Einheitswährung hielt Walker die Befürchtung entgegen, dass sie zur Bildung eines

europäischen Machtblocks führen würde, der mit anderen Machtblöcken rivalisiert.³⁰

Kurz vor der Wende in Mittel- und Osteuropa stellte Roland Geitmann die Gedanken der Bodenrechts- und Geldreform in einen Zusammenhang mit mitteleuropäischen Kulturüberlieferungen und wies ihnen die Aufgabe einer "Brückenfunktion" zwischen dem Westen und dem Osten zu.³¹ Da nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation eine neue Kluft zwischen dem 'zivilisierten' Westen und der arabischen Welt aufgebrochen ist, ist die Erfüllung dieser Aufgabe Europas noch dringlicher geworden. Statt sich zu einer zivilgesellschaftlichen Friedenskraft zu entwickeln und ihre globale Vermittlerrolle zu verstärken, hat Europa seit den frühen 1990er Jahren am Weg zu einer wirtschaftlichen und auch militärischen Weltmacht festgehalten.

Den Europäischen Binnenmarkt kritisierte Dirk Löhr ausdrücklich nicht aus einem konservativ-nationalstaatlichen, sondern aus einem liberalen Blickwinkel als Schritt zu einer verfehlten "supranationalen Blockbildungs- und Abschottungspolitik" gegenüber dem Rest der Welt.³² Aus demselben Grund sprachen sich Löhr und Thomas Betz 1998 auch gegen die Einführung des Euro aus – mit deutlichen Sympathien für die von Schachtschneider, Nölling, Starbatty und Hankel vor das Bundesverfassungsgericht gebrachte "Euro-Klage" –, während Eckhard Behrens von der Einführung des Euro mehr Vorteile als Nachteile erwartete.³³

Die anhaltenden Verstöße von 'Defizitsündern' wie Deutschland und Frankreich gegen den europäischen Stabilitätspakt nähren mittlerweile neue Zweifel an der ökonomischen Funktionsfähigkeit des Euro. Günter Hannich zieht hieraus den Schluss, dass "nur eigene nationale Währungsräume Chancen auf eine allgemeine wirtschaftliche Stabilisierung" haben. Das Ende des Euro sei deshalb "schon vorprogrammiert".³⁴ Das Ziel einer europäischen Integration lehnt er unter Hinweis auf "naturgegebene Abgrenzungen" (!) zwischen den einzelnen Völkern sogar ganz ab und verbreitet die Behauptung, dass "Europa für die meisten Länder nur deshalb attraktiv" sei, "weil sie Tribute aus Deutschland bekommen."³⁵ Anstelle von solchen nationalistischen Ressenti-

ments sollte für die Beurteilung der EU-Integration und des Euro allein deren ökonomische Funktionsfähigkeit und ihre Rolle im machtpolitischen Gefüge der Welt maßgeblich sein.

Die Verstöße der Defizitsünder gegen den europäischen Stabilitätspakt gefährden die Kaufkraft des Euro genau so wie sie die Kaufkraft von Franc, DM oder Drachme gefährden würden. Durch die Einführung des Euro hat sich im übrigen an den grundlegenden Machtstrukturen des Geldes nichts geändert. Größer geworden ist allein der Währungsraum, wodurch allerdings auch die Distanz zwischen der Bevölkerung und den währungspolitischen Entscheidungsebenen größer geworden ist. Für Geldreformbestrebungen ist es dadurch noch schwieriger geworden, ein demokratisch legitimes Gewicht zu erlangen. Eine Reaktion darauf ist gegenwärtig die Ausbreitung von Regionalwährungen ("Regio ergänzt Euro"). Möglicherweise werden sie zu einem geldpolitischen Bewusstseinswandel beitragen, vor allem wenn die Regionalwährungen anders als viele Tauschringe das "Rosten" des Geldes auch tatsächlich praktizieren.³⁶

Nachdem die deutsche Wiedervereinigung in einer von Machtinteressen bestimmten Form vollzogen wurde und der Euro Realität geworden ist, erscheint es im Interesse einer friedlichen Zukunft Europas sinnvoller, eine Reform des Euro im Sinne der "rostenden Banknoten" anzustreben als eine Rückkehr zu den früheren Landeswährungen zu fordern. Dabei ließe sich das "Rosten" nach einem Vorschlag des amerikanischen Notenbankers Marvin Goodfriend mit Hilfe von Magnetstreifen in den Banknoten praktizieren.³⁷ Dies könnte die Aussichten auf ein Erreichen des der EZB von den Art. 29.2 und III/77.1 der EU-Verfassung vorgegebenen Ziels der Preisniveaustabilität erhöhen. Und es könnte in Verbindung mit der Tobinsteuer und Maßnahmen zur Entschuldung der Dritten Welt ökonomische Grundlagen für mehr soziale Gerechtigkeit und ein umweltschonendes nachhaltiges Wirtschaften in Europa und in der Welt schaffen.

Im Entwurf zur künftigen EU-Verfassung überwiegt bislang jedoch die Tendenz zum weiteren Ausbau der EU zu einer 'Festung Europa' (besonders im Art. 40) gegenüber der Tendenz, die EU

durch die Schaffung eines inneren sozialen Friedens und einen Abbau der Außenzölle zu einer zivilgesellschaftlichen Friedenskraft zu entwickeln, die in der Lage wäre, ihre zwischen den USA und der Dritten Welt vermittelnde "Brückenfunktion" wahrzunehmen. Zwar enthält der Entwurf der EU-Verfassung das Ziel, soziale Gerechtigkeit zu fördern. (Art. 3.3) Aber noch bietet die EU ihren Bürger/innen gerade nicht den im Art. 3.2 zugesicherten "Binnenmarkt mit freiem und unverfälschten Wettbewerb". Im Rahmen der Gewährleistung des freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs (Art. 4.1) gesteht sie dem Kapital nämlich nicht nur eine ungehinderte Bewegungsfreiheit zu, sondern – ohne es ausdrücklich zu erwähnen – die eigentlich problematische Freiheit, sich bei seinen Bewegungen in der "ausgewogen wachsenden Wirtschaft" (Art. 3.3) fortlaufend zu vermehren. Dadurch wird der Wettbewerb in zunehmendem Maße von Vermögenskonzentrationen in Mono- und Oligopolen beherrscht. Einer unzureichenden Sozialbindung des Produktionsmitteleigentums (Art. II, 17) steht die Erwartung an die Arbeitnehmer entgegen, sich den "Erfordernissen des wirtschaftlichen Wandels" anzupassen (Art. II, 15,1 und III,97).³⁸

Fernes Ziel: Globale Ressourcenverwaltung und Währungsintegration unter dem Dach der Vereinten Nationen

Im Falle einer schrittweisen sozialen, ökologischen und demokratischen Weiterentwicklung der EU-Verfassung wäre auch auf der Basis eines in seiner Grundstruktur reformierten Euros in späterer Zeit immer noch eine globale Vernetzung der Währungsräume von Dollar, Pfund, Euro, SFr, Yen und den vielen anderen Landeswährungen nach den Grundprinzipien des "Bancor"-Plans möglich – am besten parallel zum Aufbau einer globalen Verwaltung der Ressourcen unter dem gemeinsamen Dach der UN. Damit könnte dann das Wirtschaften in der Einen Welt aus dem bisherigen Nord-Süd-Gefälle allmählich in ein globales Gleichgewicht von Nord und Süd, West und Ost übergehen.

Ende der 1990er Jahre ist Keynes' "Bancor"-Plan offenbar innerhalb der UN kurzzeitig im Gespräch gewesen: "Keynes wollte, dass die Last der Strukturanpassung sowohl von Ländern, die Überschüsse, als auch von denen, die Defizite erwirtschaften, gemeinsam getragen werden. Er stellte sich sogar eine Strafzinsrate von 1% monatlich auf besonders hohe Handelsüberschüsse vor."³⁹ Auch wenn sich hieran noch keine breitere Diskussion anschloss und der Weg zu einer globalen Ressourcenverwaltung ebenfalls noch weit sein dürfte⁴⁰, wäre es für die Geld- und Bodenrechtsreformbewegung an der Zeit, sich näher mit den UN zu beschäftigen und ihre Reformgedanken in die dort laufende Diskussion über "Global Public Goods" einzubringen.⁴¹ Die von Bernard Lietaer in diesem Zusammenhang vorgeschlagene globale Währung "Terra" soll zwar auch mit "künstlichen Durchhaltekosten" ausgestattet werden – Lietaer nennt sie "Nachhaltigkeitsgebühren". Aber sie hätte zwei Nachteile: analog zum früheren Goldstandard soll die "Terra" auf einen "Korb von Rohstoffen" gegründet und durch multinationale Konzerne ins Werk gesetzt werden.⁴²

In den Diskussionen über einen "Dialog der Kulturen", über "Weltethos" und "Global governance" fehlt bislang die Überlegung, den Vereinten Nationen die globale Verwaltung der Ressourcen und die globale Integration der Währungen zu übertragen. Aber sie könnte ein Element in der bislang noch fehlenden "konkreten Architektur einer leidlich homogenen Welt"⁴³ und einer zukünftigen Weltordnungspolitik werden. Die Übernahme solcher ökonomischer Gestaltungsaufgaben könnte die Rolle der UN in der Welt auf längere Sicht stark aufwerten. Sie würde Konflikten vorbeugen und die UN von ihrer bisherigen undankbaren Aufgabe entlasten, die von der 'neoliberal'-kapitalistischen Form der Globalisierung immer wieder aufs Neue in Lateinamerika, Afrika und Asien erzeugten Konflikte nachträglich mit unzureichenden Mitteln anzugehen.

Anmerkungen

1 La cuestión monetaria argentina (1898), in: Gesammelte Werke Band 2, S. 222.

- 2 Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld (1916/20), in: Band 11, S. 225.
- 3 Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat (1891), in: Band 1, S. 61–62 (sozialer Staat) sowie Band 1, S. 135 und 367 und Band 7, S. 298 (flexible Arbeitszeiten)
- 4 Eine neue Orientierung auf dem Gebiet der sozialen Frage, in: Band 3, S. 141.
- 5 Wie Anm. 3 und Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform (1904), in: Band 4, S. 45–87.
- 6 Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform, in: Band 4, S. 78–79.
- 7 Band 11, S. 72.
- 8 La pletera monetaria 1909 y la anemia monetaria de 1898 (1909), dt. Übersetzung in: Band 5, S. 178–248, hier: S. 235–245. – Schon 1898 zeigte sich Gesell beeindruckt vom Weltpostverein und vom Internationalen Roten Kreuz; vgl. Band 2, S. 222.
- 9 Die Weltkraftzentrale VIER und ihre Verfassung (1916), in: Band 8, S. 295–306, hier: S. 301.
- 10 Die Weltkraftzentrale VIER und ihre Verfassung, S. 296. "Darum wähle man zum Wappen für VIER keinen Adler, keinen Löwen, kein Kreuz, kein Symbol höheren Seelenschwunges, sondern ähnlich wie die glitzernden Silberdollars in der Fahne der Vereinigten Staaten erhebe man eine Geldbörse zum Wappen von VIER." (ebd.)
- 11 Die Weltkraftzentrale VIER und ihre Verfassung, S. 295 und 306.
- 12 Zu Gesells Einstellung zur deutschen Geschichte vgl. Band 15, S. 163–166, sowie Band 16, S. 286. – Zum Überfall auf Belgien vgl. Band 10, S. 238 und 331; Band 13, S. 77. – Zur Einstellung zum ersten Weltkrieg vgl. Band 10, S. 22, sowie Band 16, S. 186–189. – Allerdings ließ sich Gesell zu Beginn des Kriegs auch eine Weile von der allgemeinen Kriegsstimmung anstecken und stimmte der Bewilligung von – zinslosen – Kriegskrediten zu; vgl. Band 8, S. 142 und 144–153.
- 13 Zum "nationalistischen Wahn" vgl. Band 14, S. 397, und Band 16, S. 96. – Zu den Reparationen vgl. Band 12, S. 301–303; Band 13, S. 313. – Zum Frieden mit Frankreich und zum Verzicht auf Elsass-Lothringen vgl. Band 13, S. 141–144 und S. 314–321, sowie Band 14, S. 310–317 und S. 383. – Zum Frieden mit Polen und Tschechien vgl. Band 14, S. 319–320, Band 15, S. 221, und Band 16, S. 71.
- 14 Band 11, S. 55. – Band 12, S. 290–292.
- 15 Über die Grenzen vgl. Band 11, S. 69–72, und Band 12, S. 152. "Lassen wir den vollen Freihandel nur einige Jahrzehnte sich frei entwickeln und wir werden bald sehen ..., mit welcher Liebe gute Beziehungen gute zu den Nachbarvölkern vom ganzen Volke gepflegt werden, wie die Familien hüben und drüben durch Bande der Verwandtschaft fest aneinander gekettet werden, wie Freundschaft zwischen Künstlern, Gelehrten, Arbeitern, Kaufleuten, Geistlichen alle Völker der Welt zu einer einzigen großen Gesellschaft verketten wird, zu einem Völkerbund." (Band 11, S. 94) – Vgl. außerdem Band 12, S. 150–153.
- 16 Band 11, S. 68 (Hoheitsrechte über Ressourcen als Pulverfass des Krieges). – Freikohle: Die Formel für den Frieden in Oberschlesien, in: Band 13, S. 94. – Oberschlesien sollte Gesell zufolge nicht unter dem Aspekt der staatlichen Macht betrachtet werden; vgl. dazu Band 14, S. 73–74, und Band 16, S. 340–341. – Petrol-Trust, in: Band 13, S. 145–147. –
- 17 Internationale Valuta-Assoziation, in: Band 12, S. 149–195, ins besondere S. 182–195. Zur Lateinischen Münzunion gehörten im 19. Jahrhundert Belgien, Frankreich, die Schweiz, Italien und Griechenland. – Zur kritischen Rezeption der IVA vgl. Hugo Godschalk, Keynes-Plan 1944 und Silvio Gesells IVA-Plan, in: Fragen der Freiheit Nr. 206 / 1990, S. 35–46.
- 18 Band 9, S. 79–83. – Band 10, S. 75, 131 und 300. – Band 11, S. 72 und 99. – Band 13, S. 170.
- 19 Band 10, S. 254–255. – Band 12, S. 303–305.
- 20 Richard Coudenhove-Kalergi, Kampf um Paneuropa, 3 Bände 1925–1928; ders., Die Europäische Nation (1953); ders., Weltmacht Europa (1971).
- 21 Der Vereinigte Unsinn von Europa – Gegen den europäischen Zollverein (1926), in: Band 16, S. S. 72–77. – Vgl. dazu auch Band 16, S. 291; Band 17, S. 195, und Band 18, S. 327 und 395.
- 22 Band 11, S. 56 und 64–66 (Kritik am Völkerrecht). – Band 12, S. 304–305. – Band 15, S. 198–202. – Zur Überlegung, die IVA an den Völkerbund anzugliedern, vgl. einen Brief von Gesell an Hans Bernoulli vom 12.1.1928, in: Band 18, S. 3
- 23 Zu den außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Vorstellungen des Kreisauer Kreises vgl. Jan Kubista, Die europapolitischen Gedanken des Kreisauer Kreises und ihre Bedeutung für die europäische Einigung, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 143. Folge/2004. – Vgl. auch Daniela Rütther, Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft, Paderborn 2002, S. 309–312. Rütther verweist auch auf Vorbehalte gegenüber einer europäischen Gemeinschaftswährung. (S. 312)
- 24 John Maynard Keynes, International Clearing Union, in: Stefan Leber (Hg.), Wesen und Funktionen des Geldes – Zahlen, Leihen und Schenken im volkswirtschaftlichen Prozess, Stuttgart 1989, S. 323–349. – Vgl. Elimar Rosenbohm, Internationale Währungsordnung – 25 Jahre Bretton-Woods-Abkommen, in: mensch-technik-gesellschaft – Zeitschrift für Sozialökonomie 18. Folge/1970, S. 7–23. – Wilhelm Hankel, John Maynard Keynes – Die Entschlüsselung des Kapitalismus. München 1986, S. 70 und 77ff, 121 und 131. – Dieter Senghaas, Die Konstitution der Welt – eine Analyse in friedenspolitischer Absicht, in: Leviathan Nr. 1/2003, S. 117–152, hier: S. 135 und 144. Allerdings führt Senghaas die ökonomischen "Entgrenzungsprozesse" (S. 118) auf der Welt nicht auf ihre monetären Wurzeln zurück.
- 25 Eine Grenze wie der Europa mit Mauern, Stacheldraht und Selbstschussanlagen teilende Eiserner Vorhang wäre für Gesell völlig unvorstellbar gewesen. Vgl. die Anm. 1. – Werner Schmid, Der Weg zu einem freiheitlichen Europa, in: Blätter der Freiheit Nr. 7-8/1953, S. 299–315.
- 26 Hans-Joachim Werner, Geschichte der Freiheitsbewegung – 100 Jahre Kampf für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Münster 1989, S. 94–100. – Zur Ablehnung der Atomenergie vgl. Johannes Ude, Atomare Götzendämmerung, Grundsee 1958. – Johannes Ude, Das Verbrechen der atomaren Aufrüstung und des Atomkriegs, Graz 1958. – Walter Moré, Die deutsche Frage, in: Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik Nr. 8/1959, S. 8–14.
- 27 Herbert K.R. Müller, Europäische oder universelle Integration?, in: Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik Nr. 10/1960, S. 11–17. – Herbert K.R. Müller, Die ökonomischen, sozialen und politischen Hintergründe der westlichen Hilfe für die unterentwickelten Länder, in: Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik Nr. 8/1961, S. 2–32 (Sonderausgabe der "Informationen" für die Opfer der westlichen "Entwicklungshilfe")
- 28 Elimar Rosenbohm, Supranationale oder föderative Europapolitik, in: mensch-technik-gesellschaft – Zeitschrift für Sozialökonomie 7. Folge/1966, S. 39–48, hier: S. 42 und 44ff.
- 29 Karl Walker, Neue Europäische Währungsordnung?, in: mensch-technik-gesellschaft – Zeitschrift für Sozialökonomie 19. Folge/1970, S. 17–24, hier: S. 17–18.
- 30 Karl Walker, Neue Europäische Währungsordnung. Lauf bei Nürnberg 1962, S. 113–133. Walker verwies darauf, dass ähnliche Überlegungen in einem 1961 auf IWF-Ebene diskutierten "Triffin-Plan" enthalten gewesen seien. (S. 115) – Karl Walker, Neue

- Europäische Währungsordnung?, in: mensch-technik-gesellschaft – Zeitschrift für Sozialökonomie 19. Folge/1970, S. 20–22. – Vgl. auch Hans Hoffmann, Voraussetzungen einer Europäischen Währungsintegration, Hamburg 1970. – Nach dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods betonte Hoffmann die Notwendigkeit, die "Erosion der nationalen Währungen", die zugleich eine Erosion der Freiheit und des Sozialen sei, aufzuhalten und Stabilitätsvoraussetzungen für eine Integration zu schaffen; in: ders., Woran scheidet die Europäische Wirtschafts- und Währungsordnung?, Hamburg 1974.
- 31 Roland Getimann, Mitteleuropas Brückenfunktion – Fragen an die Freiwirtschaft, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 78. Folge/1988, S. 3–7.
- 32 Dirk Löhr, Europäische Zentralbank – Europäische Währungsunion: Das Ende der Stabilitätskultur, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 93. Folge/1992, S. 3–20, hier: S. 13.
- 33 Dirk Löhr, Der Euro – Niederlage der Vernunft, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 117. Folge/1998, S. 21–34. – Thomas Betz, Was der Euro soll und was eine internationale Währung wirklich sollte, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 117. Folge/1998, S. 35–43. – Eckhard Behrens, Der Euro und wir, in: Fragen der Freiheit Nr. 248/1998, S. 24–28. – Hankel sprach sich bereits zu Beginn der 1990er Jahre gegen die weitere Bildung "protektionistischer Währungsblöcke" aus und bevorzugte eine "europäische Parallelwährung" anstelle einer "europäischen Megawährung"; in: ders., Dollar und ECU – Leitwährungen im Widerstreit, Frankfurt 1992, S. 121–122 sowie S. 22–23 über den Bancor.
- 34 Günter Hannich, Editorial / Das sollten Sie unbedingt wissen, in: Humanwirtschaft Nr. 1/2004, S. 1–4. Fragwürdig ist die Frage "Der Euro als Endlösung für Europa?" im Titel eines Buches von Hannich (Stuttgart 2003).
- 35 HBZ, Europa als Ideal und Wirklichkeit, in: Humanwirtschaft Nr. 1/2004, S. 18–20. – Eberhard Hamer im Interview mit Günter Hannich, in: Humanwirtschaft Nr. 2/2004, S. 12.
- 36 Margrit Kennedy und Bernard Lietaer, Regionalwährungen – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, München 2004, S. 94–132.
- 37 Marvin Goodfriend, Overcoming the Zero Bound on Interest Rate Policy, in: Journal of Money, Credit and Banking Vol 32, No. 4/ November 2000, Part 2, p. 1007–1035. – Vgl. dazu Norman Ehrenreich, Die Nullschanke nominaler Zinsen als geldpolitische Restriktion in der wissenschaftlichen Diskussion, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 124. Folge/2000, S. 9–15. – Zur deutschen Wiedervereinigung vgl. Thomas Betz, 10 Jahre keine Einheit – Ein Kompendium wirtschaftspolitischer Fehler, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 127. Folge/2000, S. 2–19.
- 38 Europäischer Konvent (Hrsg.), Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa, Brüssel 2003. – Vgl. hierzu Roland Getimann, Europa in guter Verfassung?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 143. Folge/2004.
- 39 Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.), Bericht über die menschliche Entwicklung 1999 (UNDP), Bonn 1999, S. 122. – Zu Keynes' Bancor-Plan vgl. Anm. 23 und Thomas Betz, Was der Euro soll und was eine internationale Währungsordnung wirklich sollte, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 117. Folge/1998, S. 35–43, hier: S. 39ff.
- 40 Um eine "Weltumweltpolitik" zu ermöglichen, schlug Udo Ernst Simonis die Gründung einer besonderen Organisation der UN vor; vgl. Udo Ernst Simonis, Projekt 2000 – Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung, in: Wilhelm Nölling, Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty Hrsg., Währungsunion und Weltwirtschaft, Stuttgart 1999, S. 393–409. – Innerhalb der Geld- und Bodenrechtsreformbewegung kommen dem Fritz Andres und Dirk Löhr am nächsten. Fritz Andres, Wieviel Erde braucht der Mensch? In: Fragen der Freiheit Nr. 257/2001. – Ders., Klimapolitik als Ordnungspolitik, in: Fragen der Freiheit Nr. 258/2001. – Ders., Zur Strategie der Abfallvermeidung und des Recycling, in: Fragen der Freiheit Nr. 265/2004. – Dirk Löhr, Nachhaltige Ressourcennutzung als Option, in: in Fragen der Freiheit Nr. 265/2004.
- 41 Allerdings hat die Geld- und Bodenrechtsreformbewegung die UN lange Zeit weitgehend aus den Augen verloren. Zu den wenigen Ausnahmen gehörte Walter Moré, Völkerrecht in der Gegenwart, in: Informationen für Kultur Wirtschaft und Politik Nr. 7/1960, S. 11–17. Vgl. außerdem Hans Hoffmann, Kennen Sie die UNO? – Das Wichtigste über die Vereinten Nationen und deren Organisationen, Bern 1986. – Vgl. außerdem Thomas Betz, IWF und Weltbank zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 132. Folge/2002, S. 17–33. – Über die UN vgl. Sven Gareis und Johannes Varwick, Die Vereinten Nationen – Aufgaben, Instrumente und Reformen. Bonn: Bundesanstalt für politische Bildung, 2. Auflage 2003. – Inge Kaul, Isabelle Grunberg und Marc Stern Hrsg., Global Public Goods – International Cooperation on the 21st Century, New York 1999.
- 42 Bernard Lietaer, Das Geld der Zukunft, München 1999, S. 374 und 381–386.
- 43 Dieter Senghaas, Die Konstitution der Welt – eine Analyse in friedenspolitischer Absicht, in: Leviathan Nr. 1/2003, S. 144 und 146. – Vgl. Thomas Betz, Tendenzen und Hindernisse zur Integration der Weltgemeinschaft, in: Fragen der Freiheit Nr. 255/2000, S. 14–35.

Die Bedeutung der Währungsfrage für Europa

"Über Europa wird Unheil hereinbrechen, wenn die Währungsfrage nicht gelöst wird. Immer und immer wieder unterbrach die ungelöste Währungsfrage den Aufstieg der Menschheit. Babylon, Athen, Rom gingen an der ungelösten Währungsfrage zugrunde. Und wie das blühende Mesopotamien würde sich auch Europa wieder in eine Wüste verwandeln, falls wir – wie jene Völker – uns als unfähig erweisen sollten, die verborgenen Mängel unserer Währung zu erspähen und zu beseitigen."

Silvio Gesell, Geschichtsstudien-gesellschaft (1924),
in: Gesammelte Werke Band 15, Lütjenburg 1994, S. 67–68.

Roland Geitmann:

Europa in guter Verfassung?

I.

Nun scheint es doch noch etwas werden zu sollen. Der Anschlag von Madrid löste die spanische und dann auch die polnische Blockade. Doch die Ratifizierungsverfahren in allen 25 EU-Ländern folgen nun erst und stellen die Frage nach der Qualität des vom Verfassungskonvent entworfenen und den Regierungen geschlossenen Verfassungsvertrages, der das bisherige EG- und EU-Vertragswerk und die in Nizza proklamierte Grundrechtecharta in einem 465 Artikel umfassenden Dokument mit weiteren Protokollen und Erklärungen zusammenfasst.

Ob Europa damit in guter Verfassung ist, dagegen spricht mancherlei. Bekümmern muss uns insbesondere, dass etliche Völker Europas, u.a. Ukrainer und Russen, Serben und Albaner, einstweilen außen vor bleiben und (noch) keine Chance haben, der EU beizutreten, die dennoch kühn eine "Verfassung für Europa" formuliert hat. Immerhin steht die Union "allen europäischen Staaten offen, die ihre Werte achten und sich verpflichten, ihnen gemeinsam Geltung zu verschaffen" (Art. I-1 Abs. 2). Die EU ist also auf (weitere) Erweiterung angelegt, obwohl schon die zehn im Jahre 2004 beigetretenen Länder für diese selbst, aber auch für die EU eine kolossale Herausforderung sind. Die Befürchtung, die EU übernehme sich und würde daran scheitern, ist nicht von der Hand zu weisen.

Was hat den Drang in die EU ausgelöst, die Subventionstöpfe, die Markterweiterung oder die in der Präambel bekundete "Gewissheit, dass die Völker Europas, wiewohl stolz auf ihre nationale Identität und Geschichte, entschlossen sind, die alten Trennungen zu überwinden und immer enger vereint ihr Schicksal gemeinsam zu gestalten"?

Offensichtlich will die EU mehr sein als eine Wirtschaftsgemeinschaft, aus der sie entstanden ist. Die drei Säulen der europäischen Einigung, Europäische Gemeinschaften (EG: Montanunion, Euratom und Europäische Wirtschaftsgemein-

schaft), Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz, wurden seit dem Vertrag von Maastricht (1992) zunehmend zusammengeführt. Aber gerade diese Verquickung von staatlichen Aufgaben und wirtschaftlicher Kooperation mit der Gefahr der Instrumentalisierung Ersterer durch Letztere geben dem Ganzen gewissen Züge des Monsterhaften. Entsteht da eine "Festung Europa", die mit den USA um die wirtschaftliche Ausbeutung dieses Planeten und ihrer Völker konkurriert und deshalb zunehmend Ziel terroristischer Angriffe wird, eine durch Wirtschaftsinteressen gesteuerte intergouvernementale Zusammenarbeit mit eher scheidemokratischem parlamentarischen Spielbein, eine Lobbykratie im Schwebezustand zwischen Staatenbund und Bundesstaat?

Wer gemäß Rudolf Steiners Idee der sozialen Dreigliederung eine Trennung von Kultur, Staat und Wirtschaft anstrebt und dies auch in Goethes Märchen "Von der grünen Schlange und der Lilie" in dem goldenen, silbernen und ehernen König angedeutet findet, der wird bei der EU an die in diesem Märchen geschilderte Figur des "gemischten Königs" denken, aus den drei Metallen zusammengesetzt, "eher schwerfällig als schön", stotternd und von "unangenehmem Aussehen". Er strebt nach Macht und fällt doch schließlich in sich zusammen.

Doch für eine Weile hat auch eine solche Missgestalt ihre Daseinsberechtigung und verdient engagierte Zuwendung. Denn was in tastenden Schritten in Europa an Zusammenarbeit gewachsen ist, hat wesentlich dazu beigetragen, einen seit Jahrhunderten in Bruderkriegen sich zerfleischenden Kontinent zu befrieden. Die gerade auch durch wirtschaftliche Verflechtungen gelungene Aussöhnung zwischen den Völkern ist ein Wert, den es zu wahren und zu vertiefen gilt. Möglich ist freilich, dass Fehlgestaltung, insbesondere unzureichende Entfaltungsbedingungen der drei gesellschaftlichen Funktionen Kultur,

Staat und Wirtschaft entsprechend ihren eigenen Leitbildern Freiheit, Gleichheit und Solidarität, wiederum zu Spannungen führen und die Zukunft verbauen. Deswegen wäre darauf zu sehen, dass die EU entwicklungs offen bleibt, damit notwendiger Wandel ohne Katastrophen möglich wird, ja vielleicht so undramatisch wie in Goethes Märchen verläuft, wo der gemischte König, als es nach Auszehren seiner Edelmetalladern "an der Zeit" ist, lautlos zusammensackt und als hässlicher Klumpen gnädig mit einer prächtigen Decke verhüllt wird.

Wie alles Menschenwerk ist auch die EU-Verfassung höchst unvollkommen und nichts für ewig und gleichwohl ein bedeutsamer Meilenstein. Aus unterschiedlichen Blickwinkeln erfährt sie manch herbe und durchaus nachvollziehbare Kritik. So wird mit Recht gerügt, dass die Verfassung in Art. I-40 die Mitgliedstaaten verpflichtet, "ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" und diese auch außerhalb der Union "zur Stärkung der internationalen Sicherheit" einzusetzen und dies möglicherweise aus letztlich wirtschaftlichen Interessen. Statt dessen wäre dringend zu wünschen, dass die EU ihre zivilen Fähigkeiten zur Konfliktprävention und -bearbeitung stärkt und die von ihr selbst geschaffenen ökonomischen Ungleichgewichte abbaut.

Die Verfassung enthält Elemente verschiedener, ja gegensätzlicher Optionen. Präambel und die Artikel über Werte und Ziele der Union charakterisieren sie als Friedenskraft. So lautet Art. I-2 über "Werte der Union": "Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet." Und Art. I-3 Abs. 1 über "Ziele der Union" sagt: "Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern."

An anderer Stelle, wie in dem erwähnten Art. I-40, schimmern die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes durch, für die sogar ein "Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und

militärische Fähigkeiten" geschaffen wird. Diese Ambivalenz ist Kennzeichen der EU wie auch des "gemischten Königs" in Goethes Märchen mit seinen Gold- und Silberadern. Dass die Politik die Gewichte richtig setzt, wird also durch die Verfassung nicht garantiert, sondern bedarf auch in Zukunft aller zukunftsweisenden gesellschaftlichen Kräfte.

II.

Entsprechend der Aufgabenstellung dieser Zeitschrift liegt es nahe, die wirtschaftsverfassungsrechtlichen Bestimmungen der Verfassung näher anzuschauen und zu fragen, ob sie im Blick auf Reformbestrebungen zur Geld- und Bodenordnung förderlich oder eher hinderlich sind. Auch hier zeigt sich ein changierendes Bild. Im schon zitierten Artikel über die Werte der Union (Art. I-2) und im Teil II über die Grundrechte bekräftigt die Verfassung dieselben Prinzipien, insbesondere der Gleichheit, aber auch der Freiheit und Solidarität, mit denen der Verfassungsrechtler Dieter Suhr schon vor Jahren die Verfassungswidrigkeit unseres Geldwesens begründete (s. insbes. "Gleiche Freiheit", 1988). Solange Gestaltungsideen für ein dienendes Geld noch in zu wenigen Köpfen von Ökonomen, Politikern und Juristen verankert sind, kann vom Europäischen Gerichtshof genauso wenig wie bislang vom Bundesverfassungsgericht erwartet werden, dass sich Verfassungsrichter der Meinung D. Suhrs anschließen.

Das schon nach dem EG-Vertrag (Art. 4 und 105) geltende und zunächst allzu einseitig verfolgte Ziel der Eurozentralbank, vorrangig auf Preisstabilität zu achten (siehe jetzt Art. III-69 und 77), was ohne Geldumlaufsicherung strangulierend wirkt und Arbeitsplätze vernichtet, hat die EZB in neuerer Zeit nicht gehindert, die größere Gefahr in Deflation zu erkennen, auf Abstand davon zu gehen und Preisstabilität mit zwar "unter", aber doch "nahe" 2% Inflation zu definieren. Die umlaufsichernde Wirkung dosierter Inflation kombiniert mit Indexklauseln mag die EZB dazu veranlassen, auf diesem Wege fortzuschreiten.

Auch andere Bestimmungen sind, wie bei materiellen Zielsetzungen einer Verfassung nicht

anders zu erwarten, unterschiedlich interpretierbar. So lautet Abs. 2 des Art. I-3 über die "Ziele der Union": "Die Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen und einen Binnenmarkt mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb." Wer einen Markt mit "freiem und unverfälschtem Wettbewerb" will, muss, so wissen wir spätestens seit S. Gesell, die Privilegien an Geld und Naturressourcen abschaffen. Das aber steht nicht auf der Agenda. Gemäß neoliberaler Marktüberschätzung wird die EU eher darauf drängen, Dienstleistungen auch der Grundversorgung (Wasser, Bildung, Gesundheit) zu privatisieren und kommerzialisieren, statt z.B. im Bildungsbereich die öffentliche Finanzierung durch Gutscheine sicherzustellen und die Erbringung in die Hände der Zivilgesellschaft zu legen.

Nachhaltige Entwicklung, Umweltschutz, Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt sind gemäß Verfassung durchaus Ziele der Union, deren Voraussetzungen sie allerdings nicht darin erkennt, allen Menschen gleichen Zugang zu Gemeinschaftsgütern wie Geld und Boden zu gewähren, sondern in Wirtschaftswachstum. So lautet Art. I-3 Abs. 3: "Die Union strebt die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums an, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt."

Die Wendung "auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums" deutet an, dass – wie schon der bisherigen Politik – auch dem Verfassungskonvent angesichts des Auseinanderdriftens von Arm und Reich und sich ausbreitender Massenarbeitslosigkeit nichts anderes eingefallen ist, als den Ausweg im Wirtschaftswachstum zu suchen, dem Nachhaltigkeit und Umweltschutz notfalls untergeordnet werden. Und doch ist auch diese Verfassungsbestimmung interpretierbar und für neue Erkenntnisse offen, die Wege aufzeigen, wie der Zwang zu quantitativem Wachstum vermieden, qualitatives Wachstum gefördert, Vollbeschäftigung und sozialer Ausgleich

ermöglicht und Umweltschutz gewährleistet werden kann, nämlich durch besagte Verlagerung der Abgabenlast weg von der Arbeit hin auf die Inanspruchnahme dessen, was allen in gleicher Weise zusteht. Die EU-Politik hat in dieser Richtung bereits Akzente gesetzt.

Eine wertvolle Kodifikation der auf EU-Ebene anerkannten Grundrechte ist die in Nizza (2001) von den Regierungschefs bereits proklamierte Grundrechtecharta, die im Verfassungsentwurf als Teil II erscheint. Sie stützt sich u.a. auf die Menschenrechts-Konvention des Europarats, die Europäische Sozialcharta, die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 und insbesondere auf die ergiebige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs.

Ausgehend von der Menschenwürde bestätigt sie in klarer Gliederung Freiheits- und Gleichheitsrechte. Das "Recht, zu arbeiten" gemäß Art. II-15 umfasst freilich nicht ein Recht auf Arbeit, sollte aber die EU verpflichten, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass jede/r im gewünschten Maße Arbeit findet. Bedeutsam sind die Diskriminierungsverbote und der ausdrückliche Schutz für Kinder, ältere Menschen und Behinderte. Weitere wichtige Rechte enthalten die Abschnitte "Solidarität" (u.a. Recht auf soziale Sicherheit und soziale Unterstützung, Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz), "Bürgerrechte" (neben Wahlrecht u.a. das "Recht auf eine gute Verwaltung") und "Justizielle Rechte".

Zur Eigentumsordnung ist die EU-Verfassung unergiebig, was nicht nur an vorherrschender neoliberaler Haltung, sondern auch daran liegt, dass deren nähere Ausgestaltung bisher – und auch künftig zu Recht – außerhalb der Regelungskompetenz der EU liegt. Im Vergleich mit Art. 14 des Grundgesetzes vermisst man in der EU-Verfassung (Art. II-17) die Klarstellung, dass Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll. Zu erwarten war erst recht nicht die Aufnahme einer so sozialistisch klingenden Bestimmung wie des bislang leerlaufenden Art. 15 Grundgesetz über die mögliche Vergesellschaftung von Grund und Boden sowie Naturschätzen und

Produktionsmitteln. Die EU-Verfassung spiegelt das Mainstream-Bewusstsein unserer Zeit wider. Die Einsicht, dass am Boden der Sache nach nur (entgeltliche) Nutzungsrechte bestehen können, Naturressourcen der Gemeinschaft zustehen und größere Unternehmen richtigerweise sich selbst gehören und keinen außenstehenden Anteilseignern, wird sich erst schrittweise in Denken und Praxis durchsetzen müssen, bevor sie sich in einem Verfassungstext niederschlägt.

Auch hehre Verfassungsziele garantieren noch keine vernünftige Politik. Bestenfalls stellt eine Verfassung den institutionellen Rahmen, in dem sich zukunftsweisende Erkenntnisse durchsetzen können. Für Reformideen ist deshalb bedeutender, wie durchlässig für neue Ideen der Rechtsetzungsprozess ausgestaltet ist.

III.

Die EU demokratischer und transparenter zu gestalten, war ein ausdrücklicher Auftrag an den Verfassungskonvent. Hierzu enthält die Verfassung denn auch deutliche Fortschritte, nicht nur durch Stärkung des europäischen Parlaments mittels Verdoppelung der Bereiche seiner Mitentscheidung, sondern auch durch Art. 46 über den "Grundsatz der partizipativen Demokratie". Während die Abs. 1 bis 3 weitgehend schon bisher geübte Praxis wiedergeben, ist Abs. 4 eine beachtliche Neuerung, deren Einfügung den monatelangen intensiven Bemühungen von Mitgliedern und Freunden von Mehr Demokratie e.V. zu verdanken ist: "Mindestens eine Million Bürgerinnen und Bürger aus einer erheblichen Zahl von Mitgliedstaaten können die Kommission auffordern, geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verfassung umzusetzen. Die Bestimmungen über die besonderen Verfahren und Bedingungen, die für eine solche Bürgerinitiative gelten, werden durch ein Europäisches Gesetz festgelegt."

Im Unterschied zur Petition auf der deutschen Bundesebene wird hier ein Verfahren eröffnet, das es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, eine als notwendig erachtete Rechtsetzung zu initiie-

ren. Allerdings muss man nüchtern und selbstkritisch eingestehen, dass für eine auf diesem Wege angeschobene Initiative zur Geldreform der Boden in Wissenschaft und öffentlicher Meinung noch längst nicht bereitet ist. Immerhin ergibt sich angesichts des Euro und dieses Instruments die Notwendigkeit, mehrsprachig und europaweit die Diskussion über sinnvolle Reformen zu führen. Das Internet bietet hierfür ein noch unausgeschöpftes Medium.

IV.

Neben vielem ist die Ratifizierung der Verfassung diskussionsbedürftig. Demokratische Verfassungen zu beschließen ist Sache der Völker. Eine europaweite Volksabstimmung ist weder für die Verfassung noch für künftige Fragen in der Verfassung vorgesehen. Die Verfassung ist vielmehr Gegenstand eines Vertrags der Mitgliedsstaaten. Einige EU-Staaten wollen die Verfassung in einem Referendum der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen, weitere erwägen das und/oder haben zumindest dafür die institutionellen Voraussetzungen. Deutschland gehört zu den wenigen Mitgliedsländern, in denen diese Voraussetzungen fehlen. Dies zeigt unseren demokratischen Entwicklungsrückstand. Die EU-Verfassung wäre ein würdiger und dringlicher Anlass, das Grundgesetz entsprechend zu ergänzen, wie seit Jahren von Mehr Demokratie e.V. gefordert und vom Bundestag im Jahr 2002 mit der Regierungsmehrheit, wenn auch etwas halbherzig und ohne die erforderliche Unterstützung seitens der CDU/CSU und FDP, befürwortet.

Es ist wichtig, dass mit Mehr Demokratie e.V. eine Stimme da ist, die sich und der Bevölkerung zutraut, über die EU-Verfassung zu entscheiden. Doch die tendenzielle Überforderung der EU durch Mischung von Staats- und Wirtschaftsförderungsaufgaben spiegelt sich im Umfang des Verfassungstextes. Weil es nicht gelang, die Kompetenz- und Verfahrensregeln für die einzelnen Politikbereiche so zu vereinfachen, dass sie als allgemeine Regelungen Aufnahme im Teil I der Verfassung finden konnten, wurde der Inhalt des bisherigen EG- und EU-Vertragswerkes in lediglich redaktionell angepasster Gliederung zum

umfangreichen Teil III der Verfassung mit 342 Artikeln. Während Teile I über Ziele und institutionelle Grundstruktur, Teil II mit der Charta der Grundrechte und Teil IV mit Allgemeinen und Schlussbestimmungen notwendige und übersichtliche Verfassungsregeln enthalten, kann man dies vom Teil III über Politikbereiche und Arbeitsweise der Union nur partiell bestätigen. Durch diesen Teil III wird die Materie jedoch so umfänglich, detailliert und komplex, dass man sich eine Volksabstimmung hierüber nur schwer vorstellen kann.

Um die Chancen eines dadurch möglichen breiten Lernprozesses über EU-Politik wahrzunehmen, bräuchte es viel mehr Zeit, als sich die EU angesichts der Osterweiterung leisten kann. Wenn überhaupt, wird die EU wohl erst in einer späteren Phase für eine vom Volk beschlossene Verfassung reif.

Unabhängig davon kann man sich fragen, wie denn zu votieren wäre. Es gibt viele gute Gründe, sich zu etlichen Themen eine bessere Verfassungsregelung zu wünschen und dies auch als politische Forderung vorzubringen. Doch wenn die Alternative nur Ja oder Nein lautet, stellt sich die Frage anders. Zwar würde ein Scheitern der Verfassung die EU nicht ins Leere fallen lassen. Vielmehr bliebe es beim Stand der Vereinbarungen von Nizza 2001. Die institutionellen Regeln sind jedoch mit weitgehendem Einstimmigkeitsprinzip, Schwäche des EU-Parlaments, halbjährlichem Wechsel der Präsidentschaft und Größe der Kommission für eine Gemeinschaft von 25 Staaten auf Dauer unpraktikabel. Das Ergebnis des Verfassungskonvents ist demgegenüber ein beachtlicher Fortschritt. Diesen sollte man nicht aufs Spiel setzen und das möglicherweise mit Unterstützung derer, die die EU deshalb ablehnen, weil Deutschland Nettozahler ist. Solcher Haltung muss man entgegenhalten, dass die exportorientierte deutsche Wirtschaft auch Hauptprofiteur der europäischen Einigung ist und Deutschland als größtes Land in der Mitte eine unverzichtbare Integrationsaufgabe zu erfüllen hat, die uns nahelegt, der Verfassung trotz ihrer Unvollkommenheit zuzustimmen.

Die Entheiligung der Zeit

"Die Umwandlung des Raums von etwas Heiligem zu etwas Nützlichem, von Gottes Schöpfung zu einem Reservoir von Ressourcen, wurde von einer vergleichbaren Entheiligung der Zeit begleitet. Im Verlauf weniger Jahrhunderte wurde die Zeit denselben wissenschaftlichen Kriterien angepasst wie der Raum. ... Der große Streit über das Wesen und die Bedeutung der Zeit begann mit dem heldenhaften Kampf zwischen der Kirche und einer profanen Kaufmannschaft am Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Der Disput drehte sich um den Zinswucher. Auf dem Spiel standen zwei unterschiedliche Vorstellungen von Sicherheit, die eine sakral und aufs ewige Heil gerichtet, die andere säkular und materiell ausgeprägt. ... Letztlich drehte sich die Frage des Zinswuchers – oder Profits – um Zeit. Die Kaufleute argumentierten, Zeit sei Geld. ...

Wenn die Zeit jedoch auf ein Gut reduzierbar war, das ge- und verkauft werden konnte, dann konnte man sich umso mehr Zeit kaufen, je mehr Profite man anhäufte. Indem man mehr Zinsen nahm und noch größere Profite einstrich, konnte man auch die Zeit anderer Menschen kaufen und so die Gesamtsumme der verfügbaren Zeit vergrößern. ...

Der Mittelalterhistoriker Jacques Le Goff fasst die große Debatte um die Zukunft der Menschheit so zusammen: 'Der Konflikt zwischen der Zeit der Kirche und der Zeit des Kaufmanns ist eines der Hauptereignisse in der Geistesgeschichte dieser Jahrhunderte'. Die Kirche kapitulierte schließlich und der Sieg des Kaufmanns bahnte der Geldökonomie den Weg."

aus: Prof. Dr. Jeremy Rifkin, *Der Europäische Traum – Die Vision einer leisen Supermacht.*
Frankfurt/M. und New York 2004, S. 118–120.

Eckhard Behrens:

Hat sich der Euro bewährt? – Eine Zwischenbilanz

Am 1.1.2002 wurden die Geldscheine und Münzen der DM durch Euro-Banknoten und Euro-Münzen ersetzt. Dasselbe geschah mit den traditionellen Landeswährungen von zehn weiteren europäischen Ländern. Damit bekamen die Menschen die neue Währung zu Gesicht und als Tauschmittel in die Hand. Schon drei Jahre vorher, am 1.1.1999, hatte der Euro die Geldfunktion des Wertmessers von den früheren Landeswährungen übernommen. Schon damals wurden DM, Franc, Gulden usw. als Währung und Wertmesser abgeschafft. Der Euro war als Buchgeld in "Euro-Land" und auf den weltweiten Geldkapitalmärkten schon seit 1999 präsent. Das war für das Bewusstsein der breiten Bevölkerung zunächst dadurch verdeckt, dass die alten nationalen Zahlungsmittel diese neue Währung als Tauschmittel noch vertreten mussten.

Für den währungstheoretisch interessierten Geldreformer waren es sehr interessante Jahre, deren Erfahrungen noch nicht voll ausgewertet sind. Ziel der Geldreform ist die Einführung von Tauschmitteln, die einen sinkenden Nennwert haben ("Tabellengeld"), wenn sie nicht durch Zahlungen (z.B. Gebührenmarken oder -stempel) rechtzeitig wieder vollwertig gemacht werden; der Wert der Währung, das Preisniveau, soll stabil gehalten werden. Das Preisniveau entsteht in Millionen Kaufverträgen, in denen sich Käufer und Verkäufer auf die Preise von Waren und Dienstleistungen einigen; die Statistiker, die uns die Entwicklung des Geldwertes vorrechnen, beobachten diese tatsächlich vereinbarten Preise. Ohne die Tauschmittelfunktion des Geldes gibt es keine Wertmesserfunktion des Geldes. Das Geld erleichtert als Wertmesser den Tausch; sein Wert bildet sich aber nur in Tauschvorgängen; diese Interdependenz zwischen den beiden Geldfunktionen zwingt zu einem dynamischen Denken. Besonders spannend wird es, wenn zwischen dem Wertmesser und dem Tauschmittel

ein Wechselkurs besteht – entweder fest wie zwischen DM und Euro oder gleitend wie beim Tabellengeld.

Die Europäische Zentralbank (EZB) musste in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit mit der Situation fertig werden, dass die Preisbildung an den Verbrauchermärkten noch in den alten Währungen erfolgte – steuern sollte sie aber die neue Währung, den Euro, in seiner Wertentwicklung; hätte das nicht – trotz der auf ewig festgeschriebenen Wechselkurse – sehr schief gehen können? Erst mit der Einführung der Euro-Scheine und Euro-Münzen war die währungs-politisch normale Situation wieder gegeben, dass die von der Notenbank gesteuerte Geldmenge unmittelbar an den Märkten in der Preisbildung wirksam wurde.

Zur Vorgeschichte der Euro-Einführung

Die Einführung des Euro war in Deutschland besonders umstritten. Die DM galt als eine vergleichsweise stabile Währung, obwohl sich ihr Wert in den Jahrzehnten nach der 1948er Währungsreform infolge der Inflation um etwa drei Viertel verringert hatte. In den letzten Jahrzehnten waren in den meisten Nachbarländern – insbesondere den südlichen – höhere Inflationsraten zu beobachten als bei der DM, die im europäischen Währungsverbund als "Stabilitätsanker" angesehen wurde. Ihr Ersatz durch den Euro wurde von Vielen als eine Entmachtung des durch die Wiedervereinigung größer gewordenen Deutschland empfunden.

Wegen solcher politischer Vorbehalte und der Sorge vor der Ansteckung am "Inflationsbazillus" aus Nachbarländern wäre die Einführung des Euro im Wege einer an sich wünschenswerten Volksabstimmung in Deutschland möglicherweise gescheitert. Davon abgesehen traut man einer

neuen Währung ohnehin nicht – eine Währung soll ja immer etwas sein, was über längere Zeit "währt". Jede neue Währung muss sich erst noch bewähren; sie wirkt auf die Menschen als ein ganz künstliches Gebilde – und das ist sie ja auch! Aber die alten Landeswährungen waren auch alle künstliche Gebilde, reines Papiergeld. Nur: die Menschen waren an den Umgang mit der DM gewöhnt. Im Vergleich zu den Währungskatastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte sich die DM sehr bewährt. Das erfüllte die Deutschen mit Dankbarkeit und Stolz.

Der Euro – Instrument zur Vollendung des Europäischen Binnenmarkts oder nur dessen Krönung?

Im Streit der Meinungen über den Euro war unter Volkswirten die entscheidende Frage eigentlich die: Lässt sich eine gemeinsame Währung bei noch laufender Integration des europäischen Binnenmarkts einführen? Oder sollte sie erst dann eingeführt werden, wenn der Binnenmarkt vollendet ist, wenn die Wirtschaften bereits so sehr miteinander verflochten sind, dass man die alten nationalen Volkswirtschaften gar nicht mehr wieder erkennt, weil im täglichen Leben eine wirkliche Wirtschaftseinheit entstanden ist?

- Das Argument der Euro-Gegner lautete immer: Die gemeinsame Währung kann erst dann ein Erfolg werden, wenn die einzelnen Volkswirtschaften so sehr zusammengewachsen sind, dass aus ihnen wirklich ein gemeinsamer europäischer Binnenmarkt geworden ist. In einem noch unvollkommenen Binnenmarkt könne eine gemeinsame Währung sich nicht richtig entfalten. Sie könne die Vereinigung der europäischen Märkte nur abschließend "krönen". Gemäß der Krönungstheorie wäre der Euro der Schlussstein, der den Brückenbogen zusammenhält, der aber erst als letzter Stein gesetzt werden kann.

- Die Euro-Befürworter erwarteten dagegen eine Erleichterung des europäischen Binnenhandels, sobald die Wechselkursrisiken ab 1999 endgültig wegfallen und die Preise aller angebotenen Waren und Dienstleistungen durch die Preisauszeichnung in Euro leichter vergleichbar

werden. Der Euro fördere das Zusammenwachsen der nationalen Volkswirtschaften zu einem einheitlichen europäischen Markt ohne Binnengrenzen; er fördere eine weitreichende Neuordnung der europäischen Arbeitsteilung und werde dadurch zusätzliche Produktivitätsfortschritte bewirken. Anders als bei der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion (1990), bei der aus politischen Gründen ein in wirtschaftlicher Hinsicht völlig falscher Umtauschkurs bestimmt wurde, würden bei der europäischen Wirtschafts- und Währungsintegration die Umtauschkurse den wirtschaftlichen Verhältnissen in den beteiligten Volkswirtschaften weit besser entsprechen, weshalb Folgeprobleme wie nach der deutschen Wiedervereinigung sich nach einer Einführung des Euro auf europäischer Ebene nicht wiederholen könnten.

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Oft ist der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Binnenmarkts entgegengehalten worden, dass mit ihm eine Abschottung der "Festung Europa" von den übrigen Teilen der Welt einhergehe. Soweit sich Europa, wie in der Agrarwirtschaft, vom Weltmarkt protektionistisch abschließt, ist dies tatsächlich der Fall. Bei weltöffener Handelspolitik Europas finden die Unternehmen im Binnenmarkt dieselben Verhältnisse wie im Weltmarkt vor; die einzigen Unterschiede sind der Wegfall des Wechselkursrisikos und die "gemeinsame Sprache der Preisauszeichnung" im Euro-Binnenmarkt.

Als die Euro-Banknoten und Euro-Münzen eingeführt wurden, fiel es vielen Menschen zunächst schwer, sich an das neue Geld zu gewöhnen. Nicht nur die Geldscheine und Münzen waren ungewohnt – an neue Preise musste man sich gewöhnen; man wusste plötzlich nicht mehr, ob eine Ware billig oder teuer war. Obwohl wir es in Deutschland mit dem Umrechnungsverhältnis von 1 : 2 (genau genommen: 1 Euro = 1,95583 DM) einfacher hatten als die Menschen in anderen europäischen Ländern, brauchte es Zeit, bis wir uns in den Preisverhältnissen der Waren und Dienstleistungen wieder sicher fühl-

ten. Die Verunsicherung zeigte sich auch in der Diskussion über den Euro als "Teuro". Viele Menschen rechnen, wenn es sich nicht um Tagesgeschäfte handelt, immer noch in D-Mark um.

Inzwischen hat sich der große Streit um den Euro gelegt. Jedoch gehen die Meinungen darüber immer noch auseinander. Auch in anderen Ländern ist das so, wie beim schwedischen Nein zum Euro im September 2003 deutlich wurde. Großbritannien hielt sich von Anfang an fern; volkswirtschaftlich ist es ihm in den letzten Jahren trotzdem (oder gerade deswegen?) besser gegangen als den meisten Ländern der neuen Währungsunion.

Die Zeit seit der Einführung des Euro ist noch zu kurz, um beurteilen zu können, ob er sich längerfristig bewähren wird, aber doch lang genug, um hier den Versuch einer Bestandsaufnahme der bisherigen Erfahrungen mit dem Euro zu machen. Dabei werden unterschiedliche Bewertungskriterien anzulegen sein, so dass verschiedene Urteile denkbar sind. Hier soll es auch um die Frage gehen, ob die bisherige Entwicklung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eher die Befürchtungen der Euro-Gegner bestätigt oder ob sie eher den Erwartungen der Euro-Befürworter entspricht.

Welche Erfahrungen liegen vor?

▪ Die Entwicklung der Preise und Löhne auf dem europäischen Binnenmarkt

Bislang scheint sich die Erwartung der Euro-Befürworter zu bestätigen, dass die höhere Transparenz der Märkte die Waren- und Dienstleistungsströme innerhalb Europas erleichtert. Die gemeinsame Währung trägt zur Vollendung des Binnenmarkts bei. Der Binnenmarkt wird tatsächlich gefördert durch eine gemeinsame Währung. Bei zusätzlicher Markttransparenz können die Preise der Güter und Dienste besser verglichen werden; infolgedessen gleichen sie sich einander an.

Der Euro erleichtert also nicht nur den Zahlungsverkehr, sondern er hat auf dem Binnenmarkt über die Signal- und Lenkungs-kraft des Preissystems auch realwirtschaftliche Wirkungen. Die innereuropäische Arbeitsteilung wird

rascher neu geordnet, weil die Kosten an den verschiedenen Standorten leichter vergleichbar sind; es entstehen oft Produktivitätsgewinne durch die Verlagerung von Produktionsstandorten – wohlgernekt ohne zusätzlichen technischen Fortschritt im engeren Sinne, sondern einfach durch bessere wirtschaftliche Organisation bei gegebener Technik. Ein größerer Markt erlaubt es, größere Produktionskapazitäten an den geeignetsten Standorten zu konzentrieren und so Kostenvorteile zu erzielen. Es gibt aber nicht nur Wirkungen auf die Produktionsmengen, sondern auch auf die Produktvielfalt. Viele Produkte werden erst wirtschaftlich herstellbar, wenn ein Mindestabsatz gesichert erscheint. Das machen sich besonders große Unternehmen zunutze, wie sich sehr deutlich bei der Automobilindustrie beobachten lässt; sie hat die Produktpalette in den letzten Jahren stark diversifiziert und ist damit auf spezielle Kundenwünsche eingegangen. Die Vergrößerung des Binnenmarktes ist aber auch eine Chance für kleinere Unternehmen, neue Produkte für überschaubare Zielgruppen in rationeller Seriengröße auf den Markt zu bringen.

Die Wachstumsraten sind in den Staaten von Euroland auffallend unterschiedlich. Dabei war mit dem Binnenmarkt das Einholen von Pro-Kopf-Einkommen der reicherer durch die ärmeren Länder natürlich gewollt. Höhere Einkommen setzen in der Marktwirtschaft aber eine höhere Leistung voraus; größere Märkte bieten dafür zusätzliche Chancen. Lohnkostenvorteile einzelner Länder sind in einem gemeinsamen Binnenmarkt nicht von Dauer, denn die Löhne passen sich im Laufe der Zeit einander an. Der Markt ebnet die europaweiten Einkommensdifferenzen nach und nach im Standortwettbewerb ein. Wenn das Absatzvolumen dabei insgesamt nicht wächst, ebnet der Markt auch die Spitzeneinkommen ein. Wenn der Markt ausreichend wächst, dann kann die Einkommensangleichung durch langsames Wachstum der Spitzeneinkommen und rascheres Wachstum in den Niedrig-Lohn-Ländern erfolgen, was langfristig ebenfalls zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führt.

Der Euro fördert tendenziell diese Einkommensangleichung. Wenn durch Starrheiten auf

den Arbeitsmärkten die Löhne nicht sinken, also in Ländern mit Spitzeneinkommen relativ hoch bleiben, dann führt das zur Wanderung von Menschen in die Länder mit hohen Löhnen und zur Wanderung von Arbeitsplätzen in die Länder mit geringen Löhnen; diese gegenläufigen Entwicklungen führen in den Hochlohnländern zu einer steigenden Arbeitslosigkeit und in den Niedriglohnländern zu höherem Wachstum. Die Unternehmen, die Arbeitsplätze verlagern, bringen nicht nur Kapital, sondern in der Regel aus den Hochlohnländern auch neues Wissen mit, das in den Niedriglohnländern bisher nicht verbreitet war. Das erhöht ihr Wachstumstempo in der Aufholjagd.

Fehlende Flexibilität auf den Arbeitsmärkten des Hochlohnlandes Deutschland führt zu einer höheren Arbeitslosigkeit, weil der Zuwanderungsdruck dadurch höher wird. Höhere Flexibilität auf den Arbeitsmärkten führt bei Unterbeschäftigung zu sinkenden Löhnen oder steigenden Arbeitszeiten, also sinkenden Lohnstückkosten, um Wettbewerbsfähigkeit zurück zu gewinnen. Bei Vollbeschäftigung würde eher die Tendenz zur Angleichung durch rascheres Wachstum der niedrigen Löhne und schwächeres Wachstum der höheren Löhne, aber nirgends ein Sinken der Löhne zu beobachten sein.

▪ **Einheitliche Zinssätze auf den Kapitalmärkten**

Der Binnenmarkt und der Euro haben also eine Angleichung der Preise und Löhne eingeleitet. Und seit der Einrichtung der EZB gibt es in Europa nun auch ein viel einheitlicheres Zinsniveau als früher. Mittlerweile ist auch den anderen Ländern das niedrige Zinsniveau zugute gekommen, das vorher nur in Deutschland herrschte. Damit hat Deutschland einen Wettbewerbsvorteil verloren, nämlich die kostengünstigen niedrigen Zinsen für die Unternehmen. Das Absinken des Zinsniveaus auch in anderen europäischen Ländern wie zum Beispiel Irland, Portugal oder Italien hat dort eine Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums ermöglicht. Diese innereuropäische Angleichung der Kapitalkosten und damit der Wettbewerbsbedingungen hat durchaus zu mehr Verteilungsgerechtigkeit innerhalb des Binnenmarktes geführt.

▪ **Gegensätze zwischen Wettbewerbsmärkten und monopolistischer Marktmacht**

Es gibt allerdings auch Tendenzen, die der Angleichung der europäischen Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkte zuwiderlaufen. Sie ergeben sich daraus, dass die Integrationskräfte der freien Märkte durch Kartelle und Monopole eingeschränkt werden. Dieses Problem der Vollendung des Binnenmarktes ist in erster Linie durch die europäischen Wettbewerbsbehörden – nicht durch die Einführung des Euro – zu bewältigen. Denn die strukturelle Macht des Geldes und die darauf beruhende Macht des Kapitals bestand auch in den alten Landeswährungen; sie wurde durch die Rechtsgrundlagen des Euro (Verpflichtung auf Geldwertstabilität) und die Praxis der Europäischen Zentralbank (EZB) allerdings noch verstärkt. Die daraus hervorgehende Marktmacht von vorwiegend westeuropäischen Konzernen beschränkt den Wettbewerb in den 'alten' EU-Ländern; sie wittern nach der EU-Osterweiterung nun auch die Chance, im Osten neue Märkte zu 'erobern'. Insofern stehen die Binnenmarktpolitik und die Währungspolitik der Europäischen Union durchaus in einem noch aufzulösenden Widerspruch zueinander, der leider vielfach noch gar nicht gesehen wird.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die unterschiedlichen Wachstumsraten in den Euro-Ländern deutlich zeigen, dass die ausgleichenden Kräfte eines gemeinsamen Binnenmarktes wirksam sind. Der Euro hat den Binnenmarkt sicher gestärkt. Eine ganz andere Frage ist, ob der Euro die Wachstumskräfte insgesamt gebremst und zu der hartnäckigen Unterbeschäftigung beigetragen hat.

▪ **Umstellung des Zahlungsverkehrs auf den Euro**

Als erstes ist festzustellen, dass die von manchen Eurogegnern befürchteten technischen Probleme bei der Währungsumstellung nicht eingetreten sind. In keinem der Euro-Länder hat es Beeinträchtigungen des Zahlungsverkehrs gegeben. Auch die Unabhängigkeit der EZB ist gewährleistet und der erste Personalwechsel an der EZB-Spitze von Wim Duisenberg zu Jean-Claude Trichet verlief zwar politisch problematisch, aber währungspolitisch problemlos.

Zwar bedeutete die Umstellung auf den Euro einen Eingriff in alle langfristigen Verträge. Die Umrechnung der alten Währung in die neue ist jedoch zum festgesetzten 'ewigen' Wechselkurs reibungslos gelaufen. Ein Euro entsprach 1,95583 DM. Im kurzfristigen Tagesgeschäft wurde der Einfachheit halber zumeist mit einem Wechselkurs von 2:1 kalkuliert, wobei die fehlenden Prozente (2,2085%) nicht besonders ins Gewicht fielen. Natürlich sind langfristige Preis- und Bilanzvergleiche durch die notwendigen Umrechnungen erschwert und führen zu zusätzlichen Kosten. Aber diese zusätzlichen Kosten sind vorübergehender Art. Man kann sie als eine Investition betrachten, die sich durch die vielen Erleichterungen im Zahlungsverkehr und die schon geschilderten Produktivitätsgewinne am Binnenmarkt bald rentiert haben werden.

▪ **Unterschiedliche Inflationsraten in den verschiedenen Ländern – Harmonisierter Verbraucherpreisindex**

Die unterschiedliche Höhe der Inflationsraten in den Mitgliedsländern der Währungsunion ist bemerkenswert und beschäftigt auch die EZB (Jahresbericht 2003, Seite 46ff.); sie beruht wohl nicht mehr auf unterschiedlichen statistischen Methoden der Ermittlung des Preisniveaus. Das war in den Anfangsjahren des Euro durchaus ein Problem, das manche Beurteilung der Wirksamkeit der Maßnahmen der EZB erheblich erschwert haben mag. Der Euro ist aber trotzdem nicht aus dem Ruder gelaufen!

Inzwischen haben wir den "Harmonisierten Verbraucherpreis-Index" als Maßstab der Entwicklung des Geldwerts des Euro. Er wird einerseits für die ganze Euro-Zone ermittelt; dies ist der maßgebende Wert für die Politik der EZB; sie kann und will sich nicht nach den Verhältnissen in einem einzelnen Mitgliedsland richten. Andererseits wird der Harmonisierte Verbraucherpreis-Index auch für Deutschland ermittelt; er unterscheidet sich immer ein wenig von den nach den bisherigen deutschen Regeln weiterhin ermittelten Indexzahlen. Diese Differenzen brauchen uns nicht zu beunruhigen; wichtig ist die Tendenz, die die Indices jeweils andeuten. Sie bestätigen, dass die Schwankungsbreite der Inflationsraten im Vergleich zu früheren Jahrzehnten ganz we-

sentlich abgenommen hat und dass die Inflationsraten in Deutschland praktisch immer niedriger liegen als in vielen anderen Mitgliedsländern der Euro-Zone, insbesondere in denjenigen mit höherem Wirtschaftswachstum.

Noch ist nicht klar, ob die erstaunliche Spannweite der Inflationsraten in den Mitgliedsländern – gemessen nach der Methode des Harmonisierten Verbraucherpreis-Index – von Dauer sein wird oder ob es sich dabei um Anpassungsreaktionen im Zuge der Integration des Binnenmarktes handelt, die früher durch Wechselkursschwankungen aufgefangen worden wären. Nicht auszuschließen sind auch kleinere Fehler bei der Festlegung der "ewigen" Wechselkurse zwischen einzelnen alten Währungen und dem Euro – Fehler, die nun durch unterschiedliche Inflationsraten zum Ausgleich streben. Jedenfalls muss wohl damit gerechnet werden, dass höhere Inflationsraten den Euro in anderen Mitgliedsländern rascher umlaufen lassen als in Deutschland; das würde die dort höhere Konsumneigung erklären. Die offenen Binnengrenzen gleichen nicht alles kurzfristig an.

▪ **Die bisherige Entwicklung der Binnenkaufkraft des Euro**

Trotz der konjunkturellen und strukturellen Probleme in den Euro-Ländern war die Kaufkraft des Euro von Beginn an erstaunlich stabil; die Inflationsrate bewegte sich von 2000 bis 2004 – mit einem kurzzeitigen Ausreißer (3%) in 2001 im engen Band zwischen 1,9 und 2,5% (EZB-Jahresbericht 2003, Seiten 18 und 44ff.). Das übertrifft alle Erwartungen.

▪ **Staatsverschuldung und Inflationsgefahren**

Seit Beginn des Euro-Zeitalters ist eines schlimmer geworden: Die Staatsverschuldung hält sich – besonders in den wirtschaftlich wichtigsten Mitgliedsländern – nicht in den europaweit vereinbarten Grenzen. Das ist schlimm, weil Staatsverschuldung ein Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit ist.

Aber wie steht es mit der Sorge, die hohe Netto-Neuverschuldung werde die Inflation in die Höhe treiben? Diese Sorge ist immer noch weit verbreitet, aber offensichtlich unberechtigt. Sie stammt aus der Zeit, als die Staaten sich bei ihren nationalen Notenbanken verschuldeten.

Heute müssen sich die Staaten bei ihren Bürgern verschulden; diese Verschuldung treibt die Notenpresse nicht mehr an. Die EZB darf den Staaten kein Geld leihen; sie betreibt ihre Bankgeschäfte am freien Markt. Bei allen Gegnern der Staatsverschuldung, die meine volle Sympathie genießen, sollte sich langsam herumsprechen, dass die letzten Jahre hartnäckig wiederholter Verstöße gegen die in Maastricht vereinbarten Verschuldungsgrenzen bewiesen haben, dass der überstaatliche Euro immun dagegen ist. Wir brauchen die Maastrichter Verschuldungsgrenzen nicht zum Schutz des Euro! Die Verschuldung der Mitgliedsstaaten kann die Inflation nicht antreiben, weil sie keinen Einfluss auf die allein von der EZB gesteuerte Geldmenge hat.

Ganz gewiss kann man sagen, dass die EZB durch ihre Unabhängigkeit weit weg ist vom Einfluss der Einzelstaaten; sie müssen die Geldwertentwicklung, die die EZB bestimmt, genauso hinnehmen wie wir Bürger. Die Interessen- und Meinungsvielfalt der Einzelstaaten ist ein zusätzlicher Schutz für die Unabhängigkeit der EZB, die deshalb auch de facto größer ist als die der Bundesbank zu DM-Zeiten.

Ein teuer erkaufter Erfolg

Die EZB war stets darauf bedacht, die von der Deutschen Bundesbank seit den 1970er Jahren betriebene Geldpolitik fortzusetzen und die Inflation strikt zu bekämpfen. Im Gegensatz zum früheren "Stop and Go" in der Geldpolitik war der Deutschen Bundesbank die Inflationsbekämpfung im Laufe der 1980er und 1990er Jahre durch eine Verfestigung der Geldmengen-Entwicklung immer besser gelungen – jedoch hat sie dabei auch in Kauf genommen, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland treppenartig anstieg und trotz zwischenzeitlicher Konjunkturerholungen ein Niveau erreicht hat, das man sich früher nicht hätte vorstellen können. (Fragen der Freiheit Nr. 265/2004, S. 13)

Die Arbeitslosigkeit ist in Deutschland inzwischen auf 4,5 Millionen angestiegen. In den Euro-Ländern waren im Dezember 2003 insgesamt 12,3 Millionen arbeitslos, das sind 8,8%. (EZB-Jahresbericht 2003, Seiten 57 und 59) Den-

noch wurde die Politik der Inflationsbekämpfung beharrlich fortgesetzt. Über eine Disinflation führte sie in eine bedenkliche Nähe zur "Abbruchkante Deflation". Als Disinflation bezeichnet man das von den Notenbanken im Kampf gegen die Inflation bewusst herbeigeführte Sinken von Inflationsraten. Auf verschuldete Unternehmen und Privatpersonen wirkt eine Disinflation wie eine echte Deflation. Die Schulden werden drückender, da die Schuldner in Zeiten höherer Inflationsraten hohe Zinsen vertraglich akzeptiert haben, weil sie mit Preissteigerungen für ihre Produkte oder mit inflationsbedingten Steigerungen ihrer Lohneinkommen gerechnet haben. Die EZB verfolgte bislang das Ziel, die Inflation dauerhaft auf "unter 2%" zu senken. Da sich bei gleichzeitig sinkenden Zinsen die "Liquiditätsvorliebe" des Geldes (Keynes) verstärkt, brachte diese beharrliche Inflationsbekämpfung die Wirtschaft an den Rand des Umkippen in eine Deflation, deren Überwindung in Japan nun schon seit einem Jahrzehnt nicht gelingen will.

Macht es Greenspan besser?

Nachdem die amerikanische Notenbank nach dem Ende eines längeren Booms die Leitzinsen bis zum Sommer 2003 in 13 Schritten von 6,5 auf 1% gesenkt hatte und parallel dazu die Inflation trotzdem stark absank, bezeichnete ihr Präsident Allan Greenspan ein noch weiteres Sinken der Inflationsraten als "unerwünscht". Es ist nach drei Jahrzehnten der monetaristischen Geldmengensteuerung wirklich neu, dass ein Notenbankpräsident das weitere Sinken von Inflationsraten als "unerwünscht" und als das unbedingt zu vermeidende schlimmste Risiko bezeichnet.

Bevor er sich zur Notenbankpolitik äußert, lässt Greenspan regelmäßig die Wahrscheinlichkeit unterschiedlicher Inflations- und Wachstumsraten untersuchen. Er schildert dann die verschiedenen Möglichkeiten und warnt seit einiger Zeit insbesondere vor 'japanischen' Verhältnissen. Eine Deflation betrachtet Greenspan als die größte Gefahr für die amerikanische Wirtschaft, weil die Notenbank dann erfahrungsgemäß ihre geldpolitischen Steuerungsmöglich-

keiten weitgehend verliert. Sie kann zwar die Zinsen zunächst noch weiter senken; aber dann erreichen sie die berühmte Nullzinsgrenze, d.h. unter Null Prozent kann die Notenbank ihre Leitzinsen nicht senken, weil zu negativen Zinsen keine Geschäftsbank mehr kurzfristige Kredite bei der Notenbank aufnimmt und weil sich Investoren und Konsumenten aufgrund ihres "Hangs zur Liquidität" (Keynes) bis auf weiteres in die liquide Kassenhaltung zurückziehen.

Während der letzten zwei bis drei Jahre hat sich deshalb der amerikanische Notenbankpräsident sehr deutlich dagegen ausgesprochen, die Inflation, die in den 1990er Jahren in den USA oberhalb von 3% lag, noch weiter zu senken. Seit dem Jahr 2000 war sie unter 2% gesunken – ähnlich wie bei uns in Europa. Wie hoch die Inflationsrate sein sollte, hat Greenspan im Gegensatz zur EZB allerdings nie gesagt. Die EZB hat ein konkretes Inflationsziel von unter 2% genannt, das die meisten Menschen als Geldwertstabilität empfinden.

Es bestehen also deutliche Unterschiede zwischen der EZB und der amerikanischen Notenbank. Von Greenspan gab es nur Warnungen vor dem allerschlimmsten ökonomischen Risiko, dass nämlich die Inflation allzu weit gegen Null absinken und in eine Deflation umkippen könnte. Dem müsse unbedingt entgegengesteuert werden. Leichte Preissteigerungen könne die Wirtschaft sehr viel besser verkraften als ein Sinken des Preisniveaus wie in Japan.

Der oberste Wirtschaftsberater des amerikanischen Präsidenten, Professor Gregory Mankiv, hat schon im Jahr 2001 einen amüsant zu lesenden Aufsatz mit dem Nachweis geschrieben, dass Greenspan in den 1990er Jahren eine Inflationsrate von 3% angestrebt habe, ohne dies öffentlich zu sagen. Es sei ihm gelungen, die Inflationsrate über 3% zu halten – was ein Sinken der Arbeitslosigkeit in den USA auf weniger als 5% begünstigte. Greenspan setzte sich damals gegen die geradezu zynische Forderung durch, die Arbeitslosigkeit im Interesse der Preisstabilität nicht weiter sinken zu lassen. Der Erfolg gab ihm recht; die Arbeitslosigkeit sank unter 5%, ohne dass die Inflationsraten nach oben gingen. Erst als die Lohn-Preis-Spirale wieder

in Gang kam, erhöhte Greenspan die Zinsen rasch und kräftig, um sie nach der Präsidentschaftswahl im Herbst 2000 ab Januar 2001 wieder zügig zu senken – bis auf den historischen Tiefststand von einem Prozent. Der Leitzins der amerikanischen Notenbank blieb dann lange auf dem Stand von einem Prozent! Der Leitzins der EZB war mit 2% doppelt so hoch, was für die internationalen Kapitalströme natürlich eine Rolle spielt, weil vom Leitzins das kurzfristige Zinsniveau abhängt. Kleine Differenzen in dem vom Leitzins vorgegebenen kurzfristigen Zinsniveau haben einen erheblichen Einfluss auf die – oft spekulativen – internationalen Kapitalströme.

Die Zinsen sind in den USA im Jahr 2000 eindeutig zu stark angehoben worden und ihre Erhöhung ist (wohl wegen der Präsidentschaftswahl) zu spät korrigiert worden. Daraufhin stürzten die Inflationsraten in Amerika ab und die Arbeitslosigkeit stieg wieder massiv an. Die durch die Zinserhöhung im Jahr 2000 eingeleitete Disinflation konnte auch durch dramatische Zinssenkungen nicht rechtzeitig gestoppt werden. Es entstand eine erhebliche Deflationsgefahr und es hat Jahre gedauert, bis sich die amerikanische Wirtschaft davon erholte, die Arbeitslosigkeit wieder zurückging und die Inflationsraten wieder ein wenig anstiegen. In der zweiten Jahreshälfte 2004 hat die US-Notenbank begonnen, wieder ein "normales" Leitzinsniveau anzusteuern, damit die Inflationsraten von der guten Konjunktur nicht zu sehr nach oben gezogen werden. Damit endet eine historisch einzigartige Niedrig-Zins-Periode in den USA. Nach wie vor bleibt jedoch unklar, welches Inflationsniveau die amerikanische Notenbank tolerieren wird. Konjunkturpolitisch ist sie neuerdings jedenfalls wieder erfolgreicher als die EZB, die sich nie fragt, ob die schwache Binnennachfrage eine Folge ihrer strikten Begrenzung der Inflationsraten auf "mittelfristig unter 2%" sein könnte.

Die USA brauchten Jahre, bis die Wende auf dem Arbeitsmarkt erreicht wurde; aber es gelang ihnen viel rascher als den Japanern, die Konjunktur wieder in Gang zu bringen. In Japan stagnierte die Wirtschaft über ein Jahrzehnt, obwohl die japanische Notenbank die Leitzinsen

schließlich auf 0,1% gesenkt hat. Bislang galt als unvorstellbar, dass der Kapitalmarkt dem Staat langfristige Kredite (10-jährige Staatsanleihen usw.) für 1% Zins gibt. Allerdings ist beim Vergleich von Nominal- und Realzins die japanische Deflationsrate von 1% zu berücksichtigen, so dass der Realzins also 2% betrug. 2% für 10-jährige Staatsanleihen – das ist ein unvorstellbar niedriges Zinsniveau für die internationalen Kapitalmärkte insgesamt. Kein Wunder, dass Japan viel Kapital nach Amerika exportiert.

Die großen Währungsräume Dollar, Euro, Yen und britisches Pfund verfolgen unterschiedliche währungspolitische Ziele. Deswegen müssen die Wechselkurse zwischen ihnen viel ausgleichen. Der Euro-Kurs zum Dollar strebt nach einer gewaltigen Talfahrt jetzt auf eine Höchstmarke zu, weil die Defizite der amerikanischen Zahlungsbilanz und des amerikanischen Staatshaushalts die dominante Weltstellung dieser Währung und ihres starken Wirtschaftsraumes überkompensieren.

In die Sackgasse Dauerrezession?

Der Konjunkturverlauf ist im Euro-Land nicht mehr, was er früher einmal war: Seitdem größere Schwankungen der Inflationsraten überwunden sind und die Inflationsrate insgesamt geringer ist, sinkt die Arbeitslosigkeit nicht mehr wie nach früheren Rezessionsphasen im Aufschwung deutlich ab, sondern sie steigt mit jeder Rezession treppenartig an auf ein Niveau, das sich auf längere Sicht sozialpolitisch nicht durchhalten lässt.

Bei der bestehenden Struktur des Geldes, die es dem Geldbesitzer erlaubt, sich bei einem gegen Null sinkenden Zinsniveau in die liquide Kassenhaltung zurück zu ziehen, lässt sich

1. der alte Konflikt zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit nicht auflösen und
2. nicht verhindern, dass eine allzu rigide Inflationsbekämpfung sogar die Gefahr einer Deflation heraufbeschwört.

An diese Problemkonstellation tasten sich die Notenbanken erst ganz langsam heran. Sie merken allmählich, dass ihr 'monetaristisches' Streben nach einer absoluten Geldwertstabilität

aufgrund der "Liquiditätsvorliebe des Geldes" (Keynes) für die Realwirtschaft verheerende Konsequenzen hat. Es wird spannend bleiben, das begonnene Umdenken in Notenbankkreisen weiter zu beobachten.

▪ Konjunkturlokomotive USA?

Derzeit hofft die ganze Welt, dass die Konjunktur in den USA wieder voll anspringt und in einen sogenannten selbsttragenden Aufschwung übergeht. Tatsächlich steigen die amerikanischen Wachstumsraten (über 4% real) – allerdings nahm dort die Arbeitslosigkeit noch kaum ab, so dass sich die Sorge vor einer "jobless recovery", also vor einem Aufschwung ohne neue Jobs ausbreitete. Die Unternehmen blieben auf die Senkung der Lohnkosten bedacht und deshalb sehr zurückhaltend mit der Einstellung neuer Arbeitskräfte. Erst in den letzten Monaten nahm die Beschäftigung wieder etwas zu. Solange sich auf dem Arbeitsmarkt keine wesentliche Besserung abzeichnete, kam für Greenspan eine nennenswerte Zinserhöhung zur Bekämpfung einer zu erwartenden Inflation nicht in Frage. Die Leitzinsen dürften in den USA vorerst nur sehr zaghaft angehoben werden. Greenspan erhofft sich wahrscheinlich steigende Inflationsraten in den USA, ohne dies in der Öffentlichkeit zuzugeben. Er wird allenfalls darauf hinweisen, dass eine Zunahme der Inflation mit erträglicheren Risiken verbunden ist als eine noch weitere Preisniveausenkung wie in Japan.

Angesichts der japanischen Deflation und der Befürchtung einer Deflation in den USA ist in amerikanischen Notenbankkreisen eine Diskussion über den Gedanken von Keynes in Gang gekommen, den Liquiditätsvorteil des Geldes mit Hilfe "künstlicher Durchhaltekosten" zu neutralisieren. Insbesondere Prof. Marvin Goodfriend vom Federal Reserve Board in Richmond setzte sich für die Ausstattung aller Geldscheine mit Magnetstreifen ein, mit deren Hilfe das Geld mit "künstlichen Durchhaltekosten" belastet werden könnte. Auf diese Weise ließe sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes verlässlich stabilisieren, so dass eine Nullinflation nicht mehr mit der Gefahr eines Umkippen der Wirtschaft in eine Deflation verbunden wäre. Jedoch bleibt vorläufig ungewiss, wie weit dieser Vorschlag

überhaupt vom Rand des FED in seine höheren Entscheidungsebenen vorgedrungen ist.

Einstweilen hofft die übrige Welt, dass es den USA unter den gegebenen monetären Rahmenbedingungen gelingt, die Funktion als Konjunkturlokomotive wieder zu übernehmen und dass Deutschland und andere europäische Länder dann wieder über eine entsprechende Exportkonjunktur von der guten amerikanischen Konjunktur mitgezogen werden. Allerdings haben Exportüberschüsse auch ständige Kapitalexporte und weltwirtschaftliche Ungleichgewichte zur Folge. Wenn die Exporte nicht durch Importe ausgeglichen werden, schlägt sich der fehlende Ausgleich der internationalen Geldströme in Kapitalexporten oder in steigenden Gold- und Devisenreserven nieder. Inzwischen gestehen die Notenbanken einen Überschuss an solchen Reserven auch offiziell ein.

▪ Geldpolitisches Umdenken in der EZB?

Ebenso wie sein Vorgänger Duisenberg erweist sich bisher auch der neue EZB-Präsident Trichet als ein Hardliner der Geldwertstabilität, dem die Wirkung der Geldpolitik auf Konjunktur und Beschäftigung ziemlich gleichgültig ist. Trichet und auch Prof. Issing als Chefvolkswirt der EZB glauben noch immer daran, dass die Geldwertstabilität eine Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und steigende Beschäftigung sei. Aber trotz der erreichten niedrigen Inflationsrate bleibt das erhoffte Wirtschaftswachstum noch immer aus.

Immerhin kündigt sich in der EZB ähnlich wie in der amerikanischen Notenbank insofern ein Umdenken an, als auch sie erkannt hat, dass bei allem Streben nach niedrigen Inflationsraten ein "Sicherheitabstand von der Deflation" unerlässlich ist. (Background Studies; Fragen der Freiheit Nr. 265/2004, S. 15). Im Frühjahr 2003 hat die EZB förmlich beschlossen, ihr währungspolitisches Ziel neu zu definieren: Sie strebt seither Inflationsraten "von mittelfristig unter, aber nahe 2%" an. (EZB-Jahresbericht 2003, S. 10 und 16) Sie sieht damit den Auftrag der europäischen Verträge, Geldwertstabilität zu erreichen, immer noch als erfüllt an. Und darüber sollte man mit ihr auch nicht streiten, denn die Menschen verhalten sich bei so niedrigen Infla-

tionsraten tatsächlich schon wie bei vollständiger Geldwertstabilität im Sinne einer Nullrate der Geldwertveränderung.

Der Euro ist zu stabil

Die EZB stellt aufgrund empirischer Untersuchungen fest, dass sich die Inflationserwartungen in der Bevölkerung und an den Kapitalmärkten auf dem von ihr angestrebten Niveau stabilisiert haben. (EZB-Jahresbericht 2003, S. 18) Dazu haben die geringen Zielverfehlungen sicher beigetragen; die Märkte glauben, dass die EZB die bekannt gegebenen Ziele ernsthaft und erfolgreich anstrebt. Und das ist eine wirklich neue währungspolitische Lage im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten der Disinflation, in denen die Menschen immer noch in Inflationsfurcht lebten – mal mehr und mal weniger. Aber vor allem ihre mittel- und langfristigen Vermögensdispositionen blieben immer geprägt von der Furcht vor einem Wiederaufflammen der Inflation. Damit ist jetzt Schluss. Dieser Wandel der Inflationserwartungen kann in seinen realwirtschaftlichen Folgen gar nicht überschätzt werden! Wir leiden an diesen Folgen schon seit einigen Jahren und müssen uns darauf einstellen, dass sie anhalten werden, solange die alte Inflationsfurcht nicht zurückkehrt.

Bisher konnten wir nur aufgrund währungstheoretischer Erwägungen vor der Geldwertstabilität warnen; jetzt sind wir mittendrin und die Menschen haben es gemerkt – ja, sie vertrauen darauf und sie verhalten sich so, wie es währungstheoretisch vorhersehbar war. Sie geben ihr Einkommen nicht vollständig aus, sondern verharren unentschlossen in der Liquiditätshaltung und warten auf das nächste Schnäppchen und die nächste Rabattschlacht; die Konsumneigung und die Einzelhandelsumsätze stagnieren seit Jahren.

Auch den Teil ihres Geldes, den sie zu ihren Ersparnissen rechnen, halten die Menschen liquide und legen ihn nicht so langfristig an, wie sie ihn eigentlich entbehren könnten. Als Nachklang früherer Erfahrungen mit stets schwankenden Inflationsraten und infolgedessen stets schwankenden Zinsen, meinen viele Kapitalanleger im-

mer noch, es werde sich langfristig lohnen, auf höhere Zinsen zu warten, auch wenn man bis dahin mit den sehr niedrigen kurzfristigen Zinsen zufrieden sein müsse. Damit haben sie in den letzten Jahren schon viel Geld verloren, denn die langfristigen Zinsen waren, wenn auch niedriger als früher, so doch deutlich höher als die kurzfristigen. Die Zinsstrukturkurve hatte einen durchaus normalen Verlauf.

Die volle Wirkung der "gefühlten" Geldwertstabilität auf den Kapitalmarkt ist noch nicht eingetreten, und sie ist auch noch nicht absehbar. Denn einerseits werden wir sie erst haben, wenn das verbreitete und immer wieder empfohlene Warten auf die Rückkehr höherer Zinsen am langen Ende des Kapitalmarktes endgültig verschwunden sein wird. Andererseits wird sich als nachhaltige Folge der "gefühlten" Geldwertstabilität voraussichtlich ein starkes Ausleben des "Hanges zur Liquidität" beobachten lassen: Man bleibt liquide, obwohl man nicht mehr mit künftig höheren Zinsen für langfristige Anlagen rechnet, also die Zinsstrukturkurve als dauernd stabil beurteilt. Man gibt sich mit kurzfristigen Zinsen in Höhe der erwarteten Inflationsrate zufrieden, also mit einer Realverzinsung von Null Prozent. Nur wer sein Geld auf unverzinslichen Konten oder bar hält, erleidet einen geringen Inflationsverlust. Aber geringe Verluste kann man ja in gewissem Maße verkraften und dafür die Dispositionsfreiheit der uneingeschränkten Liquidität genießen – nur gesamtwirtschaftlich tut das nicht gut.

Wie lange noch?

Währungstheoretisch muss man vom freiwirtschaftlichen Standpunkt aus bezweifeln, dass der gegenwärtige Zustand

- der Inflationsraten nahe 2% und
- der Lage der Zinsstrukturkurve

stabil bleibt. Bei "gefühlter" Geldwertstabilität und entsprechenden Inflationserwartungen ist die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes voraussichtlich nicht stabil genug und der Hang zur Liquidität zu stark ausgeprägt, als dass mit lang andauernder Stabilität der Inflationsraten und Zinsen gerechnet werden kann. Währungstheo-

retisch spricht aus freiwirtschaftlicher Sicht viel dafür, dass nur höhere Inflationsraten und entsprechend stabilisierte Inflationserwartungen zu stabilen Verhältnissen führen können. Solange man das Geld nicht mit Durchhaltekosten belastet, um die Umlaufgeschwindigkeit zu stabilisieren und den Hang zur Liquidität einzudämmen, können dies nur Inflationsraten und allgemeine Inflationserwartungen in der Größenordnung von 4% leisten; es dürfte sich sogar empfehlen, 5% anzustreben, weil der Stabilisierungserfolg dann sicherer zu erreichen sein wird. Die Inflationserwartungen lassen sich aber nur auf dem Niveau stabilisieren, das die Notenbank offiziell anstrebt. Davon ist die EZB noch weit entfernt.

Aber die EZB sieht sich mit einer neuen öffentlichen Diskussion konfrontiert, ob die monetaristische Säule ihres Politikkonzeptes noch das leistet, was sie in den letzten Jahrzehnten geleistet hat. Die EZB entzieht sich dieser Debatte nicht, beharrt aber in ihren Veröffentlichungen auf der Linie, dass mittelfristig ein enger Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Geldmenge und der Inflationsrate besteht. In den langen Jahren der Disinflationspolitik gab die Geldmengenentwicklung der Bundesbank und später der EZB die entscheidenden Hinweise auf das Ausmaß der künftigen Inflationsgefahren. Entlang dieses Weges erreichte sie schließlich das Ziel "gefühlter" Geldwertstabilität. Nun mehrten sich aber die Zweifel, ob das Konzept noch stimmt oder jemals gestimmt hat. Denn der Zusammenhang zwischen der Geldmengen- und der Geldwertentwicklung wird offensichtlich immer lockerer. Ihre Verbindung sei ein Gummiband, hieß es schon vor vielen Jahren im Wirtschaftsteil der FAZ.

Währungstheoretisch ist der Grund für das Versagen des traditionellen Erklärungsansatzes eindeutig in der Vernachlässigung der Umlaufgeschwindigkeit zu sehen. Schon die Bundesbank hat regelmäßig davon gesprochen, dass die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes "trendmäßig" sinke. Zur Kompensation erhöhte sie die Vermehrung der Geldmenge zunächst um 0,5% und später um 1% pro Jahr. Die EZB hat diese Politik der Kompensation ausdrücklich fortgesetzt, verschleierte aber die Höhe des Zuschlags. – Ge-

legentlich erscheint in der öffentlichen Debatte der Hinweis, dass die gesunkenen Inflationserwartungen ein Grund für das Sinken der Umlaufgeschwindigkeit seien. Aber systematische Untersuchungen über den Zusammenhang von Inflationserwartungen und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gibt es, soweit mir bekannt, noch nicht. Man stellt immer nur fest, dass die Entwicklung der Geldmenge für sich allein die Entwicklung der Wachstumsraten und der Inflationsraten nicht (mehr) erklären könne. Offensichtlich war der Zusammenhang eng, solange die Inflationserwartungen hoch waren – aber das ist lange her. Was gilt jetzt?

Zu denjenigen, die an der offiziellen Position der EZB eher zweifeln, scheint auch der neue Präsident der Bundesbank, Prof. Weber, zu gehören. Aber nach einigen kritischen Bemerkungen zu Beginn seiner Amtszeit, hüllt er sich jetzt wohl in kollegiales Schweigen. Bloße Zweifel erklären ja auch nichts. Mit ihnen verharret man in der Orientierungslosigkeit. Die kann sich ein einzelner Professor leisten, aber keine Notenbank. Sie braucht Analysen, die wirklichkeitsgerecht sind und die Basis ihrer währungspolitischen Aktionen sein können. Aber diese Analysen fehlen, solange man die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und die auf sie einwirkenden Faktoren nicht konsequent einbezieht.

Wie sehr die kurzfristigen Schwankungen und gar das "trendmäßige" Sinken der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes eine verlässliche Geldmengensteuerung erschweren, zeigt u. a. ein Blick auf die Entwicklung der Nachfrage nach den verschiedenen Banknotensorten. Vor allem die Nachfrage nach 500er Euro-Scheinen ist stark angestiegen – im Laufe des Jahres 2003 um 42,5%; die Stückzahl aller Banknoten stieg um 10,1% (EZB-Jahresbericht 2003, S. 99). Anders als die kleinen und mittleren Banknotensorten, die ihre Funktion als Tauschmittel auf den Märkten weitgehend erfüllen, werden gerade diese großen Sorten im täglichen Zahlungsverkehr kaum verwendet. Vielmehr dienen sie der zeitweiligen Hortung von Geld im In- und Ausland (9% des Wertes aller Eurobanknoten befinden sich im Ausland; EZB a.a.O.) sowie illegalen Geschäften (Korruption, Drogen-, Waffen- und

Menschenhandel usw.). Während der vorübergehende Mangel an Cent-Münzen in Deutschland für Schlagzeilen sorgte, spielt die Problematik der 500er Euro-Banknoten in öffentlichen Debatten bislang überhaupt keine Rolle.

Zukunftsperspektiven des Euro

Der Euro hat bisher vermutlich zur Festigung Europas als eines befriedeten Teils der Welt beigetragen. Er wird zunehmend ein Faktor der europäischen Identität; die Menschen akzeptieren ihn – ja, sie schätzen ihn. Mithin stellt sich die Frage, ob die bisherigen Erfahrungen erwarten lassen, dass sich der Euro weiterhin als Grundlage eines friedlich vereinten Europa bewähren und sich die Euro-Zone erweitern wird. Von den östlichen Beitrittsländern, die sich möglichst bald der Euro-Zone anschließen möchten, erfüllen bislang nur die baltischen Staaten und Slowenien die Konvergenzkriterien, während die Staatsschulden und Inflationsraten in Polen, Tschechien und Ungarn noch weit oberhalb dieser Kriterien liegen; aber sie strengen sich an. Die Länder, die skeptisch draußen verharren, bleiben eine Herausforderung für Euro-Land und die EZB, eine überzeugendere und erfolgreichere Währungspolitik zu realisieren.

Was zu wünschen bleibt

Statt den Euro wegen der bisherigen Unzulänglichkeiten der EZB-Politik schlecht zu reden oder gar sein Ende zu prophezeien, wäre es sinnvoller, das langsam sichtbar werdende Umdenken in den Notenbanken kritisch zu beobachten und in der geldpolitischen Diskussion immer wieder auf die weiterführenden Vorschläge von Goodfriend hinzuweisen – übrigens gibt es entsprechende Vorschläge auch innerhalb der englischen Notenbank von den Professoren Buiter und Panigirtzoglou. In kritischer Begleitung der Geldpolitik der EZB sollte immer wieder deutlich gemacht werden, dass sich die Inflation tatsächlich auf Null senken ließe – und zwar ohne die Gefahr einer Deflation –, wenn der "Liquiditätsvorteil des Geldes" mit Hilfe "künstlicher Durchhaltekosten des Geldes" neutralisiert würde. Sie

würden die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes mit großer Sicherheit verstetigen und unter dieser Voraussetzung könnte auch das Zinsniveau – mit positiven Wirkungen für die Beschäftigung – dauerhaft gegen einen nahe Null liegenden neuen Gleichgewichtspunkt sinken, um den die Zinssätze dann je nach der Fristigkeit von Geldausleihungen innerhalb einer Bandbreite streuen können, die von den Durchhaltekosten einerseits und der Knappheit langfristigen Kapitals andererseits bestimmt wird. Die schwierige Gratwanderung zwischen der Skylla Inflation und der Charybdis Arbeitslosigkeit würde dann ebenso der Vergangenheit angehören wie die Gefahr des Absturzes der Wirtschaft in eine Deflation.

Eine so erreichbare Vollbeschäftigung würde den Arbeitenden durch das nachhaltige Sinken des Zinsniveaus zugleich ihren vollen Arbeitsertrag sichern und sie könnte längerfristig dazu beitragen, dass die bisherigen konjunkturellen und strukturellen Verwerfungen auf dem europäischen Binnenmarkt überwunden werden. Schließlich könnte eine solche Strukturreform des Euro auch den Streit zwischen den Befürwortern und Gegnern des Euro ad acta legen: Die mit Hilfe des Euro begonnene Integration der europäischen Märkte könnte nach einer solchen strukturellen Reform des Euro fortgesetzt und zugleich gekrönt werden, indem ein sich langfristig nahe Null einpendelndes Zinsniveau

1. es den Euro-Mitgliedsländern ermöglicht, sich aus der Schuldenfalle zu befreien und ihre Staatshaushalte zu stabilisieren, und indem

2. es durch die Überwindung des Zinseszins-effekts die Voraussetzung für eine gleichmäßigere Verteilung des Geld- und Realkapitals schafft – mit der Folge, dass die Märkte von mono- und oligopolistischen Machtgebilden befreit werden.

Unter solchen Umständen könnten sie auch den Schutz vor außereuropäischer Konkurrenz entbehren und vollständig geöffnet werden.

Solange jedoch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes dermaßen unkontrollierbar schwankend bleibt und sogar nachhaltig sinkt, sind Inflationsraten zwischen 3 und 5% eine unerlässliche 'zweitbeste Lösung', um die Umlaufgeschwindigkeit wenigstens halbwegs zu verstetigen und wieder mehr Beschäftigung zu ermöglichen. Dem kommt die EZB bereits entgegen, indem sie im Gegensatz zur früheren ablehnenden Haltung der Deutschen Bundesbank mittlerweile in größerem Umfang Indexklauseln zulässt. Die ungerechten Verteilungswirkungen solcher Inflationsraten lassen sich also zumindest teilweise kompensieren (Fragen der Freiheit Nr. 265, S. 12). Ab dem Jahr 2005 wird es sogar in Deutschland indexierte Staatsanleihen geben.

Und vorläufig stellen vielleicht auch Regionalwährungen ein sinnvolles Übungsfeld dar, auf dem sich erste praktische Erfahrungen im Umgang mit einem verlässlich zirkulierenden Geld sammeln lassen, die dann hoffentlich auch zu einem größeren geldpolitischen Bewusstseinswandel beitragen.

Kostendruck auf der Achterbahn der Ökonomie

"Ein erheblicher Teil der Kosten steht entgegen der schwammigen Definition der Betriebswirtschaftslehre nicht für einen realen Verbrauch von Gütern, sondern spiegelt die Vermehrung fremden Vermögens wider. ... Die Ökonomie missbraucht alles Lebendige, um sich maximal auszudehnen: Naturschätze und indigene Völker, Kinder und Kultur, Zeit und Gesundheit, Spiel und Muße, Familien und Betriebe, das Weltklima und Feiertage, Wasser und Wale. ... Wenn darüber nachgedacht wird, wie den Illusionen entgegengewirkt werden kann, mit denen die Begriffe Vermögen, Kosten und Gewinn aufgeladen sind, muss auch über das gegenwärtige Geldsystem nachgedacht werden."

aus: Prof. Dr. Arno Gahrman und Henning Osmer – Zukunft kann man nicht kaufen.
Bad Honnef 2004, S. 113, 162, 175 und 177–178.

B E R I C H T

■ Das Neue Kreisau – Von der Wiederentdeckung des Ortes zum heutigen Engagement für die Ideen des Kreisauer Kreises in Deutschland und Polen

Das ehemalige schlesische Dorf Kreisau liegt heute in Polen und heißt Krzyżowa. Nachdem während des 2. Weltkrieges hier die Familie Moltke lebte, die sich im Widerstand gegen Hitler mit Freunden zusammengefunden hat, wurde der Ort nun zu einem Zentrum für engagierte Bürger aus verschiedenen Ländern Mitteleuropas. In den 1990er Jahren wurden dank des Einsatzes einer internationalen Bürgerinitiative und durch die finanzielle Unterstützung Deutschlands und Polens eine Jugendbegegnungsstätte, eine Gedenkstätte und eine Europäische Akademie auf dem Gelände des ehemaligen Gutshofes eingerichtet. Auch die Arbeit deutscher – und demnächst tschechischer – Freiwilliger in dieser Einrichtung lässt Kreisau heute zu einem guten Beispiel für zivilgesellschaftliches Engagement beim Aufbau eines gemeinsamen Europas werden.

Die Entstehung der Stiftung Kreisau als deutsch-polnische Bürgerinitiative

In den späten 1980er Jahren entstand in Deutschland und Polen eine gesellschaftlich breit angelegte Bürgerinitiative, die sich auf die Ideen des Kreisauer Kreises und den Ort Kreisau/Krzyżowa bezog. Wie vieles, was sich in den Jahren 1989 und 1990 in Deutschland, Polen und anderen mitteleuropäischen Staaten ereignet hat, war auch diese Entwicklung nur durch eine Reihe glücklicher Umstände möglich geworden. Insgesamt drei Tagungen sollten Menschen zusammenbringen, die sich in Anlehnung an Gedanken und Entwürfe der "Kreisauer" für gesellschaftliche Veränderungen in Mitteleuropa einsetzten.

Das erste dieser Treffen fand im Sommer 1988 im amerikanischen Bundesstaat Vermont statt. Hier hatte Eugen Rosenstock-Huussy, ein Sozialreformer, der bis 1933 in Breslau lehrte und seinerzeit Lehrer und Vertrauter des jungen Kreisauers Helmuth James von Moltke war, seit

seiner Emigration gelebt und gearbeitet. Aus Anlass seines 100. Geburtstages hatte die Eugen-Rosenstock-Huussy-Foundation zu einer Konferenz zum geistigen Erbe des Philosophen eingeladen. Unter anderem kamen viele Interessenten aus Deutschland und den Niederlanden, die gemeinsam die Idee hatten, den Ort wiederzubeleben und aus dem Kreisauer Gedankengut heraus die freiheitlichen Oppositionsbewegungen in Mittel- und Osteuropa zu unterstützen. Für die Umsetzung waren aber weitere Kontakte in Polen nötig, die über den ideologisch unbelasteten Ansatzpunkt der Ökologie geknüpft werden konnten.

Da viele Vertreter aus Ostdeutschland und Polen zu dieser amerikanischen Tagung nicht anreisen konnten, wurde eine Folgekonferenz in Ostberlin für den Herbst 1988 vereinbart. Aus Polen reiste ein Vertreter der polnischen Jesuiten an, der polnische Interessierte eines "neuen Kreisaus" ansprechen konnte. Parallel dazu versuchten der kürzlich verstorbene Bürgerrechtler Wolfgang Ullmann und andere, über die Aktion Sühnezeichen alte Kontakte nach Polen wiederzubeleben.

Von beiden Seiten wurde der Breslauer Klub der Katholischen Intelligenz (KIK) angesprochen, der sich in Polen bereits seit den 1950er Jahren um eine offenere Gesellschaft und die Verständigung mit den westlichen Nachbarn einsetzte. Die Idee der Belegung des Kreisauer Gedankenbogens stieß hier auf große Zustimmung, besonders bei der Familie Czapliński und Frau Ewa Unger, der damaligen Vorsitzenden des KIK. Dank ihres Einsatzes konnte im Frühjahr 1989 eine Konferenz "Christ in der Gesellschaft" stattfinden, deren Höhepunkt eine gemeinsame Fahrt von Breslau nach Krzyżowa mit der Besichtigung des alten verfallenen Gutshofes war. Als ein besonderes Zeichen wird heute immer noch gesehen, dass diese Fahrt gerade am Tag der ersten freien Wahlen in Polen stattfand. Von vielen der heute noch um Kreisau bemühten Menschen aus Deutschland, Polen und anderen Ländern wird das Treffen am 4. Juni 1989 in Breslau und Krzyżowa als die Initialzündung für die Errichtung einer Jugendbegegnungsstätte in Kreisau verstanden. Die Teilnehmer/innen waren von der Stimmung und dem Enthusiasmus dieser Tage so begeistert,

dass sie ihre Energie in die verschiedenen Umfelder trugen, denen sie entstammten. Das Projekt Kreisau begann zu wachsen.

Eine der ersten Auswirkungen der Breslauer Tagung im Juni 1989 war die Gründung der Kreisau-Initiative Berlin e.V., die sich am Tag nach dem Mauerfall als einer der ersten gesamtdeutschen Vereine in Berlin zusammenfinden konnte. Die Gründung eines Vereins war auch deshalb notwendig geworden, weil der gesamte Gutshof zum Verkauf stand und die Berliner Geld sammelten (insgesamt 10.000 DM), um dem KIK den Erwerb von Grund und Boden in Krzyżowa zu ermöglichen.

Für das Kreisauer Projekt sollte diese Zeit der Wunder jedoch noch nicht vorbei sein, denn während der historischen Tage um den 9. November war Bundeskanzler Kohl gerade auf Besuch in Polen – auch das ein wichtiges Ereignis in der Geschichte beider Länder. Für diesen Staatsbesuch war aber von Anbeginn auch ein Versöhnungsgottesdienst vorgesehen, der ursprünglich am schlesischen Annaberg stattfinden sollte, aufgrund dessen belasteter historischer Bedeutung aber schließlich in Kreisau am 12. November 1989 zelebriert wurde. Aus ganz Polen kamen Besucher, die auf dem notdürftig hergerichteten Gutshof kaum Platz fanden. Das Bild der Umarmung des deutschen Bundeskanzlers und des polnischen Premiers wurde mit dem Kniefall Willy Brandts verglichen. In Deutschland ging diese Versöhnungsmesse im Taumel des Mauerfalls unter, in Polen aber wurde sie als ein Zeichen für ein neues Verhältnis zu Deutschland gesehen.

Beide Regierungschefs verpflichteten sich in ihrer gemeinsamen Abschlusserklärung zur Errichtung einer internationalen Bildungsstätte. Das Projekt wurde durch die beiden Regierungen unterstützt, die Kosten durch die eben gegründete Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit gedeckt. Nach einigen amtlichen Schriftwechseln wurde diese Arbeit der Bürgerbewegung, die sich um den KIK und die deutschen Freunde gesammelt hatte, übertragen. Es war hier also nicht der Staat, sondern eine Bewegung von unten, die sich der Wahrung dieses Erbes annahm.

Im Juni 1990 konnte der Breslauer KIK das Grundstück und die Gebäude erwerben. Die Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung selbst wurde dann am 17. Juli 1991 im Kreisauer Berghaus gegründet. Zu diesem Anlass war die damals 78jährige Freya von Moltke mit ihrer Familie aus den USA angereist – das erste Mal offiziell seit 1946.

Was ist die Stiftung?

Was sind ihre Ziele?

Das einzige Kapital, das der Stiftung zur Verfügung steht, sind die Gebäude um den restaurierten Gutshof, das Schloss und das Berghaus. Ein immenses ideelles Kapital besteht aber auch in den Ideen und dem Engagement ihrer Mitglieder, verschiedenen Vereinen und Gruppen aus mehreren Ländern, die sich dem Gedankengut der Kreisauer verpflichtet fühlen. Mit der "Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung" sollten (ursprünglich) vier Ziele verwirklicht werden:

- Einrichtung einer Gedenkstätte für den Kreisauer Kreis und den zivilgesellschaftlichen Widerstand in Mittel- und Osteuropa
- Errichtung einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte
- Eröffnung einer Europäischen Akademie zur Erwachsenenbildung
- Betrieb eines Ökologischen Gutes zur Fortbildung polnischer Landwirte.

Die Jugendbegegnungsstätte

Die pädagogische Arbeit mit dem Ziel, Menschen trotz sprachlicher und weltanschaulicher Unterschiede einander näherzubringen, wird in Kreisau seit Beginn der 1990er Jahre verfolgt. Damals fanden jährliche Workcamps statt, die, an die Tradition der Löwenberger Arbeitslager aus den 1920er Jahren anknüpfend, mit praktischer Arbeit Verständigung über soziale und nationale Grenzen hinweg ermöglichten. In den ersten Jahren fanden diese Workcamps noch Arbeit auf dem Gutshof und in der Umgebung. Ihr Ziel war es, in bestimmtem Umfang an der Wiederherstellung des alten Gutshofes zu arbeiten. 1994 nahm dann die Jugendbegegnungsstätte ihren Tagungsbetrieb auf und Veranstaltungen fanden das ganze Jahr über statt, obwohl die Begeg-

nungsstätte erst im Sommer 1998, nach Abschluss aller Restaurierungsarbeiten, offiziell durch Bundeskanzler Kohl und Premier Buzek eröffnet wurde. 2004 feierte die IJBS Kreisau also inoffiziell ihr zehnjähriges Bestehen.

Als Ort, an dem die Bildungsarbeit für und mit Jugendlichen stattfindet, ist die Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Kreisau das größte Projekt der Stiftung Kreisau. Jugendbegegnungen, Kunstworkshops und Kurse, Seminare und Konferenzen, Diskussionen über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Europas und der Welt sind nur einige der hier veranstalteten Jugendprojekte. Derzeit finden jährlich etwa 100 Programme unterschiedlicher Art statt, an denen ca. 10.000 junge Menschen aus Polen, Deutschland und anderen Ländern Europas teilnehmen.

Europäische Akademie

Die Angebote der Akademie richten sich hauptsächlich an Erwachsene, an Lehrer, Studierende und Studienreisende. Mit ihnen und durch sie sollen Themen, die mit dem Erbe des Kreisauer Kreises in Verbindung stehen, bearbeitet werden. Aber eben auch Probleme der Gegenwart finden im Programm der Akademie ihren Niederschlag: Europäische Einigung, zivilstaatliche Prozesse in den Ländern Mitteleuropas, Stärkung der persönlichen Verantwortung und Zivilcourage sowie die Förderung der regionalen Identität in Niederschlesien.

Gedenkstätte

Die Gedenkstätte der Stiftung Kreisau hat sich dem Widerstand und der Opposition in den totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts verpflichtet. Hier wird an Menschen und Gruppen aus ganz Europa erinnert, die unter hohem persönlichen Risiko das Recht, die Freiheit und die Würde des Menschen verteidigten. Die Gedenkstätte ist dabei in erster Linie als eine Lernwerkstatt gedacht. Hier soll den Besuchern – also vor allem auch den Jugend- und Studiengruppen, die sich für eine längere Zeit in Kreisau aufhalten – die Möglichkeit gegeben werden, sich selbst auf die Suche nach Geschichte und Geschichten zu machen. Es ist an einen entdeckenden und gestalterischen Umgang mit Geschichte gedacht. Die Kreisauer Gedenkstätte ist also kein Museum,

sondern ein Ort der Erinnerung und Begegnung, ein Ort des gemeinsamen Nachdenkens über Vergangenheit und Zukunft.

Die inhaltliche und didaktische Gestaltung der Gedenkstätte übernahmen die Stiftung des Zentrums Karta aus Warschau und die Kreisau-Initiative Berlin. Sie haben die Dauerausstellung und die Nutzung des Berghauses konzipiert. Im Schloss Kreisau gibt es neben der Ausstellung eine Bibliothek sowie eine Mediothek.

Zentrum der Gedenkstättenarbeit ist aber das Berghaus, in dem die Familie von Moltke seit 1928 wohnte. Dieses Haus war der Tagungsort des "Kreisauer Kreises". Es wurde nach 1990 als Wohn- und Arbeitsort wiederhergestellt. Im Erdgeschoss befinden sich heute Gedenkräume und eine Bibliothek. Die anderen Räume werden von einer Familie und Stipendiaten bewohnt. So wird einer der Grundgedanken bei der Konzeption des Gedenkortes Kreisau umgesetzt: Das Berghaus sollte zu einem lebendigen Haus gemacht werden, einem Ort, an dem Menschen leben und arbeiten – es sollte eben nicht nur ein Museum sein.

Bilder und Hintergründe sowie weitere Informationen zur Arbeit der polnischen Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung sind unter der Internetadresse www.krzyzowa.org.pl auch in deutscher Sprache zu finden.

Freiwillige in Kreisau

Im Hinblick auf den zivilgesellschaftlichen Charakter der Kreisauer Begegnungsstätte ist die Anwesenheit und das Engagement von jungen Freiwilligen aus Deutschland und demnächst auch Tschechien nicht zu unterschätzen. Ich war 1996 bis 1997 einer von zwei deutschen Freiwilligen, die hier ihren anderen Dienst im Ausland statt eines deutschen Zivildienstes leisteten.

Nach dem Abitur war ich mit Pax Christi Aachen, einer kleineren Entsendeorganisation, die heute sieben Freiwillige in Polen und Kroatien betreut, in Polen. Bei dieser Organisation habe ich zunächst ein einmonatiges Praktikum in Aachen und danach einen Polnischsprachkurs an der Universität Wrocław absolviert. In einer ersten Einarbeitungsphase in Kreisau konnte ich mich dann mit dem historischen Hintergrund, der gesamten Einrichtung und der Situation als Frei-

williger, der sich zwischen hauptamtlich Angestellten und Gästen befindet, auseinandersetzen. Im Rückblick waren diese wichtigsten Monate gleichzeitig die schwersten: Der Winter in Kreisau war dunkel und einsam. Nur wenige Besucher kamen in die Begegnungsstätte und ich hatte hauptsächlich Kontakt mit meinem Freiwilligenkollegen und den Angestellten aus dem Dorf. Wichtig war diese Zeit vor allem in sprachlicher Hinsicht, denn nur in den Gesprächen mit den geduldrigen Mitarbeitern konnte ich mir eine polnische Sprachfähigkeit erwerben, die mir für die spätere Zeit bis heute wertvoll ist. Erst ab dem nächsten Frühjahr arbeitete ich verstärkt mit den Bildungsreferenten zusammen und betreute internationale Jugendgruppen und Seminare. Von da an merkte ich, wie ich in diesen Jugendgruppen eine Zwischen- und Vermittlerposition wahrnehmen konnte, wie ich – natürlicherweise – die polnischen Schüler aus einer distanzierten Position wahrnahm, aber auch den deutschen anders begegnete als noch vor kurzem. Diese Erfahrung gehört zu den wichtigsten, die ich aus der Zeit meines Freiwilligendienstes mitnehme. Meinen Dienst verstehe ich deshalb nicht in erster Linie als Versöhnungs-, Sühne- oder Friedensdienst, sondern eher als Lerndienst und Gewinn an Lebenserfahrung.

Um auch anderen solche Erfahrungen zu ermöglichen, haben meine Mitfreiwilligen aus Kreisau und ich im Februar 2001 das Freiwilligenetzwerk "Horizont" gegründet, das sich die Information und Betreuung von Freiwilligen im deutsch-polnischen Kontext zum Ziel gesetzt hat. Wir bemühen uns seit dieser Zeit, als Ansprechpartner für Interessierte und Interessenvertretung für Freiwillige zu fungieren. Informationen zu diesem Netzwerk gibt es unter www.horizont.org

Die Kreisau-Initiative heute

Die Kreisau-Initiative Berlin ist ein kleiner Verein, der eine Reihe von Programmen angestoßen und so zur Entwicklung des Neuen Kreisaus beigetragen hat. In Berlin unterhält der Verein ein Verbindungsbüro, das in Deutschland Öffentlichkeitsarbeit für die polnische Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung macht

und Ansprechpartner für verschiedene Förderer und Interessenten ist. Eines der Ergebnisse der Arbeit dieses Büros ist das Mercator-Stipendienprogramm. Dieses Programm richtet sich an Absolventen von Hochschulen aus verschiedenen mitteleuropäischen Ländern, die sich in verschiedenen Bereichen (Kunst, Geistes- und Kulturwissenschaften etc.) mit Mitteleuropa oder der Geschichte dieser Länder auseinandersetzen. Ihnen wird ein je dreimonatiger Aufenthalt im Berghaus in Kreisau ermöglicht, währenddessen sie sich in Ruhe ihrer Arbeit widmen können und möglichst eine Veranstaltung in der Begegnungsstätte anbieten sollen.

Neben solchen Projekten unterstützen wir auch kleinere Vorhaben im Dorf und der Umgebung. Für Mitglieder und Interessierte aus Deutschland bieten wir von Zeit zu Zeit Fahrten nach Kreisau an, um sie über die Entwicklungen vor Ort zu informieren. In Berlin hat der Verein sich in den vergangenen Jahren vermehrt auch in der Organisation von Veranstaltungen engagiert. So fand aus Anlass des 90. Geburtstags von Freya von Moltke ein Festakt in der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg statt und aus Anlass des 100. Geburtstags des früheren Gefängnispfarrers Harald Poelchau eine Veranstaltungsreihe (Konferenz, Gedenkstunde, Lesung mit Klaus Harprecht). Mit solchen Veranstaltungen versuchen wir, das Andenken an die Kreisauer und ihre Ideen im kulturellen Leben der Stadt Berlin lebendig zu erhalten.

Gegenwärtig wird die Gründung der Freya von Moltke-Stiftung für das Neue Kreisau vorbereitet. Diese Stiftung soll langfristig die Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt Kreisau in Deutschland sichern und einen finanziellen Rückhalt für die Arbeit der polnischen Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung bieten. Weitere Informationen über diese Stiftung sowie über die Arbeit der Kreisau-Initiative sind unter den Internetadressen www.fvm-stiftung.de und www.kreisau.de zu finden.

Bernd Böttcher

B Ü C H E R

■ Ute Frevert

Eurovisionen. Ansichten guter Europäer im 19. und 20. Jahrhundert

Frankfurt a.M.: S. Fischer Taschenbuch Verlag, 2003. 218 Seiten.

■ Thomas Meyer

Die Identität Europas. Der EU eine Seele?

Frankfurt a.M.: Suhrkamp-Verlag, 2004. 239 Seiten.

■ Harrie Salman

Die Heilung Europas. Das Erwachen des europäischen Selbstbewusstseins

Schaffhausen: Novalis Verlag, 1999. 329 Seiten.

■ Drei sehr unterschiedliche Bücher zur Identität und Aufgabe Europas sind hier vorzustellen. Am zugänglichsten ist das Erstgenannte von der Historikerin Ute Frevert, die an der Universität Bielefeld lehrt und vielen Lesern weithin Bekanntes gut strukturiert und einleuchtend deutet. Anders als der Titel erwarten lässt, porträtiert sie nicht einzelne visionäre Europäer, sondern beschreibt der Zeitachse folgend, wie die Europäer sich und die Mitbewohner ihres Kontinents wahrzunehmen lernten – in ihren Eigentümlichkeiten, Differenzen und Kohäsionen.

Die Autorin geht davon aus, dass sich das Zugehörigkeitsbewusstsein zu Europa zum Einen in Konkurrenz mit anderen Identifikationen von der Familie bis zum Nationalstaat entwickle und zum Andern in Auseinandersetzung mit außereuropäischen Regionen. Dementsprechend richtet sie ihren Blick abwechselnd nach außen und nach innen. Die Selbstbezeichnung als Europäer tauche erstmals um das Jahr 732 auf, als eine Streitmacht unter dem fränkischen Hausmeier Karl Martell bei Poitiers ein arabisches Invasionsheer besiegte. Auch die Kreuzzüge, die Abwehr der Türken vor Wien und vor allem die Entdeckungsreisen der Seefahrer zu anderen Kontinenten und Völkern boten Europäern Gelegenheit, sich als Okzident und zivilisierter Mittelpunkt der Welt zu begreifen.

Für das 19. Jahrhundert betrachtet die Autorin zunächst die europäische Binnendifferenzierung durch Feind- und Freundschaften zwi-

schen Nationalstaaten, Rivalitäten und Verbindendes, Letzteres vor allem in Kultur und Wirtschaft. Indem sie immer wieder den Blickwinkel verändert und verschiedenste Aspekte einbezieht, gelingt ihr ein sehr umfassendes Bild der europäischen Gesellschaft.

Ein nächstes Kapitel ist dem Verhältnis Europas zu seinen Kolonien gewidmet und dem sich daraus speisenden Überlegenheitsgefühl (das britische "Empire als männliche Heldenfabrik"). Rivalitäten führten in den zweimaligen "europäischen Bürgerkrieg" des 20. Jahrhunderts und dieser wiederum zum Aufstieg anderer Mächte, der USA und der Sowjetunion.

"Das geteilte Europa im Schatten der Supermächte" heißt ein nächstes Kapitel, das die Satellitisierung und die langsamen und doch erfolgreichen Schritte der zunächst westeuropäischen Einigung durch Europarat, Montanunion und EWG/EU schildert. Auch wenn von der in den ersten Nachkriegsjahren noch lebendigen Suche nach einem "Dritten Weg" jenseits von Kapitalismus und Kommunismus kaum etwas übrig geblieben sei, habe Europa mit seinen sozialstaatlichen Strukturen etwas zu bieten.

Chancen und Risiken des europäischen Projekts nach 1989 behandelt die Autorin im letzten Kapitel, nennt Freiheit, Chancengleichheit und Solidarität als anerkannte Werte, aber auch die Neigung, sich wie eine Festung gegen den Zustrom aus verarmten Ländern des Südens abzuschotten. Um sich die Verantwortung Europas stärker bewusst zu machen, ist die faktenreiche und mit zahlreichen Hinweisen auf weiterführende Literatur versehene Schrift von Ute Frevert ein guter Einstieg. –

■ Der Autor des zweiten Buches, Thomas Meyer (Jg. 1943), ist Politikwissenschaftler und lehrt an der Universität Dortmund. Sein Gegenstand ist dem gemäß primär die Politik, und zwar – entgegen dem weiter gefassten Obertitel – nur die der Europäischen Union. Nach deren Identität und Aufgabe fragt er und dies angesichts zahlreicher Fallstricke und Missbräuche bei politischer Identitätssuche durchaus vorsichtig. Doch wenn die Menschen sich mit der EU ein Stück weit identifizieren sollen, brauche es mehr als einen funktionierenden Binnenmarkt.

Die Entpolitisierung der politischen Prozesse habe die Entpolitisierung der Bürger Europas produziert und erweise sich heute als Haupthindernis europäischen Bürgerbewusstseins. Eine kulturelle Identität Europas könne es angesichts der Vielfalt europäischer Kulturen nicht geben, wohl aber eine politische. Politische Identität sei vor allem ein Produkt politischer Konstruktionsleistungen und politischer Öffentlichkeit. Sie zeige sich in der Identifikation mit den für alle verbindlichen Institutionen, in der Herausbildung einer politischen Kultur und in politischen Zukunftsprojekten. In der EU fehle es dafür noch an Vielem, insbesondere an Öffentlichkeit ihrer Entscheidungsvorgänge und klaren Kompetenzzuweisungen.

Im ersten und längsten Teil des Buches klärt der Autor in solcher Weise die begrifflichen Grundlagen, u.a. auch das Verhältnis von nationaler und europäischer Identität. Auch der zweite Teil ("Befunde") ist Grundsätzlichem gewidmet. Seit die Aufklärung Wissen und Glauben getrennt habe, basiere die Kultur in Europa nicht mehr auf einer Religion, sondern sei eher das Zerfallsprodukt der Auflösung ihrer Einheit, weswegen die Europa verbindende Kultur der Moderne nur eine politische und nicht eine kulturelle Lebensweise sein könne.

"Es ist das Paradox der europäischen Identität, dass sie als kulturelle nicht möglich ist, denn keine der partikularen kulturellen Identitäten in Europa hätte die Chance, zur Identität des Kontinents zu werden. Die politische Identität aber, die diese Vielfalt heute ermöglicht, basiert auf universellen Grundwerten, die überall auf der Welt Gültigkeit beanspruchen. Das Besondere, auf das sich Identität allein noch stützen kann, ist darum nichts anderes als die politische Einheit der europäischen Union. Die europäische Kultur ist zum globalen Material geworden, das in die Prozesse der Selbstreflexion und der Erfahrungsverarbeitung der meisten anderen Kulturen eingeflossen ist." (S. 91)

Im dritten Teil ("Herausforderungen") verweist der Autor mit dem Abschnitt "Auschwitz in Europa" auf die Schattenseite dieses Kontinents, behandelt das Verhältnis zu den USA, deren Unilateralismus nicht zukunftsfähig sei, und befür-

wortet den EU-Beitritt der Türkei. Eine Mitgliedschaft des Riesen Russland lehnt er dagegen mit ebenso pragmatischer Begründung ab.

Im vierten Teil ("Bausteine") würdigt er u.a. die Verständigungsrolle der englischen Sprache. Am substanziellsten ist der fünfte Teil ("Orientierungen"), wo er drei übergreifende Elemente einer politischen Identität Europas benennt:

- "Europa als partizipative regionale Demokratie, in der sich informierte Bürger in der Zivilgesellschaft und in den Parteien aktiv an den Entscheidungsprozessen beteiligen" (einschließlich Rechtsstaatlichkeit und Multikulturalität);

- "Europa als Sozialregion, in der überall die sozialen Grundrechte gesichert und die Märkte in einen umfassenden Sozialstaat eingebettet sind;"

- "Europa als zivile Weltmacht, für die Krisenprävention und zivile Formen der Konfliktlösung Vorrang vor dem Einsatz militärischer Gewalt haben" (einschließlich Entwicklungspartnerschaft, S.188).

Wie die Rahmenbedingungen der Wirtschaft für eine "Sozialregion" verändert werden müssten, bleibt weitgehend offen; Systemkritik ist nicht Meyers Anliegen. Unter Berücksichtigung der globalen Ebene geht es ihm um neue Formen einer flexiblen politischen Mehrebenenidentität. Für eine kosmopolitische Weltbürgerschaft sei die europäische als Zwischenstufe von bleibender Bedeutung.

Die Suche nach einer kulturellen Identität des Kontinents Europa könne eingestellt werden. "Die Hervorbringung einer politischen Identität der Europäer aber, als Handlungsorientierung der Selbigkeit von Entscheidungsbetroffenheit und Verantwortung, ist zur Lebensnotwendigkeit für Europa in der globalisierten Welt geworden" (S.232). Diese politische Identität sei kein Erbe und kein Besitz, "eher schon das Ausschlagen einer Erbschaft" und ein bewusst zu organisierender Produktionsprozess, keine Seele Europas, aber Quelle seiner demokratischen Vitalität und Handlungsfähigkeit.

Thomas Meyers Buch ist intelligent, sprachgewandt, in sich schlüssig und in den Orientierungen für die EU-Politik überzeugend und doch in seiner Rationalität die Tiefenschichten der Aufgabe Europas nicht erfassend, abstrakt und eindimensional. Dies wird deutlich, wenn man seinem Buch das von Salman gegenüberstellt. –

■ Harrie Salman (Jg. 1953) ist niederländischer Kulturphilosoph und Soziologe mit vielfältigen Sprachkenntnissen und Lehrauftrag an der Karls-Universität Prag. Sein Adressat ist nicht die EU, sondern sind die Menschen in Europa, in deren Bewusstsein Europa bisher nicht lebe. Europa müsste als Kulturgemeinschaft, die zwischen Amerika und Asien die ausgleichende Mitte schaffe, neu gegründet werden. Diese Aufgabe könne die Europäische Union nicht erfüllen. Statt dessen werde eine neue Kulturgrenze durch Europa gezogen, die den Westen amerikanisiere und den byzantinisch-orthodox geprägten Osten Asien zuordne.

Salman erinnert an Mitterrands und Delors' Mahnungen, dass Europa eine Seele und Spiritualität brauche. Aus den alternativen Bewegungen seit den 60er Jahren könnte der Geistesstrom erwachsen, der den unentbehrlichen mitteleuropäischen Beitrag zu einer neuen europäischen Kultur darstellt.

Gestützt auf Hinweise Rudolf Steiners entwirft Salman im ersten Teil eine geistige Biographie Europas vom keltischen Erbe des Westens bis zur russischen Weisheitskultur, ohne die Europa seinen Weg nicht finde. Als frühe Vertreter eines künftigen neuen Europas nennt er neben Dante, Jan Hus, Christian Rosenkreuz, Rembrandt, Goethe, Schiller und Rudolf Steiner auch das "Kind Europas" Kaspar Hauser, dessen Andenken das Buch gewidmet ist.

"Europa steht vor der Wahl, ob es Teil einer wirtschaftlichen euro-amerikanischen Weltkultur sein wird oder als West- und Osteuropa umfassende Kulturgemeinschaft eine spirituelle Verantwortung für die Entwicklung der Welt übernehmen will. Eine lebendige europäische Kultur, die ein allgemein menschlich-kosmopolitisches Bewusstsein ausbildet, ist dafür notwendig." (S.127)

Der zweite Teil schildert den "Kampf um die Seele Europas". Was durch R. Steiners Idee der Sozialen Dreigliederung wie ein "Licht in der Finsternis" war, habe Europa nicht angenommen. Die für 1933 vorausgesagte Folge war mit dem Nationalsozialismus ein "Abstieg in die Unterwelt", eine wahre "Höllenfahrt", die Europas kulturelle Mitte, insbesondere das segensreiche Zusammenwirken von Juden und Deutschen, vernichtet habe. In dieses Vakuum sei aus Asien die New-Age-Kultur

gestoßen, die den (insbesondere mittel-)europäischen Drang nach individueller Menschwerdung schwäche.

Gegen die freiheitsberaubende Technisierung des Lebens und "Verwirtschaftlichung der Gesellschaft" sieht Salman aber neue hoffnungsvolle Kräfte wachsen, und zwar überall, wo Menschen ursprünglich, frei und schöpferisch ihr Leben gestalten. "Die autonome Gestaltung des Rechtslebens und der Kultur in Europa ist deshalb die wichtigste Frage der Zukunft." (S. 231) Ein solches Rechtsleben schütze die Menschenwürde und trenne Arbeit und Einkommen.

Im dritten Teil "Die geistige Aufgabe Europas" umreißt Salman die ausgleichende Rolle Europas zwischen den Polen der materialistischen Wissenschaft Amerikas und der weltflüchtigen Geistigkeit Asiens. Durch "Spiritualisierung der Wissenschaft", wie sie von Goethe und Steiner entwickelt wurde und künftige Bildungsprogramme prägen könnte, und Entwicklung einer "Kultur des Herzens" freier Menschen könne Europa seine vermittelnde Aufgabe finden, in der alle Völker ihre je eigenen Seelenfähigkeiten aktivieren.

"In der Entwicklung eines neuen Bildungsideals, das die Kräfte der Erkenntnis und der Liebe zu einer Synthese führt und durch eine entsprechende soziale Gestaltung in der Welt wirksam macht, liegt die geistige Aufgabe Europas." (S. 312) "Europäer sein heißt auf eine bewusste Weise zwischen der materiellen und der geistigen Welt zu stehen und die sozialen Formen zu schaffen, in denen der Mensch in Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit leben und die Welt mit seiner geistigen Kraft schöpferisch gestalten kann." (S. 313) Europa, so Salman im Nachwort, trägt Verantwortung für die Welt, die auf die Heilung Europas warte.

Die Betrachtungsweisen der beiden letzten Bücher über Europas Identität sind so verschieden, dass sie sich kaum berühren und sich – trotz der Gegensätzlichkeit in der Einschätzung der Rolle der Kultur – eher ergänzen als widersprechen. Wenn die Autoren, der Intellektuelle und der Weise, miteinander ins Gespräch kämen, vielleicht vermittelt durch die Historikerin, könnte das entstehen, was beide auf ihrem Felde für Europa anstreben.

Roland Geitmann

■ **Jeremy Rifkin**
Der europäische Traum –
Die Vision einer leisen Supermacht

Frankfurt/New York: Campus Verlag, 2004. 464 Seiten.

Rifkin legt hier (nach anderen beachtlichen Büchern und Analysen) erneut ein Buch und einen Denkansatz vor, der auf jeden Fall Beachtung verdient; er wird vielfach auf Zustimmung stoßen, gelegentlich aber auch Vorbehalte hervorgerufen. Im Klappentext heißt es über dieses Buch: "Der Ökonom und intellektuelle Vordenker Jeremy Rifkin beschreibt Europa als gigantischen Laborversuch, der als Modell für die ganze Welt dienen kann. Sein Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer: Es ist Zeit, dass Europa seine Stärken erkennt und seine globale Verantwortung annimmt."

Der letzte Satz könnte natürlich auch von der Bush-Administration formuliert worden sein in der Absicht, europäischen Verbündeten stärkere Lasten im Irak oder in Afghanistan oder gerade dort aufzubürden, wo Amerika seine Interessen verletzt sieht. Der Ansatz und die Vision Rifkins sind jedoch anders gelagert. An den Beginn seiner Überlegungen stellt er den aus Pionier- und Einwandererzeiten herrührenden Amerikanischen Traum. Danach ist Amerika ein besonderes Land, in dem jeder seine Vorstellung verwirklichen und alles werden kann, wenn man nur stark genug an die Verwirklichung von Wünschen und Visionen herangehen kann. Amerika als Land mit besonderer Bedeutung oder Vorrangstellung in der Welt, mit einer säkular gewendeten Religiosität, versteht sich sozusagen als Gottes eigenes Land. Diesen Amerikanischen Traum sieht Rifkin im Absterben; in Europa sieht er hingegen eine Gegenkonzeption eines europäischen und bereits gelebten Traums wachsen. Sie könne auch die gesamte Menschheit und Welt befruchten mit gelebter Verantwortung und Solidarität anstelle von überbordendem Egoismus und kapitalistischer Akkumulation. "Der Amerikanische Traum konzentriert sich viel zu sehr auf das persönliche materielle Vorankommen und zu wenig auf das allgemeine menschliche Wohlergehen, um für eine Welt zunehmender Risiken, Vielfalt und wechselseitiger Abhängigkeit von Bedeutung zu sein." (S. 9) Dies ist ein wenn auch nirgends im Text ausgesprochenes Lob für die Außen- und Europapolitik der rot-grünen Bundesregierung und die Herausbildung entsprechender Leitbilder in der EU.

"Leben um zu arbeiten oder arbeiten um zu leben?" (S. 59) Dies ist eine derjenigen Fragen, die die amerikanische und die europäische Gesellschaft unterschiedlich beantworten. Ein Europa der Lebensqualität gegen ein Amerika der persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten – als wären letztere nur auf Reichtum und Freiheit abgestellt.

Geistesgeschichtlich und philosophisch wertvoll sind die Ausführungen zum unterschiedlichen Verständnis von "Raum, Zeit und Modernität" im Kapitel 4, wie überhaupt der mit "Die Konstruktion der Moderne" überschriebene II. Teil am tiefstsinngigsten ist. (S. 101-196) "Die Entheiligung der Zeit" (S. 118), die Abkehr vom Verbot des Zinsnehmens und der Vormarsch des Effizienzdenkens werden nachgezeichnet. "Europäer fragen sich oft, warum Amerikaner leben um zu arbeiten und nicht arbeiten um zu leben. ... Effizienter zu sein, heißt Gott ähnlicher zu sein. Gott ist der effizienteste aller Akteure. Ohne Zeit, Arbeit, Energie oder Kapital zu investieren, schuf er mit einem Wort aus dem Nichts Himmel und Erde. In dem Maße, in dem Menschen die Produktivität steigern und mit immer weniger Zeit, Arbeit, Energie und Kapital sich ihren eigenen irdischen Garten Eden schaffen, kommen sie der Ehrfurcht gebietenden Macht Gottes näher." (S. 129) Ebenso gründlich geht Rifkin der Institutionalisierung des Privateigentums nach.

Gegenstand von Teil III des Buches ist das kommende globale Zeitalter, zu dem von der Postmoderne her kommend hin der Europäische Traum eine Brücke bauen soll. Vor allem der Netzwerkgedanke spielt eine bedeutende Rolle. Ebenso wie bei anderen Veröffentlichungen Rifkins fällt jedoch eine einseitige lineare Darstellungsform auf, die Gedanken in eine Richtung ausbreitet und Gesichtspunkte aufzeigt, ohne mögliche Antithesen und dialektische Verläufe diskursiv zu behandeln.

Jörg Gude

■ **Daniela Rüter**
Der Widerstand des 20. Juli auf dem
Weg in die Soziale Marktwirtschaft –
Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen
der bürgerlichen Opposition gegen Hitler

Paderborn: Schöningh Verlag, 2002. 491 Seiten.

Rund 60 Jahre nach dem 20. Juli 1944 bietet diese tiefgründige Dissertation der Historikerin, Politologin und Germanistin Daniela Rüter erst-

mals die Möglichkeit, die bislang noch wenig erforschte Entwicklung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen des bürgerlichen Widerstands gegen das NS-Regime nachzuvollziehen. Sie waren von der Ökonomie der Weimarer Zeit und der ersten NS-Jahre vorgeformt und auch von einer 'antikapitalistischen' Grundstimmung beeinflusst, die damals als Reaktion auf die großen Inflations- und Deflationskrisen in allen Bereichen der Gesellschaft von ganz rechts bis ganz links verbreitet war. Gesucht wurde eine Alternative sowohl zum Laissez-faire-Kapitalismus als auch zur bürokratischen Planwirtschaft sowjetischer Prägung.

Maßgeblichen Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des bürgerlichen Widerstands hatten die Freiburger Ökonomen Constantin von Dietze, Walter Eucken und Adolf Lampe. Anhand unzähliger, übersichtlich aufbereiteter Details rekonstruiert Daniela Rüter im ersten Teil ihres Buches, wie die Freiburger im kritischen Dialog mit den teilweise 'sozialdarwinistisch' anmutenden Vorstellungen des Goerdeler-Kreises, mit den 'staatssozialistischen' Vorstellungen des Kreisauer Kreises und mit dem 'preußischen Sozialismus' des Popitz-Kreises die Grundelemente des späteren Ordo-Liberalismus entwickelten, vor allem das Konzept des "Leistungswettbewerbs". Offenbar sollte es mehr der "Entwurzelung der Menschen aus der heilen Welt der Tradition" entgegenwirken als die soziale Verelendung der Massen überwinden. (32) Ebenso verwunderlich ist, wie schwer sich auch einige Angehörige des bürgerlichen Widerstands im Umgang mit Juden taten (193), wie reserviert sie der Demokratie gegenüber standen (198-202), wie groß ihre Skepsis gegenüber dem Gleichheitsgedanken der Aufklärung war (55, 203-205, 233), wie groß ihre Abneigung gegen die Gewerkschaften war und wie anfällig sie für ständisches Denken waren (239-243).

Sehr zu Recht verweist Daniela Rüter auf eine "Begriffsverwirrung" (48-61) hinsichtlich dessen, was unter 'Kapitalismus' überhaupt zu verstehen war. Der Antikapitalismus war sowohl auf Seiten der konservativen als auch der proletarischen Revolution mehr von Ressentiments als von klarem Denken bestimmt. Er richtete sich gegen den Individualismus ebenso wie gegen die Vermassung, gegen den Konsum und gegen die Herrschaft von angeblich Minderwertigen. Nur bei Eduard Heimann schimmerte einmal die Einsicht

durch, dass Marktwirtschaft und Kapitalismus "durchaus nicht dasselbe sind". (60) Da die in den 1920er Jahren von Silvio Gesell und Franz Oppenheimer entwickelte gedankliche Unterscheidung zwischen kapitalistisch verfälschter und monopolfreier Marktwirtschaft nicht weit genug in das öffentliche Bewusstsein eingedrungen war, ging es in den gängigen alternativen Gesellschaftsentwürfen immer nur um mehr oder weniger Staatsintervention in die kapitalistische Marktwirtschaft und um eine politische Herrschaft aristokratischer oder proletarischer Eliten statt um eine von Gruppentherrschaft befreite Demokratie.

Tragischerweise fehlte dem bürgerlichen Widerstand jegliches Gespür für die den "Leistungswettbewerb" verfälschenden Privilegien des Boden- und Geldbesitzes. Dass leistungslose Einkünfte aus Bodenrenten und Kapitalzinsen den Wettbewerb verfälschten und zur Bildung von Monopolen führten, blieb unerkannt. So waren fließende Übergänge zwischen der Konzeption des Leistungswettbewerbs und sozialdarwinistisch-konservativen Ordnungsvorstellungen unvermeidlich. Wie Hans Mommsen in seinem Vorwort zu diesem Buch bemerkt, blieben "die ungelösten Sachkonflikte in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit weitgehend ausgeklammert". (4) Auch nach seiner Verbindung mit dem von der Bekennenden Kirche geprägten Bonhoeffer-Kreis öffnete sich der Blick des ordoliberalen Widerstandes nicht für das schon von Mose und den Propheten aufgestellte Verbot des Zinsnehmens und des Landverkaufs. Der Zugang zu diesen biblisch-kanonischen Überlieferungen war damals freilich dadurch erschwert, dass der Nationalsozialismus sie in seinem Programm zu antisemitischen Forderungen nach einer Arieisierung der Landwirtschaft und einer sog. "Brechung der Zinsknechtschaft" verzerrte. (257-258, 389) Nur einmal klingen im Zusammenhang mit der Bonhoeffer-Denkschrift Vorbehalte gegen den Großgrundbesitz an. (212)

So konnten sich die ökonomischen Vorstellungen des bürgerlichen Widerstands während des Krieges nur in den Bahnen entwickeln, die durch die noch nicht boden- und geldpolitisch geläuterten Vorformen des Ordo-Liberalismus vorgezeichnet waren. Beteiligt waren hieran die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath und

der Bonhoeffer-Kreis in Freiburg, deren gedankliche Entwicklungen Daniela Rüther ausführlich im Teil 2 ihres Buches erläutert. Teil 3 ist schließlich dem kritischen Dialog mit den Goerdeler-, Kreisauer und Popitz-Kreisen gewidmet. Der Einfluss der ordoliberalen Freiburger Ökonomen auf die wirtschaftspolitischen Ziele der Widerstandsbewegung des 20. Juli ist Daniela Rüther zufolge "weit höher zu veranschlagen als bislang angenommen". (461) Das stärkere Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Sozialpflichtigkeit des Eigentums bildete sich jedoch im Kreisauer Kreis aus. Einen "Richtungsstreit" über die wirtschaftspolitischen Ziele des bürgerlichen Widerstands gab es besonders zwischen Goerdeler und Moltke. (455)

Allen Strömungen innerhalb des bürgerlichen Widerstands fehlte jedoch der Blick für die Problematik des Bodenrechts und der Geldordnung. Das war um so folgenreicher, als über 1945 hinaus eine bemerkenswerte Kontinuitätslinie von der

Verschwörung des 20. Juli in die frühe Bundesrepublik entstand. Der Versuch, eine Soziale Marktwirtschaft zu schaffen, ohne die geld- und bodenpolitischen Risse in deren Fundament zu beheben, konnte nur unter die Räder einer immer weiter fortschreitenden Monopolisierung der Wirtschaft geraten. Deren soziale Folgen sollten Grund genug sein, falschen Weichenstellungen in der Vorgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft nachzugehen. Dem möglichen Einwand, dass eine Beschäftigung mit ihren historischen Wurzeln bloß rückwärts gewandt sei, sei entgegen gehalten: Gerade darin könnte für die Bodenrechts- und Geldreformbewegung eine Chance liegen, sich in ebenso respektvoller wie (selbst)kritischer Auseinandersetzung mit anderen antikapitalistischen Strömungen ihrer eigenen gesellschaftspolitischen Identität bewusst zu werden und diese weiter zu entwickeln.

Werner Onken

VERANSTALTUNGEN

■ Lösung sozialer Probleme durch

fließendes Geld – Open-Space-Konferenz vom 6.-8. Januar 2005 im Johanniterhof in Villingen/Schwarzwald mit Beiträgen von Prof. Dr. Mathias Binswanger, Prof. Dr. Wolfgang Berger, Prof. Dr. Stefan Brunnhuber, Thomas Fuchs, Prof. Dr. Margrit Kennedy, Peter König, Gerold Löffler, Gernot Schmidt und Thomas Seltmann.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Ingrid Ebeling, Institut EBUS
Tel.: 07721 – 6 33 15 | Fax: 07721 – 7 43 06
eMail: info@johanniterhof.de
Internet: www.johanniterhof.de

■ Renaissance des Keynesianismus?

36. Mündener Gespräche am 15.-17. April 2005 in der Reinhardswaldschule in Fuldatal-Simmershausen bei Hann.-Münden mit Beiträgen von Prof. Dr. Christoph Deutschmann, Prof. Dr. Thomas Huth, Dipl.-Kfm. Thomas Betz und Dipl.-Vw. Jörg Gude.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Ekkehard Lindner, Behrensener Str. 18,
37186 Moringen
Tel.: 05503 – 80 53 89
eMail: SG.Lindner@t-online.de
www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

■ Wem gehört die Erde

Gemeinsame Tagung des "Seminars für freiheitliche Ordnung", der "Christen für gerechte Wirtschaftsordnung" (CGW) und des "Foodfirst Informations- und Aktions-Netzwerks" (FIAN) vom 4.-6. März 2005 in Boll.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll
Fon: 07164 – 35 73 | Fax: 07164 – 70 34
eMail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Reg.-Dir. i.R. Eckhard Behrens
Bergstr. 29, 69120 Heidelberg

Dipl.-Kulturwiss. Bernd Böttcher
Siedlerstr. 3, 01259 Dresden

Prof. Dr. Roland Geitmann
Martin-Bucer-Str. 6, 77694 Kehl

Dipl.-Volksw. Ass. jur. Jörg Gude
Wiedel 13, 48565 Steinfurt

Mag. Jan Kubišta
Otradovicka 733, CZ – 142 00 Praha 4 – Kamyk
Kubista80@web.de